



Der neue KPVBundesvorstand mit den bayerischen Repräsentanten Stefan Rößle (stv. KPVBundesvorsitzender) sowie den Beisitzern Christoph Göbel (Landrat München) und Hannelore Langwieser (Bezirksrätin Niederbayern). Bild: KPVB

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

KPV-Bundeskongress in Bochum:

Konzepte statt Schnellschüsse!

Die Kommunen sind Krisenmanager und Stabilitätsanker. Doch die schwerwiegenden Herausforderungen durch Inflation, steigende Energiepreise, unterbrochene Lieferketten, Extremwetterereignisse, Krieg und Migration können die Verantwortlichen vor Ort nicht allein lösen. Unter dem Motto „Innovative Kommunalpolitik – Neustart vor Ort“ diskutierte die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands im Rahmen ihres traditionellen Bundeskongresses in Bochum mit über 500 Teilnehmern Wege aus der Krise.

Laut dem wiedergewählten KPVBundesvorsitzenden Christian Haase „gelten jahrzehntelange Gewissheiten nicht mehr.



KPV-Bundesvorsitzenden Christian Haase. Bild: KPVB

In Deutschland platzt die Wohlstandsblase. Vielen wird wieder klar: Wir müssen erst etwas erwirtschaften, bevor wir es verteilen können. Da müssen wir uns als CDU/CSU klar positionieren.“ Grundlage für einen erfolgreichen Umbruch seien „Mut und Zuversicht und keine ideologischen Vorgaben aus Berlin, gepaart mit neuer Bürokratie, wie sie die Ampel anbietet.“

Bei aller Ungewissheit seien die Kommunen „das solide Fundament, auf das sich unser Land stützen und verlassen kann“, unterstrich Haase. Daher könnten Bund und Länder den Städten und Gemeinden ruhig mehr zutrauen. „Weniger Vorschriften sorgen nicht nur für effek-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Bayerischer Heilbädertag in Bad Aibling:

Alarmstufe rot

Der bayerische Heilbäderverband schlägt Alarm. Beim Bayerischen Heilbädertag in Bad Aibling forderte er die Bundesregierung auf, umgehend detaillierte Lösungen zur Entlastung von Wirtschaft und Verbrauchern in der Energiekrise vorzulegen. Der BHV-Vorsitzende, Landrat Peter Berek, sprach von der „größten politischen Katastrophe in der Geschichte der Heilbäder und Kurorte“.

„Unsere Kurorte und Heilbäder, die Kurbetriebe und andere Einrichtungen stehen vor massiven Preissteigerungen bei Strom und Gas. Diese werden sie ohne Hilfe nicht bewältigen können, zumal sie bereits durch die Pandemie massiv betroffen sind“, erläuterte Berek. Es drohten nicht nur Schließungen von Thermen oder anderen Betrieben, sondern die Zerschlagung gewachsener Strukturen im ländlichen Bayern, der Verlust von Arbeitsplätzen, und letztlich ein massiver Schaden im Gesundheitswesen, der nicht mehr zu reparieren sei. „Die Bundesregierung kommt nicht in die Gänge. Wir wissen nicht, welche Strom- oder Gaspreisbremsen für uns genau kommen – und das am Ende des Jahres“, betonte der Verbandsvorsitzende und stellte sich die Frage: „Wie sollen unsere Orte und unsere Betriebe planen?“

BHV-Geschäftsführer Thomas Jahn präsentierte dazu Zahlen aus Franken, Niederbayern und Bad Aibling. So rechne man etwa in Bad Königshofen bei der Frankentherme im günstigsten Fall mit Preissteigerungen von 350 Prozent beim Strom und von über 104 Prozent beim Gas. Insgesamt werden die Betriebskosten um 130 Prozent steigen. Bei der Therme 1 in Bad Füssing werde der Anteil von Strom und Gas an den Gesamtkosten im Jahr 2023 voraussichtlich bei über 52 Prozent liegen. Im Vorjahr waren es noch knapp 23 Prozent. Auch in Bad Aibling sei die Entwicklung dramatisch, fuhr Jahn fort. „Die Energiekosten der Therme werden nach derzeitiger Lage um 300 Prozent steigen. Ohne finanzielle Hilfe oder deutliche Änderungen der Bezugskonditionen für Gas und Strom würde der seither profitable Betrieb der Therme ab 1. Januar 2023 hoch defizitär. Die notwendige Konsequenz wäre die Schließung. Solche Preissteigerungen kann niemand auf die Gäste umlegen.“

Berek und Jahn wiesen darauf hin, dass die Zeit sehr dränge. „Es ist unfassbar, wie sehr wir hier im Stich gelassen werden. Wir sind mit diesem Problem beileibe nicht allein. Auch andere Branchen fragen sich, wie sie die gestiegenen Kosten ohne Hilfe stemmen sollen. Anstatt den Menschen nach dem Motto ‚Wir schaffen das schon‘ Sand in die Augen zu streuen, sollten jetzt endlich Lösungen vorliegen. Wir sind jedenfalls fassungslos und spüren, dass die Wertschätzung für unsere Heilbäder und Kurorte als wichtiger Bestandteil der Gesundheitsversorgung und als Motor im ländlichen Raum völlig fehlt.“

Ein weiteres Damoklesschwert hängt Jahn zufolge über den Kurorten und Heilbädern: Bei einer Gasmangellage drohe den Ther-

men die Schließung, weil sie als ungeschützte Betriebe kategorisiert sind. Thermen sowie weitere Kureinrichtungen und -betriebe seien wesentlicher Bestandteil der bundesweiten Prävention. „Solche Betriebe als nicht dringend notwendig zu betrachten und zu schließen, wäre fatal und ist für uns nicht hinnehmbar.“

Herrmann: Krisenresistenter Wachstumsmotor für unseren Wirtschaftsstandort

Innenminister Joachim Herrmann unterstrich die Bedeutung der Heilbäder und Kurorte: „Sie sind für die Gesundheit von unschätzbarem Wert und wir werden alles daransetzen, diesen hohen Standard zu erhalten und zu schützen. Patienten aus Nah und Fern werden hier mit hoher Kompetenz in einem qualitativ exzellenten Umfeld behandelt.“ Die Gesundheits- und Pflegewirtschaft hat sich laut Herrmann im vergangenen Jahrzehnt zum krisenresistenten Wachstumsmotor für den bayerischen Wirtschaftsstandort entwickelt: „Die Branche ist ein stabiler Pfeiler des bayerischen Wohlstands.“ Auch die Beschäftigtenzahlen spiegelten die zunehmend gesellschaftliche Bedeutung der Gesundheits- und Pflegewirtschaft wider. Hier arbeiten rund 1,2 Millionen Menschen, mehr als 15 Prozent aller Beschäftigten in Bayern.

Die bayerischen Kurorte und Heilbäder seien als wirtschaftlicher Impulsgeber und Wirtschaftsfaktor in ihrer Bedeutung für den bayerischen Tourismus nicht wegzudenken. Sie allein stünden für 100.000 Arbeitsplätze sowie für eine Bruttowertschöpfung von 4,5 Milliarden Euro und trügen knapp 25 Prozent zur jährlichen Übernachtungsbilanz in Bayern bei, stellte der Minister fest. Die Bedeutung der Kurorte und Heilbäder für die Gesellschaft geht aus Herrmanns Sicht freilich noch viel tiefer: „Sie sind Orte der Heilung, der Besinnung und Entschleunigung.“ Mit 43 hochpräzise Kurorten und Heilbädern sei der Freistaat ein bedeutender Standort für Rehabilitation, denn fast ein Viertel der deutschen Reha-Einrichtungen befinde sich in Bayern. „Wir sind das Reha-Land Nummer Eins“, hob Herrmann hervor. Die Corona-Pandemie hatte Einbrüche bei den Einnahmen aus Kurbeiträgen, Kurtaxen und Fremdenverkehrsbeiträgen im Freistaat zur Folge. Doch Bayern habe ein starkes Signal für die Kurorte gesetzt und im Jahr 2021 einen Ausgleich für die pandemiebedingten Einnahmeausfälle und 2022 eine Unterstützung in Höhe von 10 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich geschaffen. **DK**

Bayerischer Städtetag:

Städte im dauerhaften Krisenmodus

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, hat davor gewarnt, im Zuge von aktuell steigenden Energiepreisen mit gravierenden Auswirkungen auf die Wirtschaft und breite Bevölkerungsschichten in Angst und Panik zu verfallen. Es sei nötig, sich sachlich mit möglichen Folgen von Ausfällen bei Strom oder Wasser zu befassen und sich gegen die Folgen von Cyber-Attacken auf kritische Infrastruktur der Daseinsvorsorge zu wappnen.

„Zu einer kritischen Situation“ in den Kommunen habe der anhaltende Flüchtlingszustrom geführt, machte Pannermayr deutlich. Sowohl der verfügbare Wohnraum als auch die Personalausstattung kämen an ihre Grenzen. Es sei zu befürchten, dass im Winter noch mehr

rationsleistungen dauerhaft unterstützt werden.

Beschränken auf Weniges und Wesentliches

Vieles von dem, was in der Welt passiert, fällt laut Pannermayr auf die kommunale Ebene. Die Fülle an Fragen an Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nehme stetig zu. Träten Probleme auf, seien es die Bürger gewohnt, dass Lösungen schnell greifen. In Krisenzeiten aber müsse man damit leben, nicht für alle kritischen Lebenslagen (Fortsetzung auf Seite 4)

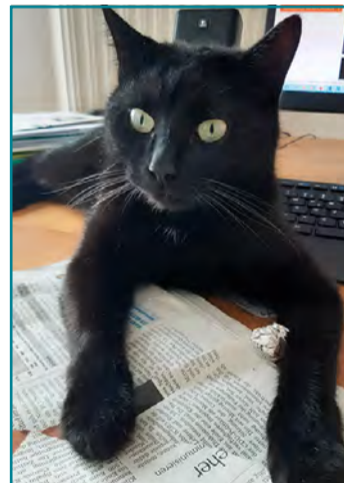


Städtetagsvorsitzender Markus Pannermayr.

Flüchtlinge aus der Ukraine kommen, weil Russland durch Angriffe auf die Infrastruktur der Bevölkerung Schaden wolle.

Mehr Unterstützung für die Kommunen

Um die Herausforderungen angehen zu können, forderte der Städtetagsvorsitzende mehr Unterstützung für die Kommunen. Sein „dringender Wunsch“ sei es, dass der Bund die Kosten der Unterbringung Geflüchteter wieder voll übernimmt, wie dies bis Ende 2021 der Fall gewesen sei. Zudem müssten die Integ-



Ein Dienstjahr à la Steinmeier wäre ein ungerechtes Ausnutzen einer Generation, der jetzt drei Jahre viel zugemutet wurde und die – Stichwort unbezahlbares Rentensystem, unterfinanziertes Gesundheitswesen – in Zukunft eh die Gelackmeierten der derzeitigen politischen Weichenstellungen sein wird, findet unser Rathauskater Pino. Seite 13

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Kabinetts: Bürokratieabbau und Erbschaftsteuer	2
Bayerische Ausgangsbeschränkungen waren unverhältnismäßig	2
EU-Projekt MATILDE abgeschlossen	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Erfolgreiche Ideen für erfolgreiche Kommunen	3
Rechtspolitischer Gipfel in Berlin	3/4
Umfrage Heimat Spiegel und Landratsämter	3/4
Umwelt • Abfall • Wasser • Abwasser	5-7
Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV	8-9
Kommunalfahrzeuge • Kommunaltechnik • Forst	10-11
Aus den bayerischen Kommunen	12-14

Bayerisches Kabinett:

Bürokratieabbau und Erbschaftsteuer

Die Erbschaftsteuer muss reformiert werden“, forderte Bayerns Finanzminister Albert Füracker nach einer Kabinettsitzung in München. Die Erbschaftsteuer dürfe nicht dazu benutzt werden, dass Kinder das Eigenheim der Eltern verkaufen müssen, nur weil sie sich die erhobene Steuer nicht leisten können, argumentierte der Staatsminister. Die gesetzlichen Vorschriften zur Erbschaftsteuer sind bundesgesetzlich geregelt. Änderungen müssen deshalb vom Bundestag und der Ländermehrheit beschlossen werden.

Konkret müssen aus seiner Sicht die Freibeträge der Erbschaft- und Schenkungsteuer endlich angehoben werden. Dies gelte grundsätzlich, aber gerade auch aufgrund der stark unterschiedlichen Entwicklung der Immobilienpreise in Deutschland. Seit vielen Jahren kämpfen Bayern für eine Erhöhung und Regionalisierung der Erbschaftsteuer-Freibeträge, um zielgerichtet agieren zu können. Die aktuell geltenden Freibeträge seien seit 2009 nicht mehr angepasst worden und hätten dadurch ihre Entlastungswirkung in erheblichem Umfang verloren. „Die Erbschaftsteuer steht in voller Höhe den Ländern zu – daher sollten die Länder auch maßgeblich über ihre Ausgestaltung entscheiden können!“, betonte Füracker.

Negative Konsequenzen durch massive Preisentwicklung

„Die teils massive Grundstückspreisentwicklung zieht auch negative Konsequenzen für den Mietwohnungsmarkt nach sich, denn sie stellt Erben von Wohngrundstücken vor finanzielle Schwierigkeiten“, machte der Minister deutlich. Höhere Freibeträge seien jetzt ein einfaches Mittel, um alle Betroffenen schnell zu entlasten und wichtiger als die Debatte über neue Bewertungskriterien. „Ich habe mich bereits direkt an Bundes-

finanzminister Lindner gewandt und gefordert, diese erforderlichen Entlastungen endlich anzupacken“, so Füracker. Leider lehne der Bund dies nach wie vor ab und verkenne den dringenden Handlungsbedarf. „Wir werden uns jedoch weiter vehement für eine Reform der Erbschaftsteuer auf Bundesebene einsetzen. Bayern bleibt dran!“, unterstrich Füracker.

Freibeträge seit 13 Jahren unverändert

Die persönlichen Freibeträge der Erbschaft- und Schenkungsteuer gelten seit 13 Jahren unverändert. Aufgrund der gestiegenen Immobilienpreise und der Inflation ist bereits unabhängig von den im Entwurf des Jahressteuergesetzes 2022 vorgesehenen Änderungen bei der Grundstücksbewertung ihre Entlastungswirkung

Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts:

Bayerische Ausgangsbeschränkung war unverhältnismäßig

Die Regelungen der Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung vom 27. März 2020 in der Fassung der Änderungsverordnung vom 31. März 2020 (BayIfSMV) über das Verlassen der eigenen Wohnung waren mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht vereinbar. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden.

Nach § 4 Abs. 2 BayIfSMV* war das Verlassen der eigenen Wohnung nur bei Vorliegen triftiger Gründe erlaubt. Triftige Gründe waren insbesondere die in Absatz 3 aufgeführten Tätigkeiten, darunter Sport und Bewegung an der frischen Luft, allerdings ausschließlich alleine oder mit Angehörigen des eigenen Hausstandes und ohne jede sonstige Gruppenbildung (§ 4 Abs. 3 Nr. 7 BayIfSMV). Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat auf einen Normenkontrollantrag von zwei Privatpersonen festgestellt, dass § 4 Abs. 2 und 3 BayIfSMV unwirksam war. Das Bundesverwaltungsgericht hat die Revision des Freistaats Bayern zurückgewiesen.

Triftige Gründe zu eng gefasst

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat zur Begründung seiner Entscheidung ausgeführt, der Antragsgegner habe die triftigen Gründe, die zum Verlassen der eigenen Wohnung berechtigten, so eng gefasst, dass die Ausgangsbeschränkung im Ergebnis unverhältnismäßig gewesen sei. Von der Beschränkung sei auch das Verweilen im Freien alleine oder ausschließlich mit Angehörigen des eigenen Hausstandes erfasst gewesen. Dass diese Maßnahme zur Hemmung der Übertragung des Coronavirus erforderlich und damit im Sinne von § 32 Satz 1 i.V.m. § 28 Abs. 1 des Infektionsschutzgesetzes in der bei Erlass der Verordnung geltenden Fassung (vgl. Pressemitteilung 69/2022) notwendig gewesen sei, sei auf der Grundlage des Vortrags des Antragsgegners nicht zu erkennen. Diese Annahme ist mit Bundesrecht vereinbar. Erforderlich ist eine Maßnahme, wenn kein gleich wirksames, die Grundrechtsträger weniger belastendes Mittel zur Erreichung des Ziels zur Verfügung steht. Als mildere Maßnahme kamen hier – wie der Verwaltungsgerichtshof zu Recht angenommen hat – Beschränkungen des Kon-

tungswirkung kaum mehr vor. Mit Anpassung der Grundbesitzbewertung an die tatsächlichen Entwicklungen steigt die Bewertung von Immobilien ab dem neuen Jahr nun in zahlreichen Städten und Gemeinden noch einmal zusätzlich.

Substanzielle Verbesserungen beim Bürgergeld

Mit Blick auf den Kompromiss von Union und Ampel-Koalition über die Details des Bürgergelds erklärte Sozialministerin Ulrike Scharf, man habe gegenüber dem ursprünglichen Entwurf substanzielle Verbesserungen und eindeutige Korrekturen erreicht. Als zentrale Punkte nannte sie die deutliche Reduzierung des sogenannten Schonvermögens und dass Sanktionen nun wieder von Beginn an in Kraft gesetzt werden könnten. In diesen Kernforderungen habe sich die Union durchgesetzt, betonte die Ministerin.

Das bayerische Kabinett beschloss darüber hinaus eine Bundesratsinitiative für Bürokratieabbau bei öffentlichen Aufträgen. Seit 28 Jahren sind

die Schwellenwerte für europaweite Auftragsvergaben nahezu unverändert und deshalb aus Sicht der Staatsregierung dringend reformbedürftig, weil nicht mehr sachgerecht und praxistauglich. Die kräftige Verteuerung insbesondere von Bauleistungen in den vergangenen Jahren sowie der aktuelle Inflationsschub sorgten dafür, dass staatliche Auftraggeber für immer kleinere Bau- und Beschaffungsvorhaben in einem komplexen und aufwändigen Verfahren europaweit nach Anbietern suchen müssen. Deshalb fordert Bayern eine marktpreisgerechte Anhebung der Schwellenwerte für europaweite Auftragsvergaben.

Weniger Vergabeverfahren auf europäischer Ebene

Künftig müssten hierdurch deutlich weniger Vergabeverfahren auf europäischer Ebene ausgeschrieben werden. Der Verwaltungsaufwand und die Kosten sowohl auf Seiten der öffentlichen Auftraggeber als auch auf Seiten der oftmals mittelständischen Auftragnehmer wür-

des Verwaltungsgerichtshofs, es sei nicht ersichtlich, dass sich in relevanter Anzahl um die Verweilenden Ansammlungen von Menschen bilden könnten. Er hat keine überzogenen Anforderungen an die Darlegung gestellt. Dass das Verlassen der Wohnung zum Verweilen an der frischen Luft – wie das Verlassen der Wohnung aus anderen Gründen – zu Kontakten führen kann, bedarf als allgemeinkundige Tatsache zwar nicht der Darlegung. Das Verbot des Ausganges für ein Verweilen im Freien ohne Kontakt zu hausstandsfremden Personen war aber nur erforderlich, wenn es über ein Verbot solcher Kontakte hinaus geeignet war, einen relevanten Beitrag zur Verhinderung hausstandsübergreifender Kontakte zu leisten.

Schwerer Eingriff in die Grundrechte

Zu berücksichtigen war hierbei, dass das Ziel des Antragsgegners, physische Kontakte zu Menschen außerhalb des eigenen Hausstandes auf ein absolut nötiges Minimum zu reduzieren (§ 4 Abs. 1 BayIfSMV), auch durch die Ausgangsbeschränkung in ihrer konkreten Ausgestaltung nicht vollständig zu erreichen war. Bei Vorliegen triftiger Gründe (§ 4 Abs. 3 BayIfSMV) war das Verlassen der eigenen Wohnung erlaubt und auch ein solches erlaubtes Verlassen der Wohnung konnte zu Kontakten zu Menschen außerhalb des eigenen Hausstandes führen.

Das ganztägig und damit auch während der Tagstunden geltende Verbot, die eigene Wohnung zum Verweilen im Freien zu verlassen, war ein schwerer Eingriff in die Grundrechte der Adressaten. Für die Verhältnismäßigkeit der Tatsacheninstanz plausibel dargelegt werden müssen, dass es über eine Kontaktbeschränkung hinaus einen erheblichen Beitrag zur Erreichung des Ziels leisten konnte, physische Kontakte zu reduzieren und dadurch die Ausbreitung von COVID-19 zu verhindern. Auch daran fehlte es hier.

<https://www.bverwg.de/de/pm/2022/70>

GZ

Akademie

GZ

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Medientraining: Grundkenntnisse

11. Januar 2023, 14:00 - 16:30 Uhr

Sie haben etwas zu sagen! Klar, denn Sie arbeiten als Pressereferenten, in der Öffentlichkeitsarbeit oder als "Entscheider" für Ihre Heimat. Doch wie vermitteln Sie am besten Ihre Inhalte? Wie springen die Medien auf Ihre Bekundungen an? Und wie ticken Journalisten eigentlich? All das erfahren Sie in diesem Seminar. Für Sie wird es ab sofort kein Problem sein, mit der Presse zu agieren, denn mit diesem Kurs sind Sie auch in der Präsentation und Ihrer Rhetorik gewappnet und wissen, wie man sich, seine Schutzbefohlenen und die Heimat in der Öffentlichkeit präsentiert.

Inhalt: Wie ticken Journalisten? Wie präsentiere ich am besten? Welche Situationen gibt es? Rhetorik, Tipps & Tricks

Referent: Maximilian von Rossek, Politikjournalist

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

den deutlich reduziert. Vor allem mit Blick auf die föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland mit ihren tausenden kleinen Kommunen als öffentliche Auftraggeber mit begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen würde dies zu erheblichen Erleichterungen führen, teilt die Staatsregierung mit.

Die Schwellenwerte beruhen auf den Verpflichtungen der Europäischen Union nach dem Internationalen Beschaffungsübereinkommen, dem Government Procurement Agreement (GPA). Bauleistungen müssen demnach von 5,382 Mio. Euro europaweit ausgeschrieben werden, andere

Liefer- und Dienstleistungsaufträge bereits ab einem Volumen von 215.000 Euro. Eine Regelung zum Inflationsausgleich sei hier nicht vorgesehen, was angesichts der derzeitigen Hochinflation eine gravierende Lücke darstellt, die dringend geschlossen werden muss.

Mit der Bundesratsinitiative will Bayern den Bund außerdem auffordern, sich auf europäischer Ebene für einen eigenen, höheren Schwellenwert für Planungsleistungen einzusetzen. Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros zählen in Deutschland zu den zweithäufigsten Beschaffungsgegenständen. **DK**



V.l.: Stefan Kordel, Tobias Weidinger, Anne Güller-Frey und David Spenger vor der Hochschule Kärnten in Villach. Foto: FH Kärnten

Zuwanderung in ländlichen Räumen:

EU-Projekt MATILDE abgeschlossen

Welche Auswirkungen hat die Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen in ländlichen Regionen und Berggebieten in Europa? Diese Frage stand im Zentrum des dreijährigen Verbundforschungsprojektes MATILDE, ein Akronym für „Migration Impact Assessment to Enhance Integration and Local Development in European Rural and Mountain Regions“, das im Zuge des EU-Forschungsrahmenprogramms Horizon 2020 gefördert wird. Das Konsortium bestand aus 12 Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie 13 Praxispartnern aus 10 verschiedenen Ländern (vgl. GZ 24-2020). Die zentralen Ergebnisse des Projektes wurden im November auf der Abschlusskonferenz in Villach (AUT) vorgestellt und diskutiert. Kulturgeograph Dr. Stefan Kordel von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg verantwortete die Fallstudie in Bayern und stand für unsere Fragen zur Verfügung.

? Herr Dr. Kordel, was war das Ziel der MATILDE-Studie und welchen inhaltlichen Schwerpunkt legten Sie in Bayern?

Kordel: Ländliche Räume und Berggebiete sind längst nicht mehr nur Abwanderungsregionen. Vielmehr machen gerade in Bayern unterschiedlichste Zuwanderungsprozesse das Land bunter und vielfältiger. Ihre Protagonist:innen verändern Orte und Regionen, ob bewusst oder unbewusst. Im MATILDE Projekt fokussierten wir in Bayern die Auswirkungen von Zuwanderung im Bereich Arbeitsmarkt. In der Vergangenheit wurde immer wieder kritisiert, dass die Anwerbung von Arbeitskräften zu einseitig auf die betriebliche Integration fokussiert sei, ganz nach dem Motto von Max Frischs Ausspruch „Wir riefen Arbeitskräfte, aber es kamen Menschen“. Wie reagiert

Ihre Studie auf diese Kritik?

Kordel: Die Teilhabe von Migrant:innen am Arbeitsmarkt wird im politischen Diskurs häufig als Indikator für „erfolgreiche Integration“ betrachtet. Vor dem Hintergrund des hohen Arbeitskräftebedarfs in Sektoren wie Gesundheit und Pflege, Hotellerie und Gastronomie oder dem Handwerk sind Personen, die zuwandern auch für Unternehmen wertvolle Ressourcen. Aber auch für Neuzugewanderte selbst erfüllt der Arbeitsplatz vielfältige und ermöglicht schließlich ein selbstbestimmte(re)s Leben. Anders als andere Studien wählten wir einen multiperspektivischen Ansatz, das heißt, wir haben sowohl die Perspektive von Unternehmen, als auch von regionalen Akteuren und von Migrant:innen selbst miteinbezogen. Die Herausfor-

(Fortsetzung nächste Seite)

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Edgar Ilg
89350 Dürrlauringen
am 13.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Kloo
83059 Kolbermoor
am 7.12.

Bürgermeister Thomas Reichert
97342 Marktstef
am 11.12.

Bürgermeister Joachim Neuß
91275 Auerbach i. d. Opf.
am 13.12.

Bürgermeister Werner Burger
95356 Grafengehaig
am 14.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Panzer
82008 Unterhaching
am 5.12.

Bürgermeisterin Claudia Forster
85095 Denkersdorf
am 9.12.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erwin Braumandl
94154 Neukirchen vorm Wald
am 7.12.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Landrat Andreas Meier
92657 Neustadt a.d. Waldnaab
am 2.12.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Alexander Schneider
97769 Bad Brückenau
am 8.12.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Rechtspolitischer Gipfel in Berlin:

Bayerische Initiativen

Wichtige Initiativen für die Bundesgesetzgebung hat die jüngste Justizministerkonferenz in Berlin hervorgebracht. Dabei konnte der Freistaat Bayern mit seinen zahlreichen Vorschlägen überzeugen. Der JuMiKo-Vorsitzende und bayerische Justizminister Georg Eisenreich sprach von einem „ausgesprochen konstruktiven Klima der Konferenz“. „Wenn es um die Zukunft unseres Rechtsstaats geht, stehen alle 16 Bundesländer zusammen“, so Eisenreich.

Bislang nicht umgesetzt sind laut Eisenreich die im Koalitionsvertrag der Ampelregierung angekündigte Verstärkung des Pakts für den Rechtsstaat sowie ein neuer Digitalpakt. Auf Antrag Bayerns, Hamburgs und Baden-Württembergs forderte die Justizministerkonferenz Bundesminister Marco Buschmann erneut zum Handeln auf. Die Forderung der Länder: Das Ursprungsvolumen des Pakts in Höhe von 220 Millionen Euro soll fortgeführt und für die Jahre 2023 bis 2027 in drei Tranchen ausbezahlt werden. Dazu wird ein neuer Digitalpakt mit einem jährlichen Volumen von 350 Millionen Euro für die nächsten drei Jahre gefordert.

Länderübergreifende Zusammenarbeit

Aufgrund erschreckender Zahlen – fast 40.000 Fälle von Kinderpornografie allein im vergangenen Jahr, mehr als 15.500 Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch – sprachen sich die Länder auf Antrag Bayerns dafür aus, die Rahmenbedingungen für eine länderübergreifende Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu verbessern. Eisenreich zufolge müssen die Ermittlerteams riesige Datenmengen bewältigen. Deshalb begrüße man die Bund-Länderarbeitsgruppe „Digitale Daten“ und werde sie weiterhin un-

terstützen. Auch über den Einsatz Künstlicher Intelligenz müsse ein Austausch stattfinden. „Den Bund fordern wir auf, seine geplanten ausgeweiteten Ermittlungsinstrumente den Strafverfolgungsbehörden unmittelbar zur Verfügung zu stellen.“

Beim Besitz, der Beschaffung oder Verbreitung von Kinderpornografie hatten minderjährige Täter mit etwa 40 Prozent im vergangenen Jahr einen erheblichen Anteil. Seit 2018 hat sich die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die Missbrauchsdarstellungen weiterverbreiten, besaßen oder herstellten, verzehnfacht. Da sich Schülerinnen und Schüler oftmals nicht bewusst sind, wie schnell sie sich strafbar machen können und welche Folgen dies für sie hat, war sich die Konferenz einig, dass Information und Aufklärung der Kinder und Jugendlichen ressort- und länderübergreifend intensiviert werden sollten. Ein Beispiel hierfür ist die mit Preisen ausgezeichnete bayerische Präventionskampagne „Mach dein Handy nicht zur Waffe“, für die Videokünstler Falco Punch gewonnen werden konnte. Mit knapp 13 Millionen Followern bei TikTok ist er deutschlandweit einer der erfolgreichsten Influencer.

Auf Initiative Bayerns forderte die Konferenz auch einen bes-

seren Schutz des Gesundheitssystems und den Aufbau spezialisierter Ermittlungseinheiten, so wie es sie etwa im Freistaat mit der „Zentralstelle zur Bekämpfung von Betrug und Korruption im Gesundheitswesen“, (ZKG) gibt. Zudem sprachen sich die Justizminister für eine Ausweitung der Vor-Ort-Kontrollen durch die Krankenkassen und eine bundesweit angelegte Dunkelfeldstudie aus. Wie Eisenreich ausführte, „belasten die steigenden Kosten der Krankenkassen und die Versicherten, die derzeit einen historischen Rekordwert zahlen.“

Wohnungswechselmodell

Der Wohnraumangel ist groß, zugleich gibt es zahlreiche „stille Wohnraumreserven“. Vor allem zahlreiche ältere Mieter wünschen sich zwar häufig den Umzug in eine kleinere, bedarfsgerechte Wohnung, können sich höhere Mieten aber oft nicht leisten. Auf Initiative Bayerns will die Konferenz dieses Potenzial durch ein gesetzliches Wohnungswechselmodell nutzen, das einen einvernehmlichen Wohnungstausch beim selben Vermieter regelt. Laut Eisenreich „wollen wir einen rechtlichen Bestandschutz für günstige Mieten bei Umzug in kleinere Wohnungen schaffen. Der Vorteil für den Vermieter: Er kann sogar wirtschaftlich profitieren, wenn er dann statt einer kleinen Wohnung eine größere Wohnung neu vermieten kann.“

Erleichterung für Kleinkraftwerke

In Zeiten steigender Strompreise ist es notwendig, die Energiewende voranzutreiben. Zu diesem Thema waren zwei Anträge Bayerns erfolgreich. Der Bund wird aufgefordert, rechtliche Hürden für die Installation von Mini-Photovoltaikanlagen abzubauen. Dazu soll im Gesetz ein grundsätzlicher Anspruch auf den Einsatz von Balkonkraftwerken für Mieter und Wohnungseigentümer verankert werden. Mit einem zweiten Antrag soll die Grundbucheinsicht für Anlagenbetreiber erleichtert werden. Für Versorgungsunternehmen, die Anlagen u. a. zur Fortleitung von Elektrizität, Gas und Wasser betreiben, sieht die Verordnung zur Durchführung der Grundbuchordnung bereits eine erleichterte Grundbucheinsicht vor, nicht aber für Unternehmen, die Solaranlagen oder Windkraftwerke errichten wollen. DK

bei der Abwicklung von bürokratischen Vorgängen. Als weitere Schwierigkeiten in der Anfangszeit nannten Migrant:innen Heimweh und langes Warten auf den Familiennachzug sowie Verpflichtungen zur finanziellen Unterstützung von Familienangehörigen im Herkunftsland. Darüber hinaus wurde von einer unausgeglichenen work-life balance berichtet, da vor allem in den Sektoren Hotellerie und Gastronomie und Gesundheit und Pflege die Arbeit als anstrengend beschrieben wird und die individuelle Zeitsouveränität auch an den Wochenenden beschneidet.

Das Leben auf dem Land ist nicht für alle attraktiv. Was führt dazu, dass Drittstaatsangehörige auf dem Land wohnen bleiben und so auch für die Betriebe nicht verloren gehen?

Kordel: Gefragt nach dem Bleiben im Betrieb, im Sektor und in der Region nennen Drittstaatsangehörige vor allem arbeitsbezogene Themen, wie den Abschluss der Berufsausbildung, ein gutes Arbeitsklima und eine zufriedenstellende Bezahlung. Das Vorhandensein von vielfältigen beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten wird ebenso in die Entscheidung, vor Ort zu bleiben, miteinbezogen. Darüber hinaus ist die Bleibeorientierung von Faktoren abhängig, die über den Arbeitsalltag hinausreichen. So ist für Drittstaatsangehörige das soziale Eingebundensein wie auch das Freizeitangebot für sich und für Familienangehörige vor Ort sehr wichtig. Der häufig unzureichend ausgebaute ÖPNV stellt häufig ein Hindernis dar, um diese Orte zu erreichen und sie mit dem Berufsalltag zu vereinbaren. Insbesondere junge Erwachsene bevorzugen daher einen Umzug in die nächstgrößere Kreisstadt, um der häufig geäußerten Langeweile auf dem Land zu entgehen.

Wie funktioniert die Einarbeitung in den von Ihnen untersuchten Betrieben und welche Hürden sehen Sie dabei?

Kordel: Um die sprachlichen Schwierigkeiten sowie fehlende Kenntnisse über Arbeitsabläufe bei der Einarbeitung zu überwinden, versuchen Betriebe eine enge Begleitung z.B. durch Mentor:innen bereitzustellen. Diese unterstützen allerdings nicht nur im Arbeitsalltag, sondern helfen auch bei der Orientierung am neuen Wohnort und

Weitere Informationen: www.matilde-migration.eu □

GZ

KOLUMNE
Stefan RößleLiebe Leserinnen
und Leser,

erfolgreiche Kommunen leben von aktiven und engagierten Kommunalpolitikerinnen und -politikern, die sich leidenschaftlich für ihre eigene Heimat einsetzen sowie von deren innovativen und kreativen Ideen.

Da es in vielen bayerischen Kommunen ähnliche Herausforderungen und Themen gibt, haben wir uns als KPV das Ziel gesetzt, erfolgreiche kommunalpolitische Beispiele zu sammeln und diese für einen interkommunalen Wissensaustausch unseren Kommunalpolitikern zur Verfügung zu stellen. Wenn



Erfolgreiche Ideen für erfolgreiche Kommunen

ein kommunales Projekt in einer Kommune erfolgreich war, kann dieses genauso gut auch in anderen bayerischen Städten, Gemeinden, Landkreisen und Bezirken umgesetzt werden.

Ein erfolgreiches kommunalpolitisches Beispiel findet sich z. B. in meinem Landkreis Do-

nau-Ries. Dort wurde ein bisher einmaliges, regionales Dorfplattendennetzwerk geschaffen. Das genossenschaftliche Netzwerk stärkt die lokalen Vertriebsstrukturen der Erzeuger und entwickelt passgenaue Strategien für die Vermarktung der regionalen Produkte.

Auf unserer digitalen Plattform exklusiv für CSU-Mitglieder finden sich viele weitere Beispiele, die bereits erfolgreich umgesetzt worden sind: Ein kommunales Förderprogramm zur CO₂-Reduktion, eine oberflächennahe Geothermie-Anlage für ein kommunales Wohngebiet, ein landkreisweites Solarpotenzialkataster, der Bau eines Wald- und Naturkindergartens, Parktickets als Rabattmarken für den Einzelhandel und die Revitalisierung eines historischen Kirchhofareals.

Falls auch Sie eine kommunalpolitische Idee oder ein vielversprechendes Beispiel haben, können Sie dies auf unserer KPV-Internetseite einreichen. Wir freuen uns schon jetzt auf Ihre gelungenen kommunalpolitischen Beispiele.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Umfrage „Heimatspiegel Bayern 2022“:

Die Menschen leben gerne in Bayern

Füracker: Größte Heimat-Umfrage des Freistaats zeigt, dass die Heimat ein wichtiger Anker für die Menschen ist

„Wir gestalten unsere Heimat Bayern gemeinsam mit und für alle Menschen, die in unserem schönen Freistaat leben! Das Kernergebnis der größten Heimat-Umfrage der Staatsregierung zeigt, wie hoch die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen Bayerns ist: Über 90 Prozent der Menschen leben gerne in Bayern und fühlen sich hier zuhause. Bei unserem ‚Zukunftsdialog Heimat.Bayern‘ stehen die Bürgerinnen und Bürger in Bayern im Mittelpunkt. Neben dem persönlichen Austausch in den Regionalkonferenzen in allen Regierungsbezirken haben wir die Menschen in der Umfrage ‚Heimatspiegel Bayern 2022‘ im Frühjahr nach ihrer ganz persönlichen Meinung zu heimatrelevanten Zukunftsthemen für Bayern und ihrer individuellen Lebenszufriedenheit befragt. Die über 5.800 Antworten und Zuschriften sind ein klares Signal: Die Heimat ist der wichtigste Anker der Menschen“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Vorstellung der Umfrageergebnisse und des Heimatberichts 2021 in Nürnberg.

„Die Erkenntnisse aus dem Zukunftsdialog wie auch des ‚Heimatspiegels Bayern 2022‘ münden in die ‚Zukunftsvision Heimat.Bayern‘ mit Handlungsempfehlungen und konkreten Umsetzungsansätzen. Darüber hinaus fließen sie auch in künftige Maßnahmen des Heimatministeriums ein. So können wir unsere Arbeit noch zielgerichteter an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten – herz-

lichen Dank an alle, die mitgemacht haben“, sagte Füracker.

Positive Trends im jährlichen Heimatbericht

„Passend zu den Ergebnissen des Heimatspiegels zeigen auch die Daten und Fakten des jährlichen Heimatberichts positive Trends und bestätigen so das optimistische Stimmungsbild unserer Bürgerinnen und Bür-

ger“, freute sich Heimatminister Füracker.

Trotz andauernder Herausforderungen durch die Corona-Pandemie ist Bayern als Heimat weiterhin sehr beliebt. 2021 lebten 0,3 Prozent mehr Menschen im Freistaat als noch 2020. Auch der ländliche Raum Bayerns ist attraktiv: Zum zehnten Mal in Folge wächst hier die Bevölkerung. „Die hohen Zufriedenheitswerte und positiven Entwicklungen sind Ansporn weiter für noch bessere Rahmenbedingungen in ganz Bayern zu sorgen. Unsere heimatpolitischen Ziele sind und bleiben die hohe Lebensqualität zu erhalten und für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Freistaat zu sorgen. Das geht nur Hand in Hand mit den Menschen. Vielen Dank an alle die sich an der Gestaltung unserer Heimat beteiligen!“, so der Heimatminister abschließend.

Die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage „Heimatspiegel Bayern 2022“ sind abrufbar unter: www.heimat.bayern.de/heimatspiegel.

Der Heimatbericht 2021 ist abrufbar unter: www.stmfh.bayern.de/heimat

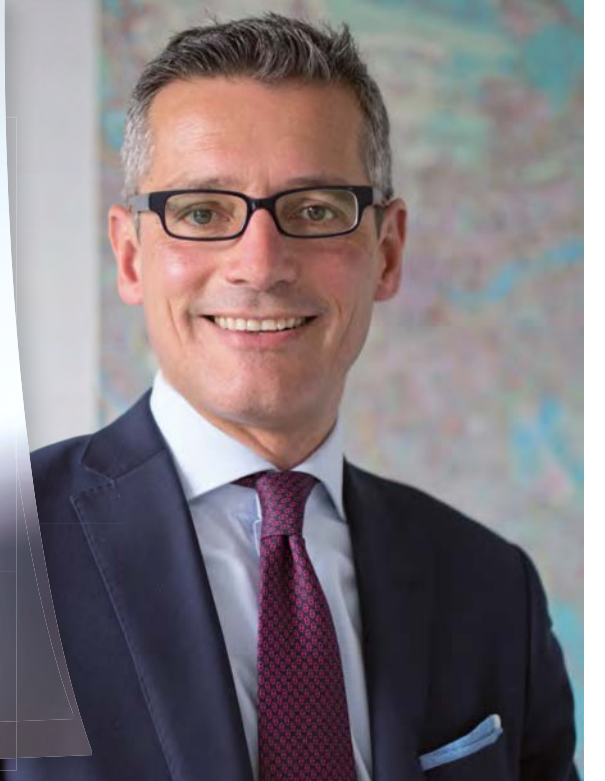
Eine Kurzübersicht zu wichtigen Daten und Fakten des Heimatberichts 2021 nach den jeweiligen Regierungsbezirken ist abrufbar unter: <https://www.stmfh.bayern.de/heimat/daten-undfakten.pdf> □

Ich lese die GZ

» ... mit Gewinn, weil sie mir einen fundierten Überblick über das Geschehen in kleinen wie auch großen Kommunen verschafft und mir damit wertvolle Anregungen für meine Arbeit gibt. «

Dr. Michael Fraas

Berufsmäßiger Stadtrat und Wirtschafts- und Wissenschaftsreferent der Stadt Nürnberg



Konzepte statt ...

(Fortsetzung von Seite 1)

nicht umsetzbar sind. Das ist Realitätsverweigerung auf Kosten der Kommunen“, unterstrich der KPV-Chef. Deshalb sei jetzt der richtige Zeitpunkt, die Kommunalfinanzierung vom Kopf auf die Füße zu stellen: „weg von Förderprogrammen, die mit komplizierten Antragsverfahren unnötig Personal binden, hin zu einer angemessenen Finanzausstattung mit Befreiheit über die Umsatzsteueranteile.“

Unberechenbare Naturgewalten

Beim Thema Sicherheit mahnte Haase an, nicht den Blick auf den Zivil- und Katastrophenschutz zu verlieren. Gerade die Flutkatastrophe an der Ahr habe doch vor Augen geführt, dass Naturgewalten unberechenbar sind, und das Land seine Widerstandsfähigkeit stärken müsse. Der Zivil- und Katastrophenschutz benötige modernes Gerät und Ausrüstung, um im Notfall den Bürgerinnen und Bürgern schnell zur Seite stehen zu können. Auch müsse man auf Strom- oder Gasengpässe, den Ausfall kritischer Infrastruktur, immer häufiger auftretende Cyberangriffe gegen Kommunen und schließlich auch auf Bedrohungen und tätliche Angriffe auf kommunale Ehrenämter vorbereitet sein. „Wir wollen Hass und Hetze im Netz stoppen, dafür müssen die Täter aber identifizierbar sein. Anfeindungen können Menschen vom ehrenamtlichen Engagement abhalten. Das wäre eine fatale Bankrotterklärung unseres Staatswesens“, machte Haase deutlich.

Mit Blick auf Energie und Klima bezeichnete Haase die Energiewende der Ampel als ein „planwirtschaftliches Bürokratiemonster“. „Wir dagegen wollen eine marktwirtschaftliche CO₂-Abgabe. Wer viel CO₂ freisetzt, muss mehr zahlen. Unkomplizierte steuerliche Sonderabschreibungen sorgen dann für die richtigen Anreize.“

Mechanismen des Marktes für Energie und Klima

Die Mechanismen der Marktwirtschaft würden auch bei der Energieerzeugung benötigt. „Wir brauchen Investitionen in jede Form der Energieerzeugung und auf allen Ebenen – ideologiefrei und an den Bedürfnissen im Land orientiert“, so der Vorsitzende. Gleiches gelte für den Klimaschutz: „Wir müssen unsere Ressourcen effizient einsetzen. Nur technologieoffen und ohne ideologische Scheuklappen können wir unsere ambitionierten Klimaziele erreichen.“ Unersetzliche Partner auf diesem Weg seien die Stadtwerke. Auch seien sie Garant für die zuverlässige Belieferung mit Strom, Gas oder Wärme als Kernelement der kommunalen Daseinsvorsorge. „Sie muss daher bei den Entlastungen des Bundes dabei sein, EU-Beihilferecht hin oder her. Auch unsere Stadtwerke müssen wir vor Ausfällen und Insolvenzen schützen. Genauso wie die Kommunen von den Strom- und Gaspreisbremsen profitieren müssen.“

Stichwort Sozialstaat: Wie Haase darlegte, „wollen wir den Menschen aus der Ukraine helfen, aber ob der direkte Zugang zum SGB II der richtige Weg ist, ist zu bezweifeln. Schließlich führe dieses Vorgehen vollkommen unbemerkt von der Ampel auch zur Unruhe unter den verschiedenen Migrantengruppen. Gleichzeitig nehme auch die Zuwanderung aus anderen Regionen wieder Fahrt auf. Mittlerweile seien in vielen Kommunen schon jetzt die Kapazitätsgrenzen erreicht.

Die mit der Flüchtlingsaufnahme verbundenen Lasten dürfen nach Auffassung der KPV am Ende nicht an den Kommunen hängen bleiben. Ob der mit den Ministerpräsidenten gefundene Kompromiss ein fauler ist, werde sich in der Praxis herausstellen, erklärte Haase. „Wichtige Punkte wie die der Integrationskosten scheinen vergessen worden zu sein. Die Länder werden die Lücken füllen müssen. Wichtig ist aber zuerst: Jeder ausgehandelte Cent gehört in den Topf der Kreise, Städte und Gemeinden.“

Bessere Infrastruktur

Was das Thema Infrastruktur angeht, so ist es nach Auffassung des KPV-Chefs „nicht übertrieben, wenn man behauptet: Diese Ampel-Regierung regiert gegen den ländlichen Raum.“ Der flächendeckende Ausbau mit schnellem Internet sei gestoppt worden und über die Frage der Erschließung von grauen oder sogar weißen Flecken wüchsen den kommunal Verantwortlichen nur noch graue Haare. „Wir müssen jedes Haus und jeden Hof in Deutschland erschließen. Da gibt es keine zwei Meinungen“, hob Haase hervor. Auch der Vorschlag der grün geführten Bundesnetzagentur, den ländlichen Raum beim schnellen Mobilnetz abzuhängen, passe in diese Reihe.

(Fortsetzung von Seite 1)

eine passgenaue Lösung parat zu haben. „Wir müssen uns auf Weniges und Wesentliches beschränken. Wir müssen die Komplexität reduzieren. Das Vertrauen in die Arbeit der Rathäuser muss gestärkt werden, denn Vertrauen reduziert Komplexität“, so der Verbandschef.

Nicht alles müsse bis ins Detail nach einem differenzierten Auflagenkatalog geregelt, genehmigt und geprüft werden. Die Komplexität im Vergaberecht, im Datenschutz, im Denkmalschutz oder in Förderprogrammen mit all den Auflagen und Kontrollmechanismen lasse sich in der Verwaltungspraxis oft nicht mehr abarbeiten, erklärte Pannermayr. Kommunale Bauämter, Kämmerien, Jugendämter und Schullehrer stießen an ihre Grenzen.

Kommunen brauchen Kontinuität und Verlässlichkeit

Pannermayr zufolge benötigen Kommunen „Kontinuität und Verlässlichkeit“. Die kommunale Investitionskraft sollte grundlegend mit höheren Pauschalen oder Fördersätzen im kommunalen Finanzausgleich gestärkt werden, um Schulen, Kindergärten, Kindertagesbetreuung, Radwegebau und Nahverkehr als Daueraufgaben auszubauen. Dies solle für Planungssicherheit und reduzierte Bürokratie. Nötig seien klare und praktikable Regeln, die nicht ständig in Details wieder auf Neue geändert werden.

Einige wenige Fördertöpfe genügt, wenn sie gut ausgestaltet sind und eine lange Laufzeit haben. Damit wäre nicht nur den Rathäusern geholfen, sondern auch den sieben Bezirksregierungen in Bayern, von denen zu hören sei, dass auch Genehmigungsbehörden bei der Bearbeitung an Kapazitätsgrenzen stoßen.

Mit derart komplizierten kurzzeitigen Förderprogrammen und ausufernden Ausschreibungsregelungen sind die bayerischen Kommunen aus Sicht des Städtetagsvorsitzenden auch nicht in der Lage, das Megaprojekt

Gleiches Bild bei der Verkehrsinfrastruktur: Das 49 Euro-Ticket ist Haase zufolge „ein teures und noch nicht einmal ausfinanziertes Geschenk an die Städter, die auf einen dicht getakteten ÖPNV zugreifen können. Statt Subventionen für die Nutzer braucht es bessere Mobilitätsangebote in Stadt und Land. Wir brauchen keine Unterstützung bei einer Vollkasko-Mentalität gegen den Staat, sondern ein attraktives ÖPNV-Netz, das auf die Kundenbedürfnisse zugeschnitten ist.“

Sechs Fachforen

Der Kongress der Bundes-KPV bot vielfältige Gelegenheit für den Austausch von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik. In vertieften namhaften Experten im Rahmen von sechs Foren die angesprochenen thematischen Baustellen und definierten Lösungsmöglichkeiten. Während der KPV-Vorsitzende der CSU in Bayern, Landrat Stefan Rößle, dem Forum Kommunalfinanzien beiwohnte, nahm der als Beisitzer wiedergewählte Münchner Landkreischef Christoph Göbel am Forum Mobilität teil.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg, nutzte die Gelegenheit für einen Meinungsaustausch mit dem Vorsitzenden der CDU, Friedrich Merz, und dem Vorsitzenden der AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,

André Berghegger. Dabei ging es unter anderem um die aktuelle Flüchtlingssituation sowie die Wohn- und Bürgergeldreform.

Landsberg zufolge braucht es auch in der Flüchtlingspolitik mehr Realitätssinn. Die Zahl der Flüchtlinge werde wahrscheinlich noch zunehmen, die Unterbringungsmöglichkeiten seien begrenzt. „Deswegen brauchen wir schnell einen Masterplan mit einer systematischen Initiative zum Ausbau von Unterkünften durch Bund und Länder. Auch hier gilt der Grundsatz: Unsere Herzen und unsere Anteilnahme sind groß, aber unsere Möglichkeiten sind nicht unbegrenzt.“

Bereits zu Kongressbeginn hatte CDU-Chef Merz darauf hingewiesen, dass die Erneuerung seiner Partei nicht allein auf der Bundesebene vollzogen werden könne. Auch auf der kommunalen Ebene müsse der Neuaufbau gelingen. „Sonst werden wir unserem Anspruch als stärkste Partei in der Bundesrepublik nicht gerecht werden können.“

Mit Blick auf die Regierungskohäsion registriert Merz eine große Nervosität, bis hin zu einem Sprachgebrauch, den man bisher nur von der extremen amerikanischen Rechten gekannt habe. Gleichzeitig stellte er aber auch klar: „Wir lassen uns durch diese Radikalisierung der politischen Sprache, an der sich bedauerlicherweise auch die FDP beteiligt, in unserer Grundüberzeugung nicht beirren.“ DK

Städte im dauerhaften ...

Klimaneutralität erfolgreich zu initiieren. Städte und Gemeinden nähmen Klimaschutz ernst, hob Pannermayr hervor: „Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die vom Bund und vom Freistaat gesetzten Rahmenbedingungen müssen passen, damit Kommunen wirkungsvoll aktiv werden können.“

Auf der Grundlage einer Studie des unabhängigen Denk- und Politiklabors „Agora“ geht Pannermayr von einem Finanzbedarf der bayerischen Kommunen zur Umsetzung der erforderlichen Klimaschutzmaßnahmen von 28 Milliarden Euro bis 2030 aus. Darunter fallen der Umbau der Energieversorgung, die Hebung der Energiestandards in kommunalen Gebäuden, sowie Investitionen in eine klimaneutrale Infrastruktur und in die Mobilitätswende.

„Die Bayerische Staatsregierung muss die Bewältigung des Klimawandels als kommunale Pflichtaufgabe begreifen und mit staatlichen Mitteln ausstatten“, unterstrich der Verbandschef: „Diese Forderung bleibt für die Kommunen zentral. Die Staatsregierung ist zwar im Herbst mit den kommunalen Spitzenverbänden in einen Dialog getreten. Das hat uns aber bislang noch nicht weit gebracht.“

Neue Dialogreihen und Gesprächsformate seien gut gemeint, um etwa Vollzugserleichterungen und Vereinfachungen in der Förderlandschaft zu erreichen. Die in den Dialogen mit dem Umweltministerium bislang diskutierten Fördervolumina des Programms „Klimaschutz in Kommunen“ bewegten sich allerdings in Bereichen von jährlich 3,9 Millionen Euro im Jahr 2022 und geplanten 8,9 Millionen Euro im Jahr 2023. Eine solche Summe genüge nicht einmal im Ansatz, um bei über 2.000 Städten und Gemeinden in Bayern etwas Wesentliches für den Klimaschutz bewegen zu können, stellte Pannermayr fest: „Wir dürfen uns mit Klimaschutz nicht nur thematisch in Teillaspekten, Pilotprojekten und Teilprogrammen an der Oberfläche beschäftigen, es muss an den Kern von dauerhaften Maßnah-

men für Klimaschutz und Klimaanpassung gehen.“

Dabei sei es nicht ausreichend, wenn der Freistaat immer neue spezialisierte Förderprogramme auflegt, berichtete der Vorsitzende aus der Praxis: „Das ist in Teilbereichen für Einzelprojekte hilfreich, aber letztlich wegen der kleinteiligen Förderstruktur nur jeweils ein Tropfen auf den heißen Stein. Da Richtlinien von Sonderförderprogrammen komplex sind, führt dies zu umfangreichen und langwierigen Antragsverfahren. Notwendig ist ein dauerhafter verlässlicher Finanzrahmen über feste überjährige Budgets, damit Kommunen für Klimaschutz und Klimaanpassung konsequent handeln können.“

Vielseitigkeit des gemeindlichen Wirkungskreises

Die Vielseitigkeit des gemeindlichen Wirkungskreises mache Städte und Gemeinden zu wichtigen Akteuren des Klimawandels und führe zur Verantwortung, diese Möglichkeiten mit Leben zu füllen. Dazu sei es erforderlich, den Kommunen die notwendigen Kompetenzen und Mittel zu verschaffen, etwa mit der Stärkung kommunaler Unternehmen der Daseinsvorsorge für Energieversorgung, öffentlichen Nahverkehr, Wasser und Abwasser. „Der Klimawandel orientiert sich nicht an Gemeindegrenzen und Zuständigkeiten“, erläuterte der Vorsitzende: „Eine ganzheitliche Verantwortung können die Städte und Gemeinden daher nicht übernehmen, denn diese Aufgabe mit Vernetzung und Koordination, überörtlichen, übergreifenden Zielvorgaben liegt auf staatlicher Ebene.“

Für Nachbesserungen spricht sich der Bayerische Städtetag auch beim Wohngeld-Plus-Gesetz aus, das am 1. Januar 2023 in Kraft treten soll. „Das Ziel dieses Gesetzes ist aus sozialpolitischer Sicht zu begrüßen, doch leider ist es schlecht formuliert“, erläuterte Pannermayr. Bei der Umsetzung werde das Gesetz in den Wohngeldstellen erheb-

Zeugnisvergabe für die Landratsämter:

Beste Noten von den Bürgern

Ergebnisse der Bürger-/Kundenbefragung 2022 vorgestellt

Die bayerischen Landratsämter kommen bei den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut an. Das ist das Ergebnis der Bürger-/Kundenbefragung 2022, die der Innovationsring des Bayerischen Landkreistags mit Unterstützung des Marktforschungsunternehmens Ipsos durchgeführt hat.

„Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben während der Corona-Pandemie und in der aktuellen Ukraine-Krise Enormes geleistet. In dieser besonders herausfordernden Zeit konnte die bereits hohe Zufriedenheit unserer Kunden weiter verbessert werden. Wir können daher richtig stolz auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein“, sagte der Vorsitzende des Innovationsrings im Bayerischen Landkreistag, der Landrat des Kreises Bad Tölz-Wolfratshausen, Josef Niedermaier, bei der Präsentation der Ergebnisse in seinem Landratsamt. Neben Niedermaier berichteten auch die Landräte Robert Niedergesäß und Matthias Dießl wie die verschiedenen Sachgebiete unter die Lupe genommen wurden. „Wir wollen in allen Lebenslagen für unsere Bürgerinnen und Bürger da sein. Die Befragung zeigt: Das gelingt uns immer besser“, so die Aussagen der Landräte.

14 Landkreise haben an der von Anfang Juli bis Mitte August 2022 durchgeführten Umfrage teilgenommen: Aschaffenburg, Bad Kissingen, Coburg, Deggendorf, Ebersberg, Eichstätt, Fürth, Haßberge, Kitzingen, Miltenberg, Regensburg, Rosenheim, Roth und Starnberg.

Die Gesamtzufriedenheit ist im Vergleich zur Befragung im Jahr 2015 nochmals – auf 93 % – gestiegen.

liche Probleme bereiten. „Ohne Änderungen werden Menschen, die berechtigt für Wohngeld wären, lange auf die Bearbeitung ihres Antrags und die Auszahlung warten müssen.“

Vorgesehen sind Leistungsverbesserungen beim Wohngeld und eine Erweiterung der Antragsberechtigten sowie eine dauerhafte Heizkomponente und eine Klimakomponente. Das Wohngeld soll Haushalte mit niedrigeren Einkommen unterstützen, um die hohen Lasten bei Mieten besser zu schultern. Bei den steigenden Heizkosten sollen Betroffene eine Entlastung erhalten. Damit dürfte sich nach ersten Schätzungen der Kreis der Berechtigten von bundesweit bislang 600.000 Haushalten auf zwei Millionen Haushalte erhöhen. In den Wohngeldstellen kreisfreier Städte und Landkreise wird zum Teil mit einer Verfünffachung der Anträge gerechnet, da sich auch viele Menschen Hoffnungen auf Entlastung machen, die nicht zum Kreis der Berechtigten zählen und deren Anträge daher bearbeitet und abgelehnt werden müssen.

Beschleunigte Verfahren

„Wir stehen erneut vor dem Problem, dass wegen der Ankündigungen von Verbesserungen die Erwartungen der Menschen hoch sind“, betonte der Verbandschef. Bisweilen liefern in den Wohngeldstellen schon seit Herbst Anfragen und Anträge auf neue Leistungen ein, obwohl das Gesetz noch gar nicht verabschiedet ist, berichtete Pannermayr aus der Praxis: „Somit stoßen hohe Erwartungen auf die Realität eines ungenügend formulierten Gesetzes. Leider sind bei den Gesetzesberatungen auf Bundesebene die von den kommunalen Spitzenverbänden eingebrach-

Bei der Bewertung der Leistungsbereiche haben sich vor allem die Bearbeitung der Kundenanliegen – wie ausführlich ist die Beratung, wie hilfsbereit sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? – und das Zeitmanagement seit 2015 deutlich verbessert. Am besten bewerteten die Bürgerinnen und Bürger die Freundlichkeit und die Hilfsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie deren fachliche Kompetenz.

„Die Befragungsergebnisse bestätigen uns darin, dass die Landratsämter für die Bürgerinnen und Bürger da sind. Gleichzeitig sind die Ergebnisse ein Ansporn, die Zufriedenheit auf diesem hohen Niveau zu halten und wo möglich weiter zu verbessern“, so Niedermaier.

Seit Jahren verstärken die Landratsämter die Digitalisierung ihrer Online-Angebote, die von Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen werden und an deren Ausbau Stichwort „Digitaler Werkzeugkasten“ weiter gearbeitet wird. Für die Landkreise ist die Bürger-/Kundenbefragung ein wichtiges Instrument, um sich nach innen und außen zu verbessern. Im Amt können die Ergebnisse dabei helfen, bestehende Abläufe weiter zu optimieren. Nach außen hin soll über die Befragung das Image der Verwaltung gestärkt werden. □

ten Vorschläge zu einem schlankeren Vollzug der Regeln und für beschleunigte Verfahren nicht berücksichtigt werden. Am Beispiel des Wohngelds zeigt sich ein elementarer Webfehler bei der Gesetzgebung, der leider allzu oft zu monieren ist: Es gibt Probleme bei der Umsetzung, wenn Erfahrungen aus der Praxis und kommunale Anregungen nicht beim Formulieren von neuen Gesetzen berücksichtigt werden.“

Wohngeldstellen in kreisfreien Städten und Landkreisen hätten mit Personalmangel und fehlender Software zu kämpfen. Bereits jetzt seien die Ämter wegen der angespannten Personalsituation und vielfältiger Herausforderungen nach der Corona-Pandemie und mit der Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine unterbesetzt. Dies solle aktuell für lange Bearbeitungszeiten und einem Rückstau bei der Bearbeitung von Anträgen auf Wohngeld. Eine Verdreifachung der Antragszahlen sei ohne eine Aufstockung des Personals nicht zu schultern. Überdies müssten zusätzlich Büro-Räume und IT-Infrastruktur geschaffen werden. Auch fehle die Anpassung der zur Abwicklung nötigen Software-Fachverfahren, die nach Einschätzung des Städtetagsvorsitzenden wohl erst im Lauf des Jahres 2023 einsetzbar sein dürften.

Da eine schnelle Umsetzung des Wohngeld-Plus-Gesetzes aus Pannermayrs Sicht nicht möglich ist, sollte es erst zum 1. Juli 2023 in Kraft treten. Die achtseitigen Antragsformulare müssten verschlankt und das gesamte Verfahren vereinfacht werden, damit die Anträge für die Betroffenen zügig bearbeitet werden können. Die Finanzierung des zusätzlichen Personalaufwands obliege dem Freistaat Bayern. DK

Naturschutzgebiet „Trogener Moore“:

Wiedervernässungs-Maßnahmen abgeschlossen

Lindau (Bodensee) – In den letzten Jahren wurde viel Arbeit in die Wiedervernässung des Trogener Moores investiert. Gemeinsam mit den Beteiligten des Projektes verschaffte sich Landrat Elmar Stegmann zum Abschluss der Renaturierungsarbeiten ein Bild von den Maßnahmen im größten noch zusammenhängenden Moorkomplex der Lindauer Hochlagenmoore in Weiler-Simmerberg. Er bedankte sich bei allen Beteiligten und stellte die Relevanz dieses besonderen und seltenen Hochmoores sowie generell der Wichtigkeit von stark gefährdeten Moorlebensräumen für den Landkreis heraus. Zudem sicherte der Landkreischef seinen Einsatz bei zukünftigen Moorschutzmaßnahmen im Landkreis zu.

„Unsere Moore sind nicht nur als natürliche Rückzugsgebiete für teilweise bedrohte Tier- und Pflanzenarten von Relevanz, auch ihre Funktion als effiziente Kohlendioxidspeicher machen sie besonders wertvoll. Umso mehr freut es mich, dass wir nun gemeinsam Raum und Aufmerksamkeit für den Erhalt dieses Biotops und dessen Bedeutung als Emissionsspeicher schaffen. Gemeinsam sind wir mit der Renaturierung der Trogener Moore einen großen und wichtigen Schritt zum Schutz unserer Umwelt gegangen“, so Landrat Elmar Stegmann.

Das Naturschutzgebiet Trogener Moore in der Marktgemeinde Weiler-Simmerberg gehört zu den herausragenden Schutzgebieten im Landkreis Lindau (Bodensee). Das Hochmoor wurde im letzten Jahrhundert teilweise für den Torfabbau zur Brennstoffgewinnung entwässert. Der Landschaftspflegeverband Lindau-Westallgäu e. V. (LPV) hat nun eine bedeutende Maßnahme zur Wiedervernässung der Moore umgesetzt.

130 Dammbauten

Insgesamt wurden 16 Torfdämme in Entwässerungsgräben eingebaut. 55 Dämme wurden als Holzspundwände aus Nadelholzbrettern ausgeführt. Sechs Dämme wurden aufgrund der Länge und den daraus resultierenden statischen Erfordernissen als Metallspundwand ausgeführt. Seit 2008 kamen in den Trogener Mooren alle gängigen Renaturierungsverfahren zur Wiedervernässung zum Einsatz. Mit Hilfe von 130 Dammbauten kann nun eine weitere Entwässerung des Moores verhindert und so aktiv zur Regenerierung des Moores beigetragen werden.

Beschluss des Bundeskabinetts:

Gesetz zum Aufbau eines Einwegkunststofffonds

Hersteller von Produkten aus Einwegplastik müssen sich künftig an den Kosten der Abfallbeseitigung in Parks und Straßen beteiligen. Dies hat die Bundesregierung beschlossen. Laut Gesetz zahlen die Hersteller eine jährliche Abgabe in einen zentralen Fonds ein, der vom Umweltbundesamt verwaltet wird. Die Höhe der Abgabe bemisst sich an der Art und Menge jener Produkte, die sie zuvor auf den Markt gebracht haben.

Aus dem Fonds können Kommunen Gelder erhalten, die ihre Kosten für Abfallbewirtschaftung und Sensibilisierungsmaßnahmen decken. Zu den betroffenen Produkten aus Einwegkunststoff zählen beispielsweise Tabakprodukte mit kunststoffhaltigen Filtern, Getränkebehälter und -becher sowie To-Go-Lebensmittelbehälter.

Abgabe erstmals 2025

Die Abgabe für in Verkehr gebrachte Produkte aus Einwegkunststoff haben die Hersteller erstmals im Frühjahr 2025 auf der Basis der im Kalenderjahr 2024 in Verkehr gebrachten Produktmenge zu leisten. Die konkrete Höhe der Abgabesätze für die Hersteller sowie das Auszahlungssystem an die Kommunen und sonstige Anspruchsberechtigte werden durch eine Rechtsverordnung festgelegt. Die dazu

erforderliche Datenbasis wird derzeit durch ein Forschungsvorhaben im Auftrag des Umweltbundesamtes ermittelt.

Im Auftrag der Regierung von Schwaben als Höhere Naturschutzbehörde wurde 2020 und 2021 mit der Umsetzung der letzten, erforderlichen Maßnahmen zur Wiedervernässung der Trogener Moore begonnen. Maßnahmenträger hierfür ist der Landschaftspflegeverband (LPV). Dieser hat die bisher aufwändigste Maßnahme zur Moorerenaturierung im Landkreis umgesetzt, die von den zuständigen Fachkräften Holger Bayer und Michaela Berghofer (Geschäftsführerin des LPV) betreut wurden. Die hierbei entstandenen Gesamtkosten von insgesamt 325.000 Euro konnten mit 90 Prozent vom Freistaat Bayern über das Klimaprogramm 2050 – KLIP – gefördert werden.

Aktiv zur Regenerierung des Moores beitragen

In enger Zusammenarbeit mit der Regierung von Schwaben sowie deren Moorfachkräften Armin Woll und Nils Riegel sowie der Unteren Naturschutzbehörde, darunter Ursula Sauter-Heiler und Jörg Günther vom Landratsamt Lindau, konnte diese wichtige Maßnahme auf der von der Marktgemeinde Weiler-Simmerberg und dem Landkreis Lindau zur Verfügung gestellten erforderlichen Fläche umgesetzt werden.

Ebenfalls an den Maßnahmen beteiligt war Isolde Miller, Gebietsbetreuerin Moore, Tobel und Bodenseeufer im Landkreis Lindau (Bodensee) sowie Wolfgang Huang, Leiter der Geschäftsstelle des Kuratoriums für die Tagungen der Nobelpreisträger in Lindau, das den Moorschutz im Landkreis unterstützt und sich mit Spenden in die Finanzierung einbringt. □

Geschätzte Fondseinnahmen bis zu 450 Mio. Euro jährlich

Die Kommunen erhalten dann im Herbst 2025 aus dem Einwegkunststofffonds Geld für die in 2024 erbrachten abfallwirtschaftlichen Leistungen. Nach den ersten Ergebnissen des Forschungsvorhabens werden die Einnahmen des Fonds auf bis zu 450 Millionen Euro jährlich geschätzt. Das Einwegkunststofffondsgesetz muss vom Bundestag verabschiedet werden und passiert anschließend den Bundesrat. Die zugehörige Rechtsverordnung, die unter anderem die Abgabesätze festlegen wird, wird derzeit im Bundesumweltministerium vorbereitet. DK



Zum Abschluss des Projekts bekamen die Kindergartenkinder Besuch des Müllautos der Firma Ernst. Bild: Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen

Müllauto begeistert Kindergartenkinder in Weißenburg

Ob die weggeworfene Glasflasche im Wald oder die richtige Mülltrennung – Umweltschutz und der richtige Umgang mit Abfall gehen Hand in Hand. Frühzeitig das Bewusstsein dafür zu schaffen, war deshalb auch Ziel der Projekttag des Weißenburger Kindergartens Heilig Kreuz. Durch besondere Aktionen wurden den Kindergartenkindern dabei die Themen Umwelt und Abfall nähergebracht. Dabei durfte natürlich auch der Besuch des Müllautos nicht fehlen!

Mit Müllzwickern und Restmüllsäcken ausgestattet, zogen die 50 Kinder zum Start des Projekts los, um die Gegend rund um ihren Kindergarten von Müll zu befreien. Selbst die Kleinsten staunten beim gemeinsamen Müllsammeln, wieviel achtlos in der Umwelt entsorgt wird.

Mit kleinen farbigen Mülltonnen lernten die Kinder, wie sie ihren Abfall richtig entsorgen und was in welche Tonne kommt. Damit unnötiger Müll aber gar nicht erst entsteht, wurde den Kindergartenkindern auch gezeigt, worauf sie beim Einkaufen achten sollen. Auch lernten die Kinder, wie sie beim Händewaschen Wasser sparen können. Durch Kindergeschichten rund um das Thema

Umwelt kam natürlich auch der Spaß nicht zu kurz.

Mit strahlenden Augen und vielen winkenden Händen wurden die Müllmänner der Firma Ernst zum Abschluss der Projekttag begrüßt, als sie die Kinder mit dem Biomüllauto besuchten. Nachdem die Kinder beim Entleeren der Tonnen zusehen konnten, durften sie im Führerhaus des Müllautos selbst ans Steuer. Auch das Trittbrett hinten am Müllauto wurde von den Kindern ausgiebig getestet.

Zum Abschied gab es großen Applaus für die Müllmänner, die Erzieherinnen und Mitarbeiter der Abfallwirtschaft des Landratsamtes Weißenburg-Gunzenhausen, die dieses Projekt möglich machten. □

Abfallwirtschaftsbericht des Landkreises Rosenheim

Laut Abfallwirtschaftsbericht für das Jahr 2021 hat jeder Bürger des Landkreises Rosenheim statistisch gesehen im vergangenen Jahr rund 193 Kilogramm Restmüll verursacht. Zudem wurden rund 80.500 Tonnen an Wertstoffen gesammelt.

Beim Altpapier haben die eingesammelten Mengen mit knapp 20.300 Tonnen im Vergleich zum Vorjahr abgenommen. Die Bürgerinnen und Bürger brachten gut 10.600 Tonnen zu den Altpapiercontainern in den 42 Wertstoffhöfen und rund 1.300 dezentralen Containerstandorten. Etwa 9.600 Tonnen kamen über die „Blauen Tonnen“ zusammen sowie 92 Tonnen über gemeinnützige Altpapiersammlungen.

Zunahme bei Altglas

In die Altglascontainer an 245 Standorten wurden mehr als 6.600 Tonnen eingeworfen. Das sind gut 45 Tonnen mehr gegenüber dem Vorjahr. Bei den Leichtverpackungen waren unterschiedliche Entwicklungen zu verzeichnen: Während die Menge von Aluminium, Mischkunststoffe und Tetra-Pack leicht zugenommen hat, haben die Mengen bei Weißblech, Hohlkörper, Folien und Styropor etwas abgenommen. Bei den Bechern ist die Sammelmenge gleichgeblieben. Die erfassten Leichtverpackungen summierten sich auf etwa 1.900 Tonnen.

Eigene Kompostieranlagen

Um das Hausmüllvolumen zu reduzieren, werden im Landkreis Rosenheim seit vielen Jahren Grünabfälle getrennt er-

fasst. In den drei Kompostieranlagen in Noderwiechs in der Gemeinde Bruckmühl, in Perfall bei Eiselfing und in Weiher in Aschau wurden 2021 knapp 111.700 Kubikmeter Häckselgut, Laub und Gras angeliefert. Aus Umweltschutzgründen stellt der Landkreis in seinen eigenen Kompostieranlagen in Noderwiechs und Perfall nur torffreie Substrate her. Ihre Akzeptanz nimmt stetig zu, heißt es im Abfallwirtschaftsbericht.

Größere Mengen an Bioabfall

Die Entsorgung des Bioabfalls hat sich weiter etabliert. 2021 wurden 407 Tonnen eingesammelt, 48 Tonnen mehr als das Jahr zuvor. Seit 1989 fördert der Landkreis Rosenheim die Kompostierung im eigenen Garten. Knapp über 12.000 Kompostbehälter wurden seit damals bezuschusst. Zudem wird ein Abschlag von rund zehn Prozent auf die Müllgebühren gewährt, wenn im Garten kompostiert wird.

Die Recyclingquote im Landkreis Rosenheim liegt bei 67,18 Prozent. Ziel des Abfallwirtschaftskonzepts des Landkreises ist es, die Restmüllmenge durch wirksame Vermeidungs- und Verwertungsmaßnahmen so weit wie möglich zu verringern, um dadurch die Umwelt zu schonen. DK



Meine Finanzen behalte ich im Blick, ohne zu rechnen.

Eine moderne Finanzsoftware für Ihre Verwaltung sollte für jeden intuitiv zu bedienen sein. So wie der OK.FINN Bewirtschaftungsarbeitsplatz: webbasiert, mit übersichtlichem Dashboard und gleichermaßen perfekt für Doppik und Kameralistik.

www.akdb.de

AKDB

Öko-Modellregion Oberallgäu Kempten:

Erfolgreiche Exkursion nach Haldenwang

Landkreis Oberallgäu und Stadt Kempten unterstützen mit Kleinprojekte-Förderung der Öko-Modellregion innovative Projekte in Stadt und Land

Strahlender Herbst-Sonnenschein und glückliche Projektträger und Gäste bei der Exkursion der Öko-Modellregion Oberallgäu Kempten. Rund 50 Gäste aus Politik, Verwaltung, Stadt, Landkreis und Landwirtschaft folgten der Einladung auf den Demeter-Betrieb Schäffeler in Haldenwang. Dort stellten die Projektträger die erfolgreich umgesetzten Projekte vor. Landrätin Indra Baier-Müller und Oberbürgermeister Thomas Kiechle übergaben die Förderschilder.

Produktneuheiten, neue Vermarktungswege und Stärkung der regionalen Wertschöpfung: Vielfältig und kreativ sind die Projektideen aus dem neuen Förderprogramm „Verfügungsrahmen Ökoprodukte“ und die daraus entstandenen Produkte und Möglichkeiten: Bio-Schnittblumen aus regionalem Anbau waren bisher eine Seltenheit - Barbara Schäffeler aus Haldenwang und Thomas Ruppenner von PurAlp aus Oberstdorf beliefern beide seit diesem Herbst den regionalen Handel mit heimischen Blüten. Auch die Gastronomie profitiert von Produktneuheiten und kürzeren Transportwegen: So landen die Kräuter von Thomas Ruppenner erntefrisch noch am selben Tag auf dem Teller der Hotelgäste; Rin-

dersüze und Rinder-Bockwurst in Bio-Qualität vom Hof der Familie Zeller aus Kranzegg werden an einen regionalen Gastronomen geliefert.

Auch bei Familie Speiser aus Sulzberg ist ein neues Produkt entstanden: trockengereiftes Bio-Rindfleisch vom Allgäuer Weiderrind. Von der Erweiterung und Modernisierung des Schlachthauses in Seltmans profitieren mehr als 40 landwirtschaftliche Betriebe, etliche Metzger und Gastronomen.

Eine Stärkung der Direktvermarktung sieht Familie Heinrich aus Kempten in der Ausstattung ihres Verkaufsraumes. Heinrichs ziehen auf ihrem Naturlandhof Milchviehkälber von benachbarten Bio-Milchviehbetrieben auf.

Staatsminister Glauber:

Hochwasserschutz und verbesserte Gewässerstruktur

Zu den technisch anspruchsvollsten und größten laufenden Hochwasserschutzprojekten in Bayern zählt der Ausbau des Hochwasserschutzes für Regensburg. Nach rund zweieinhalbjähriger Bauzeit wurden nun die Maßnahmen für den Abschnitt Westhafen abgeschlossen. Wie Umweltminister Thorsten Glauber im Rahmen der feierlichen Einweihung betonte, sei ein weiterer Kilometer Grundschutz vor einem hundertjährigen Hochwasser fertig. Mit der neuen Maßnahme würden rund 5.000 Menschen vor den Fluten der Donau geschützt.

Das moderne Hochwasserschutzkonzept in Regensburg ermöglicht Glauber zufolge gleichzeitig die weitere Entwicklung der Stadt. Hochwasserschutz und Stadtentwicklung gingen so Hand in Hand.

Im Zuge der aktuellen Baumaßnahmen wurde der Schutz von etwa 5.000 Einwohnern sowie knapp 400 Betrieben hergestellt. Insgesamt werden innerstädtische Flächen von etwa 80 Hektar, das entspricht über 110 Fußballfeldern, geschützt. Dazu wurden auf rund einem Kilometer Länge Mauern, mobile Elemente und Spundwände verbaut, die teils bis zu acht Meter tief verankert wurden. Die Gesamtkosten der Maßnahme betragen rund zehn Millionen Euro.

Der Hochwasserschutz für Regensburg wird in 18 einzelnen Bauabschnitten umgesetzt. Das Gesamtvolumen der Maßnahmen liegt bei rund 150 Millionen Euro, getragen gemeinsam vom Freistaat Bayern, der Stadt Regensburg und der EU.

Mit Blick auf ein gemeinsames bayerisch-thüringisches Projekt, nämlich den ökologischen Umbau der Wehranlage der ehemaligen Steinmühle an der Saale in

Hirschberg, erklärte Glauber: „In-takte Gewässer sind einzigartige Ökosysteme und die Basis für eine lebenswerte Umwelt. Gerade in Zeiten des Klimawandels brauchen wir die artenreichen Natur- und Erholungsräume. Dafür stärken und fördern wir die naturnahe Entwicklung der Flüsse und Bäche.“

In der Mitte des Flusses verläuft die Grenze zwischen Bayern und Thüringen. Eine vorhandene Wehranlage diente zwischenzeitlich der Wasserkraftnutzung. Jetzt soll ein Teil des Wehres zur Herstellung der Durchgängigkeit für Fische und Gewässerorganismen zu einer Sohlgleite umgebaut und die Gewässerstruktur insgesamt verbessert werden, zum Beispiel mit Trittssteinbiotopen.

Die Planungen beginnen im kommenden Jahr. Sowohl Planung als auch Umbau erfolgen in enger Abstimmung mit allen zuständigen bayerischen und thüringischen Behörden, der Stadt Hirschberg, Bürgern und Anliegern. Bayern und Thüringen haben zu dem Projekt eine Vereinbarung geschlossen und teilen sich die Kosten in Höhe von voraussichtlich 1,2 Millionen Euro. **DK**

Fünf Projekte mit

„boden:ständig“-Preis ausgezeichnet

Für ihre Ideen und ihren besonderen gemeinsamen Einsatz für den Boden- und Gewässerschutz und klimagerechte Landschaften hat Agrarministerin Michaela Kaniber fünf Projekte mit dem „boden:ständig-Preis 2022“ ausgezeichnet.

Den mit je 2.000 Euro dotierten Preis erhielten das boden:ständig-Verfahren Pelhamer See (Lkr. Rosenheim), die Kartoffel- und Mais-Entwickler in den Landkreisen Regensburg und Straubing-Bogen, die Integrierte Ländliche Entwicklung Kahlgrund-Spessart (Lkr. Aschaffenburg), die Arbeitsgruppe boden:ständig der Teilnehmergemeinschaft Mühlhausen (Lkr. Kelheim) und die Akteure des boden:ständig-Projekts Lautertal (Lkr. Coburg). Der Preis zeichnet Vorbilder und Mutmacher aus, die durch ihr Engagement und ihr Unternehmertum den Boden- und Gewässerschutz in ihrer Region vorangebracht haben und damit beispielgebend sind. Die Preisträger sind alle in der Initiative „boden:ständig“ aktiv. **□**

Die Stadt Kempten wird künftig um einen weiteren Gemüsebaubetrieb bereichert, der gemeinschaftstragen ist: auf dem elterlichen Betrieb bauen Theresa und Barbara Schwärzler ab dem kommenden Jahr Bio-Gemüse auf Basis der solidarischen Landwirtschaft an. Und auch für die Jugendbildungsstätte des DAV in Bad Hindelang ist eine regionale und nachhaltige Verpflegung ihrer Hausgäste zentrales Bildungsthema. Der neu aufgestellte Regiomat mit regionalen Bio-Lebensmitteln wie insbesondere Wurst und Käse versorgt Hausgäste wie Vorbeifahrende und zeigt die Produktvielfalt unserer Region.

Ideenreichtum, Innovationsgeist und engagierte Menschen

Vom Erfolg der Projekte waren auch Landrätin Indra Baier-Müller und Oberbürgermeister Thomas Kiechle überzeugt. „Mit 46.000 Euro vergebenen Fördermitteln wurde die maximale Fördersumme von 50.000 Euro fast vollständig ausgeschöpft“, so Baier-Müller. „Die damit umgesetzten Projekte stärken genau das, wofür der Landkreis Oberallgäu und die Stadt Kempten mit der Öko-Modellregion stehen: regionale Wertschöpfungsketten, die Diversität in Landwirtschaft und Verarbeitung und den Ausbau regio-

Kommunale Kläranlagen:

Sehr gute Abbauleistungen auch unter Pandemiebedingungen

34. DWA-Leistungsnachweis kommunaler Kläranlagen

Die kommunalen Kläranlagen in Deutschland haben auch unter den erschwerten Bedingungen der Corona-Pandemie 2021 ihr hohes Leistungsniveau unter Beweis gestellt. Die Grenzwerte der EU-Kommunalabwasserrichtlinie für den chemischen Sauerstoffbedarf, Stickstoff und Phosphor wurden sicher eingehalten und Großteils deutlich unterschritten. Dies belegt der 34. Leistungsnachweis kommunaler Kläranlagen der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA).

„Wie bereits im Vorjahr gilt unser großer Dank dem Betriebspersonal auf den Anlagen“, betont Gert Schwentner, Sprecher der Kläranlagen-Nachbarschaften der DWA. „Die erreichten Reinigungsergebnisse seien ein Beleg für das große Engagement und den Einsatzwillen, den das Betriebspersonal auch unter den schwierigen Corona-Bedingungen Tag für Tag aufgebracht habe. Langfristig zehre das aber aufgrund der dünnen Personaldecke, gerade auf kleineren Kläranlagen, an der Subsistenz von Mensch und Maschine“, so Schwentner. „Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten würden vielfach zurückgestellt.“

Die kommunalen Kläranlagen konnten 2021 die bereits guten Abbauwerte des Vorjahres beim Chemischen Sauerstoffbedarf, bei Gesamtphosphor und bei Gesamtstickstoff bestätigen. In konkreten Zahlen: Der chemische Sauerstoffbedarf des Abwassers konnte von 538 mg/l im Zulauf auf 25 mg/l im Ablauf reduziert werden, ein Abbau von 95,4 Prozent (2020: 95,6 Prozent). Der Gesamtstickstoff wurde in den Kläranlagen im Mittel zu 84,6 Prozent (2020: 83,2 Prozent) abgebaut, von 51,6 mg/l auf 8,4 mg/l. Noch etwas höher die Eliminationsrate bei Gesamtphosphor. Die Reduzierung der Fracht im Zulauf von 6,9 mg/l auf 0,48 mg/l im Ablauf bedeutet eine Elimination von 93,0 Prozent (2020: 93,1 Prozent) der Phosphorfracht.

„naler Netzwerke“, betonte Indra Baier-Müller. Die Kreativität und Vielfalt der Projektideen zeige, welche engagierte „Mächler“ wir in unserer Region haben. „Gerade auch für kleinere Familienbetriebe – ob aus der Landwirtschaft oder dem Lebensmittelhandwerk – ist es wichtig, sich dadurch Zukunftsperspektiven zu schaffen.“

Oberbürgermeister Thomas Kiechle ergänzte: „Die Verknüpfung von Stadt und Land, wie wir es auch in der Öko-Modellregion haben, ist ganz konkret in den Kleinprojekten sichtbar. Die Projekte in der Öko-Modellregion, sei es im Rahmen der Förderung oder darüber hinaus, bringen regionale Kooperationen hervor und leisten einen wichtigen Beitrag, auch im Sinne des Klimaschutzes.“

Einen weiteren Aspekt brachte Christian Kreye, Leiter des Amtes für Ländliche Entwicklung in Schwaben ein. Er verteilte die Öko-Modellregionen als wichtigen Baustein, um das Ziel der bayerischen Staatsregierung, 30 Prozent Ökolandbau in Bayern bis 2030, zu erreichen. Dabei gehe es nicht nur darum, Betriebe in der Region auf ökologische Wirtschaftsweise umzustellen, sondern auch die nachgelagerten Bereiche wie Verarbeitung und Vermarktung vor Ort zu stärken.

Das Oberallgäu und die Stadt Kempten seien mit ihrer seit 2016 bestehenden Öko-Modellregion Pioniere für ein erfolgreiches Management einer Öko-Modellregion. Dabei ginge es gezielt um eine Stärkung des ländlichen Raumes – nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht, schloss Kreye. **□**



Projektträger und Gäste bei der Exkursion.

Bild: ÖMR Oberallgäu Kempten

VBS-Jahrestagung 2022 in Bad Aibling:

Personalmangel und hohe Energiepreise im Fokus

Im Rahmen der Jahrestagung des Verbands der Bayerischen Entsorgungsunternehmen in Bad Aibling diskutierten Experten aus Politik und Entsorgungsbranche über Möglichkeiten zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft vor dem Hintergrund einer Krise mit hohen Energie- und Rohstoffpreisen. Mit Umweltminister Thorsten Glauber sowie den Landtagsabgeordneten Petra Högl (CSU), Martin Hagen (Partei- und Fraktionsvorsitzender FDP) und Albert Duin (FDP) war auch die bayerische Politik vor Ort vertreten.

Die Festrede hielt in diesem Jahr Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber. Glauber betonte: „Die aktuelle Lage auf der Welt zeigt unmissverständlich, wie wichtig ein verantwortungsvoller Umgang mit unseren wertvollen Ressourcen ist. Je schneller wir das fossile Zeitalter beenden, desto stärker bremsen wir auch den Klimawandel. Ein effizienter Einsatz von Ressourcen schafft Unabhängigkeit, senkt Kosten und schont gleichzeitig Umwelt und Klima. Unser Ziel ist die Schaffung einer effizienten Kreislaufwirtschaft der Zukunft. Dazu gehört beispielsweise die verstärkte Nutzung von Recycling-Baustoffen. Mit innovativen Technologien und Produktionsverfahren wollen wir die Rohstoffverfälschung in Bayern weiter voranbringen. Diese Herausforderung können wir nur Hand in Hand meistern.“

VBS-Präsident Stefan Böhme hob in seiner Rede vor dem Hintergrund der schwierigen Wirtschaftslage hervor: „Damit Kreislaufwirtschaft funktioniert, darf mit der produzierenden Industrie nicht ein unverzichtbarer Teil dieses Kreislaufs wegbrechen. Daher muss die Politik etwas gegen die derzeit dramatisch hohen Energiepreise unternehmen, um eine Schließung und Insolvenz vieler Unternehmen in Deutschland zu verhindern. VBS-Präsident Stefan

Böhme sieht in der Krise zugleich aber auch eine Chance:

„Finanzminister Lindner hatte kurz nach Beginn des Ukraine-Krieges erneuerbare Energien als Freiheitsenergien bezeichnet. Ich bin überzeugt, dass dies auch auf die Kreislaufwirtschaft übertragbar ist: Die moderne Abfallbehandlung leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung unserer Freiheit. Rezyklate liefern schon heute einen nennenswerten Anteil an der Versorgung unserer Industrie. Die stetige Weiterentwicklung unserer Branche ist die Chance, die Importabhängigkeiten weiter zu verringern.“

Kreislaufwirtschaft ist kein Luxus, den wir uns in der Krise einfach mal sparen können – vielmehr ist sie ein unverzichtbarer Beitrag zur Bewältigung unserer Energie-, Rohstoff- und Umweltausforderungen!“

Unabhängig von der aktuellen Krise fehlen der Branche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Besonders im Blick hat VBS-Präsident Böhme dabei die klimabewegte junge Generation: „Freitags für Klimaschutz zu demonstrieren ist gut – tagtäglich am Umwelt- und Klimaschutz mitzuarbeiten ist noch besser. Die mittelständisch geprägte private Entsorgungswirtschaft sucht motivierte junge Leute und bietet interessante Jobs, z.B. als LKW-Fahrer, Disponent oder Umweltingenieur.“ **□**



Beginn der Bauarbeiten für Abensberger Flutmulde

Mit dem Spatenstich für die Flutmulde Lautergries haben die Bauarbeiten für die Flutmulde Lautergries im Abensberger Ortsteil Sandharlanden begonnen. Diese Flutmulde soll bei einem Starkregen das Eindringen von Oberflächenwasser aus dem landwirtschaftlich geprägten Außenbereich in die Ortschaft vermeiden. Mit der Schaffung der etwa 445 Meter langen, zehn Meter breiten und knapp ein Meter tiefen begrünten Flutmulde kann das Wasser gezielt verlangsamt abgeleitet sowie mitgeschwemmtes Erdreich zurückgehalten werden. Durch die begrünte Flutmulde wird als positiver Nebeneffekt ein halber Hektar Ackerland in Grünfläche umgewandelt und so ein Beitrag zur Biodiversität geleistet.

Unser Bild zeigt beim Spatenstich - v.l.: 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, Ron Metzner (ALE) Dr. Rainer Reschmeier, Werkleiter der Stadtwerke Abensberg und Projektleiter, Reinhard Handschuh, Stadtrat aus Sandharlanden, Daniela Gschlößl vom Ingenieurbüro Ferstl, Christian Geltl von Geltl Tiefbau in Kirchdorf und seinen Bauleiter Johannes Sedlmayer. **□**

Hohe Qualitätsstandards im Fokus

Gütesicherte Sanierungsmaßnahme in Bielefeld

Um 1900 wurde in Bielefeld die Weser-Lutter verrohrt und parallel ein Schmutzwassersammler errichtet. Dies war die Grundlage für die Abwasserentsorgung und verbesserte die hygienischen Zustände entlang des Baches. Heute, nach rund 120 Jahren, hat sich der bauliche Zustand beider Bauwerke derart verschlechtert, dass eine Sanierung der Verrohrung und des Schmutzwasserkanals unumgänglich war.

Dabei stellte der knapp ein Kilometer lange zweite Bauabschnitt zwischen Teutoburger Straße und dem Stauteich 1 den Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld (UWB) vor besondere Herausforderungen: Oberhalb der Lutter-Verrohrung befindet sich der Ravensberger Grünzug mit einer fast 100 Jahre alten Platanen-Allee, die wegen ihres positiven Beitrages zum Stadtklima erhalten werden sollte. Mit Blick auf den Schutz des Baumbestandes entschieden sich die Verantwortlichen für eine grabenlose Sanierungslösung, die unter Beachtung und Einhaltung größtmöglicher Qualitätsstandards durchgeführt werden sollte.

GFK-Einzelrohrverfahren und Schlauchlining

Nach Abwägung aller Verfahrensvarianten fiel die Wahl der Planer von ZPP Ingenieure AG, Bochum, die das Projekt seit den ersten Überlegungen 2010 begleiteten, in Zusammenarbeit mit der Stadtentwässerung des UWBs auf das GFK-Einzelrohrverfahren bei der Lutter-Verrohrung und auf ein Schlauchlining bei der Sanierung des Schmutzwassersammlers. Zeitgleich erfolgt in der angrenzenden Huberstraße die Erneuerung des Regen- und des Schmutzwasserkanals in offener Bauweise.

Durchgeführt werden alle Arbeiten von einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE): Während die Aarsleff Rohrsanierung GmbH, NL Münster, die grabenlosen Sanierungsarbeiten ausführt, erhielt die Quakernack GmbH & Co KG, Bielefeld, den Auftrag für die Tiefbauarbeiten und Kanalerneuerungen. Wie bei allen Kanalbauarbeiten, verlangte der UWB einen entsprechenden Nachweis über die Qualifikation der ausführenden Unternehmen. Sowohl Aarsleff als auch Quakernack verfügen über das Gütezeichen Kanalbau der Gütegemeinschaft Kanalbau und

können damit ihre fachtechnische Eignung für bestimmte Ausführungsbereiche nachweisen.

Erhalt der Allee

Schon 2015 startete die große Sanierung der Lutter-Verrohrung mit dem ersten Bauabschnitt. Damals konnte aufgrund der Randbedingungen die Erneuerung komplett in offener Bauweise erfolgen. Für den zweiten Bauabschnitt kam diese Variante jedoch nicht in Frage, wie Dipl.-Ing. (FH) Alexander Garen von der Stadtentwässerung des UWBs, Abteilung Planen und Bauen von Abwasseranlagen, erklärt: „Bei einer offenen Bauweise hätten wir die rund 80 Platanen im Grünzug Ravensberger Straße nicht erhalten können. Und gerade mit Blick auf die immer heißer werdenden Sommer sollte die bestehende Allee für die Bürger und für das Stadtklima erhalten bleiben. Durch die Wasserverdunstung der Bäume entsteht ein wichtiger Kühlungseffekt der Umgebung.“

Nach Abwägung aller Randbedingungen empfahlen die Ingenieure von ZPP in Abstimmung mit dem Umweltbetrieb die Sanierung mit GFK-Einzelrohren. „Dieses Verfahren stellt die notwendige Standsicherheit der Maulprofil-Verrohrung wieder her und verfügt aufgrund der Materialeigenschaften des GFK zudem über eine sehr lange Lebensdauer von mindestens 70 Jahren“, ergänzt Dipl.-Ing. (FH) Klaus Schultz, der zusammen mit seinem Kollegen Garen das Projekt betreut. Allerdings, so Garen, verringere sich durch dieses Verfahren der vorhandene Abflussquerschnitt. Positiv sei jedoch die glatte Innenoberfläche der Einzelrohre. „Dadurch, dass insgesamt sechs kleinere Bäche und ein großes Einzugsgebiet mit Regenentwässerung in die Lutter fließen, ist je nach Regenintensität der reduzierte Querschnitt zur Ableitung

nicht mehr ausreichend“, erläutert Garen. Zwei zusätzliche unterirdische Regenwasserrückhaltebecken, die im Rahmen der Gesamtmaßnahme errichtet wurden, dienen in dem Fall dann als Puffer, um große Mengen anfallenden Niederschlagswassers zwischenspeichern und so die Abflusssysteme vor Überlastung zu schützen. Ein absoluter Schutz vor Überflutungen ist damit nicht gewährleistet.

Dimensionswechsel inklusive

Verrohrt wurde die Lutter zwischen Oktober 1900 und Juni 1901 in Stampfbeton mit einem gemauerten Gerinne. Die Kämpferbereiche und der Scheitel des rund drei Meter breiten und zwei Meter hohen Maulquerschnittes wurden mit Hilfe einer Vorschulung ebenfalls mit Stampfbeton in reiner Handarbeit errichtet. Neben der Durchleitung der Lutter dient die Verrohrung seitdem als Regenwasserkanal. Für die Ableitung des Schmutzwassers erstellten die Bielefelder einen separaten Kanal. Dieser verläuft zunächst aufgesattelt auf der Lutter-Verrohrung. Im Weiteren verläuft er aufgrund der notwendigen Tiefenlage parallel zur Hauptleitung. Bislang wird der Schmutzwasserkanal bei dem Wechsel dabei mittels eines Dü-

gat | wat 2022 in Berlin:

Wasserwirtschaft in unsicheren Zeiten

Mit dem hochkarätig besetzten Kongress gat | wat 2022 in Berlin setzte der DVGW wichtige Impulse in der Diskussion um eine zukunftsfeste Energie- und Wasserversorgung. Die wat beschäftigt sich breit gefächert mit Planungssicherheit und Perspektiven für die öffentliche Wasserversorgung, der Minimierung von Einträgen in die Ressourcen, dem Substanz- und Werterhalt der Wasserinfrastruktur und den Zukunftsbildern 2030 bis 2100.

Für die deutsche Wasserversorgung ist die Sicherung des heutigen Spitzenniveaus bezüglich Qualität und Menge des Trinkwassers mit größeren Anstrengungen denn je verbunden. In diesem Kontext wies Dr. Wolf Merkel, Vorstand Wasser des DVGW darauf hin, dass insbesondere die mit dem Klimawandel verbundenen Veränderungen in Dargebot und Bedarf große Herausforderungen sind: „Zunehmende Extremereignisse wie Dürrephasen und Starkregen zeigen die Grenzen einer sicheren Versorgung und die Vulnerabilität von Versorgungssystemen auf. Darauf muss die öffentliche Wasserversorgung Antworten finden.“

Regionale Unterschiede

Diese liegen auch in den Ergebnissen der Klimaforschung. Sie zeigen eine deutschlandweit einheitliche steigende Tendenz bei Temperaturen und Niederschlägen. „Gleichwohl ist die Situation in den einzelnen Regionen jedoch unterschiedlich, in einigen Landesteilen sogar sehr ernst. Wasserversorger müssen vor Ort ihren eigenen regionalen Anpassungspfad finden“, erklärte Merkel.

Bundeseinheitliche Methoden und Verfahren, zum Beispiel zur Abschätzung des nutzbaren Wasserdargebotes wären hilfreich. Aktuell entwickelt der DVGW in Zusammenarbeit mit dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) eine Plattform für die Bereitstellung relevanter Daten für Versorger, Politik und Behörden. Darüber hinaus ist es unabdingbar, dass die Politik Weichenstellungen vornimmt. „Im Sinne des Gemeinwohls brauchen wir auch zukünftig einen klaren gesetzli-

kers neben der Lutter-Verrohrung entlanggeführt. Im Rahmen der Sanierung wird der Düker aufgegeben und der Schmutzwasserkanal zusammen mit einem kreuzenden Mischwassersammler oberhalb der Lutter verlaufen. Hierfür sind in dem als Mühldreieck bezeichneten Bereich komplexe Tiefbaumaßnahmen notwendig.

Aktuell befindet sich dort die Startbaugrube, von der die Aarsleff-Crew die GFK-Einzelrohre in die Lutter-Verrohrung einfährt. Dabei kommen zwei unterschiedliche Rohrquerschnitte zum Einsatz. Aarsleff Oberbauleiter Dipl.-Ing. (FH) Johannes Leewe: „Die Verrohrung hat innerhalb der Sanierungsstecke einen Dimensionswechsel. Daher verwenden wir zwei unterschiedliche Rohrquerschnitte. Die größeren Rohre haben eine Breite von 3,30 Meter und im Scheitelpunkt eine Höhe von 1,83 Meter. Bei einer Wandstärke von 62 Millimetern und einer durchschnittlichen Rohrlänge von 2,25 Metern haben sie jeweils ein Gewicht von ungefähr drei Tonnen. Die kleineren Rohre sind 2,87 Meter breit und im Scheitel 1,64 Meter hoch. Ihre Wandstärke beträgt 48 Millimeter. Insgesamt variieren die Rohrlängen zwischen einem und 2,25 Metern Länge.“

Eingefahren werden die Rohre über einen speziell für dieses Projekt angefertigten Fahrwagen, der sich je nach zu transportierender Rohrdimension anpassen lässt. Leewe: „Es handelt sich um eine Aarsleff-Eigenentwicklung und



Die GFK-Rohre werden mit Hilfe von Ziegelsteinen und Holzkeilen in ihrer Lage gesichert. Die Baustützen verhindern ein Aufwölben des Sohlbereiches während der Ringraumverdrämmung. Im Gespräch Aarsleff Oberbauleiter Johannes Leewe (l.) und Güteschutz Prüflingenieur Guido Heidbrink (r.). Bild: Güteschutz Kanalbau

unsere Kolonne vor Ort hat bereits viele Kilometer GFK-Rohre mit ähnlichen Fahrwagen erfolgreich eingebaut.“ Zur Festlegung der beiden Rohrquerschnitte wurde für die Ausschreibung vorab eine 3D-Vermessung durchgeführt. Anschließend kalibrierte Aarsleff vor Ort in der Lutter die maximal mögliche Verrohrung mit Hilfe von angefertigten Schablonen.

Bieterreinigung gefragt

Insgesamt erfolgen die in Bielefeld durchgeführten Arbeiten unter Beachtung hoher Qualitätsstandards. Deren Einhaltung wird durch das Gütezeichen Kanalbau unterschiedlicher Beurteilungsgruppen dokumentiert, wie Güteschutz-Prüflingenieur Dipl.-Ing. (FH) Guido Heidbrink ausführt: „Neben dem AK 1, dem anspruchsvollsten Bereich des offenen Kanalbaus, sind das die Gütezeichen S 21.3 (Auskleidung mit vorgefertigten Rohren – Einzelrohr), S 27.1 und S 27.3 (Schlauch-Lining-Verfahren – Warmhärtung (Wasser)

bzw. Lichthärtung), S 42.3 (Sanierung von Bauwerken und begehbaren Kanälen – Injektionen) und S 45.1 (Montageverfahren (Rohrsegment-Lining) – Montage). Im Vorfeld wurden die auftragsbezogenen Anforderungen an die Eignung der Bieter durch den Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld festgelegt und die für die europaweite Ausschreibung nachzuweisende Bieterleistung auf der Basis der Anforderungen der RAL-GZ 961 formuliert.“ Garen fügt hinzu: „Uns ist wichtig, qualifizierte Firmen mit der Ausführung zu beauftragen. Daher legen wir großen Wert auf die Bieterleistung. Ist diese erfüllt, können wir uns im nächsten Schritt für das wirtschaftlichste Angebot entscheiden.“

Begonnen wurden die umfangreichen Arbeiten an dem zweiten Sanierungsabschnitt im Januar 2022. Binnen zwei Jahren sollen die Arbeiten abgeschlossen sein. Dann können die Anwohner und Bielefelder Bürger den Ravensberger Grünzug mit der Platanen-Allee wieder in vollen Zügen genießen. □

Neue Kläranlage in Wiesenfeld

Nach über zehnjähriger Planungs- und Bauzeit wurde die neue Kläranlage in Wiesenfeld (Landkreis Main-Spessart) offiziell in Betrieb genommen. Sie ersetzt die bisherige Teichkläranlage und reinigt auf biologische Weise die Abwässer von etwa 2.000 Einwohnereinheiten in einem Belebungsbecken. Anschließend gibt sie die Abwässer über den Ziegelbach wieder in den Wasserkreislauf.


Bürgermeister Michael Hombach zeigte sich erfreut über den Abschluss des Projekts. Der Sicherung der Wasservorkommen und dem Gewässerschutz sei oberste Priorität einzuräumen. Dass der Freistaat Bayern die 6,8 Millionen Euro teure Kläranlage mit 3,1 Millionen Euro (rund 45 Prozent) bezuschusst habe, komme auch den Bürgern zugute, denn dies wirke sich positiv auf die Abwassergebühren aus. Die neue Kläranlage garantiere nicht nur eine zeitgemäße Reinigung des Abwassers, auch die Geruchsemissionen der mechanisch-biologischen Teichkläranlage aus dem Jahr 1989 gehörten nun der Vergangenheit an, stellte der Rathauschef fest.

Wie Stadtwerkeleiter Klemens Albert erläuterte, habe die Teichkläranlage aufgrund gestiegener wasserwirtschaftlicher Anforderungen im Jahr 2007 eine ausreichende Reinigung des Abwassers nicht mehr gewährleisten können, weshalb man die Auflage bekommen habe, eine Sanie-

rungsplanung zu erstellen. Als jedoch zwei Jahre später der Ziegelbach als schwacher Vorfluter eingestuft worden sei, habe dies das Aus für eine Ertüchtigung der Teichkläranlage bedeutet. Somit musste laut Albert eine technische Kläranlage mit Belebungsverfahren geplant werden.

Probetrieb mit guten Ergebnissen

2018 sei schließlich mit dem Bau der neuen Kläranlage begonnen worden. Durch Corona und den Ukraine-Krieg habe sich das Projekt etwas verzögert. Der seit einiger Zeit laufende Probetrieb habe nun gezeigt, dass die neue Kläranlage gute Ergebnisse bringe. Um eine möglichst hohe Reinigungsleistung zu erhalten, wurde ein sogenanntes Belebungsbecken errichtet, in dem Bakterien die Schadstoffe abbauen. Zur Anlage zählen ein großes Regenrückhaltebecken, Schlammpresse, ein Kombibecken und die Nachklärung. DK



Kompetenz für Kommunen.
Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände

In unserem Büro in München bieten wir folgende Dienstleistungen für Sie an:

- Kalkulation von Beiträgen & Gebühren leitungsgebundener Einrichtungen
- Berechnung Beitrags- & Gebührensätze
- Satzungsarbeiten und Dokumentation
- Unterstützung bei der Einführung der gesplitteten Abwassergebühr
- Ermittlung der gebührenpflichtigen Flächen
- Informationsveranstaltungen
- Aufmaße für die Geschossflächenermittlung

KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH

Büro München
Germaniastraße 42, 80805 München
☎ 089/44 23 540-0 ✉ bayern@kubus-mv.de

Hauptsitz Schwerin
Bertha-von-Suttner-Straße 5, 19061 Schwerin
☎ 0385/30 31-251 ✉ info@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Einführung des Deutschlandtickets:

Offene Fragen

Für das in den Sommermonaten geltende 9-Euro-Ticket soll es einen Nachfolger geben. Bund und Länder verständigten sich nach monatelangem Ringen auf ein digitales, deutschlandweit gültiges Ticket für den Öffentlichen Personennahverkehr zu einem Einführungspreis von 49 Euro pro Monat im monatlich kündbaren Abonnement. Die Kosten von drei Milliarden Euro wollen sich Bund und Länder teilen. Der genaue Einführungszeitpunkt steht aufgrund offener Finanzierungs- und Umsetzungsfragen noch nicht fest.

Die Länder hatten eine Erhöhung der sogenannten Regionalisierungsmittel von diesem Jahr an zur Bedingung gemacht, dass sie ein 49-Euro-Ticket mitfinanzieren. Mit den Regionalisierungsmitteln bestellen die Länder Bahn- und Busverbindungen bei den Verkehrsunternehmen.

Der Deutsche Städtetag zweifelt an einer raschen Einführung des 49-Euro-Tickets und hält die Finanzierung für nicht ausreichend. „Das Ticket kann nur erfolgreich sein, wenn es seriös finanziert ist – das sehen wir bisher noch nicht“, erklärte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Generell findet er das Deutschlandticket aber gut, „weil es für den Endkunden preiswert und unkompliziert sein soll. Damit wird der bestehende Nahverkehr für manche attraktiver.“

Die Länder müssen Dedy zufolge dafür sorgen, dass die Einnah-

meverluste durch das Deutschlandticket nicht zulasten der Kommunen gehen. Dafür müssten sie seiner Meinung nach die Bundesmittel weiterreichen und zusätzliche eigene Mittel einsetzen. Dazu zähle auch eine „Nachschusspflicht für reale Einnahmeverluste durch das Ticket“.

Wer bestellt, bezahlt

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund begrüßt, dass es ein bundesweit einheitliches Deutschlandticket geben wird, und hofft auf eine zeitnahe Einführung. Allerdings sei diese an die klare Erwartung geknüpft, dass die noch offenen Finanzierungsfragen geklärt werden. Unter den jetzigen Rahmenbedingungen erscheine eine rasche Einführung nicht möglich.

Die Kommunen benötigten zwingend eine Regelung, dass alle mit dem Ticket verbundenen Einnahmeverluste durch

Bund und Länder ausgeglichen werden. Eine Deckelung des Ausgleichsbetrags auf 3 Mrd. Euro und gleichzeitig die Festlegung eines Preises von 49 Euro wälzten ein untragbares Risiko auf die Verkehrsunternehmen und Kommunen ab. Die Kommunen könnten die drohenden zusätzlichen Kosten nicht schultern. Auch hier müsse der Grundsatz gelten: Wer bestellt, bezahlt. Wenn Bund und Länder die Einführung des Tickets beschließen, müssten sie auch alle damit verbundenen Kosten tragen. Es gelte, die noch offenen Finanzierungs- und Umsetzungsfragen des Deutschlandtickets jetzt durch Bund und Länder zu klären.

Kein klarer Ausbaupfad

Enttäuschend sei aus kommunaler Sicht, so der DStGB, dass man sich nicht auf einen klaren Ausbaupfad für den ÖPNV geeinigt hat. Hierfür stehe nach den Beschlüssen von Bund und Ländern bis zum Jahr 2024 kein Geld zur Verfügung. Klar sei aber auch, dass es neben einem günstigen Preis auch attraktive Angebote und gute Taktungen braucht, um den ÖPNV auch für Menschen in den ländlichen

Räumen attraktiv zu machen.

„Wir begrüßen die Einigung von Bund und Ländern zum Deutschlandticket und wir werden das Angebot so schnell wie möglich umsetzen“, erklärte Ingo Wortmann, Präsident des Branchenverbands VDV. „Denn für unsere Fahrgäste werden damit der Zugang und die Attraktivität des ÖPNV um einen entscheidenden Schritt verbessert. Die wesentliche Grundvoraussetzung für die Einführung des Tickets ist allerdings, dass die damit verbundenen Einnahmeverluste und Zusatzkosten vollständig und dauerhaft von Bund und Ländern ausgeglichen werden. Da das auf Basis der aktuellen Beschlüsse noch nicht der Fall ist, entsteht für die Branche ein nicht absehbares finanzielles Risiko. Es ist unternehmerisch daher momentan nicht zu verantworten, ohne flankierende politische Beschlüsse zur Finanzierung die Einführung des Deutschlandtickets voranzutreiben.“

Angedachter Start ist unrealistisch

Auch aus bayerischer Sicht sind noch viele Fragen offen, weshalb laut Verkehrsminister Christian Bernreiter der zunächst angedachte Start des Deutschlandtickets zum 1. Januar „völlig unrealistisch“ ist. Darin sei er sich mit den Amtskollegen der anderen Bundesländer einig.

Nach seinen Ausführungen ist u.a. noch nicht geklärt, welche Verkehrsverbünde das Ticket für ihren Bereich akzeptieren werden. Grund sei die fehlende Absicherung von möglichen Defiziten. Diese Unsicherheit gefährde die Umsetzung des Tickets, machte Bernreiter deutlich. Würde kein Verkehrsverbund mitziehen, könnte das 49-Euro-Ticket nur für den schienengebunden Regionalverkehr im Freistaat gelten. Erneut kritisierte der Minister, dass der Bund zur Finanzierung des Deutschland-Tickets nur einen Fixbetrag von 1,5 Milliarden Euro leisten wolle, weil man in Berlin mit Gesamtkosten von jährlich drei Milliarden Euro aussehe. Das Risiko für eine Überschreitung dieser Aufwendungen wolle der Bund vollständig den Ländern übertragen.

Bernreiter unterbreitete den Kompromissvorschlag, dass sich Bund und Länder die Nachschusspflicht teilen könnten, ebenso die Dynamisierung der Ausgleichszahlungen, wenn die Kosten in den nächsten Jahren ansteigen. DK

Bundestag und Bundesrat als Bedarfsplanprojekt beschlossen worden. Zudem ist es auch im Deutschlandtakt, für den der Bund erst kürzlich bei seiner Regionalkonferenz Südost in Nürnberg getrommelt hat, als sogenannte unmittelbare Maßnahme verortet. Nicht zuletzt gehört die Strecke zum Kernnetz der EU, das bei der Schiene in seiner Gesamtheit elektrifiziert sein soll.“

Brandbrief und Resolution

Schon im zurückliegenden Sommer hatten Sachsens Verkehrsminister Martin Dulig und Minister Bernreiter in einem gemeinsamen Brandbrief an Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing gefordert, den Ausbau endlich weiter voranzutreiben. Gemeinsam hat nun Bayerns Verkehrsminister mit Landräten, Oberbürgermeistern und Abgeordneten aus der betroffenen Region in München eine Resolution verabschiedet, um ihre Forderungen klarzumachen. Im Kontext zur Resolution äußern die Unterzeichner auch ihre Kritik und Zweifel an den Wirtschaftlichkeitsberechnungen des Bundes und wollen vom Bund hierzu einen umfangreichen Fragenkatalog beantwortet wissen. □

Bayerische Flughäfen:

Hohes Niveau

Laut Mitteilung des Bayerischen Landesamts für Statistik melden die bayerischen Flughäfen München, Nürnberg und Memmingen von Januar bis September 2022 insgesamt gut 27,1 Millionen Passagiere im gewerblichen Luftverkehr (einschließlich Transitverkehr). Damit hat sich das Passagieraufkommen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres mehr als verdreifacht. Zudem wurden an allen drei Verkehrsflughäfen 239.660 Starts und Landungen (plus 126,9 Prozent) gezählt. Das Fracht- und Postaufkommen stieg insgesamt um 75,3 Prozent auf 211.151 Tonnen, wobei hiervon 98,2 Prozent dem Flughafen München zuzurechnen sind.

An Bayerns größtem Airport setzte sich die dynamische Verkehrsentwicklung weiter fort und bescherte ihm das bisher größte Wachstum seit Beginn der Pandemie. Insgesamt wurden in den ersten neun Monaten des Jahres rund 23 Millionen Fluggäste gezählt. Dies sind bereits jetzt über zehn Millionen Reisende mehr als das Passagieraufkommen des gesamten Jahres 2021.

Insbesondere in den verkehrsreichen Sommermonaten Juli, August und September wurde mit einem Fluggastaufkommen von 10,2 Millionen Passagieren bereits wieder 74 Prozent des Vorkrisenniveaus erreicht. Sollt sich die aktuelle Entwicklung fortsetzen, rechnet die Flughafen München GmbH (FMG) bis zum Jahresende mit mehr als 30 Millionen Fluggästen.

Premiendrehkreuz München

Mittlerweile können Reisende vom Münchner Flughafen aus neben 15 deutschen Städten und 138 europäischen Destinationen bereits wieder 47 Ziele in Afrika, Amerika und Asien erreichen. Dass das Münchner Premiendrehkreuz seine Rolle als internationales Luftverkehrsdrehkreuz definitiv wieder eingenommen hat, wurde erst kürzlich bei einer weltweiten Studie zur Verbindungsqualität bestätigt: Im Hinblick auf die Auswahl an angebotenen Flugzielen belegte München im „Airport Industry Connectivity Report 2022“ des internationalen Flughafenverbandes ACI weltweit Platz 5.

125-Millionen-Euro-Projekt zur besseren Flughafenbindung

Ein weiterer Meilenstein zur Verbesserung der Schienenanbindung des Flughafens München ist erreicht: Mit der Unterzeichnung eines Realisierungs- und Finanzierungsvertrages durch den Bayerischen Verkehrsminister Christian Bernreiter und den DB-Konzernbevollmächtigten für den Freistaat Klaus Dieter Josel werden die Weichen für den Bau des Gesamtprojektes „Überwerfungsbauwerk Flughafen München West“ gestellt.

Durch dieses Projekt, das auch den Bau eines elektronischen Stellwerkes beinhaltet, werden die Zugfahrten der S1 und der S8 auf den beiden dort zusammenlaufenden Strecken künftig ohne gegenseitige Behinderung möglich. So soll die Betriebsqualität weiter gesteigert und zusätzliche Mobilitätsangebote vom und zum Flughafen ermöglicht werden.

Störungsfreier Verkehr

Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter: „Die bessere Schienenanbindung des Münchner Flughafens an die Stadt und an ganz Bayern nimmt weiter Formen an. Seit vier Jahren können Regionalzüge aus Richtung Oberpfalz und Niederbayern den Flughafen direkt über die Neufahrner Kurve erreichen. Seit kurzem auch laufen die Bauarbeiten für die Verlängerung der Bahnen Richtung Osten. Und heute geben wir den Startschuss für ein neues Bauwerk, das für einen störungsfreieren Verkehr der bestehenden S-Bahn-Linien am Flughafen sorgen wird.“

DB-Konzernbevollmächtigter Klaus Dieter Josel: „Mit dem neu-

Die Anzahl der Starts und Landungen stieg von Januar bis September 2022 auf rund 212.000, eine Verdopplung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Bei der Summe aus Luftfracht und Luftpost liegt die in den ersten drei Quartalen des Jahres umgeschlagene Tonnage bei 200.000 Tonnen und hat sich damit gegenüber 2021 ebenfalls fast verdoppelt.

Auf Rekordniveau liegt in der Landeshauptstadt derzeit die Auslastung der Flugzeuge: Waren die Maschinen in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres im Durchschnitt zu 65 Prozent besetzt, waren es heuer an Bayerns Luftverkehrsdrehkreuz bereits wieder 77 Prozent. Im dritten Quartal wurde mit 84,5 Prozent ein neuer Höchstwert erzielt.

Nürnberg

In Nürnberg stieg die Zahl der Starts und Landungen um 136,5 Prozent auf 22.494. Die Passagierzahlen erhöhten sich ebenfalls um 273,9 Prozent auf rund 2,5 Millionen, wobei 95,5 Prozent der Fluggäste in Nürnberg Auslandspassagiere (Ein- und Aussteigende) waren. Dagegen fiel das Fracht- und Postaufkommen um 36,6 Prozent auf 3.715 Tonnen.

Memmingen

Memmingen verzeichnet bei den Passagieren mit rund 1,5 Millionen Flugreisenden eine Zunahme um 132,8 Prozent. Der jüngste bayerische Flughafen meldete insgesamt 11.818 Starts und Landungen und damit 63,8 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. DK

Schub für Franken-Sachsen-Magistrale angemahnt

Durchgehende Elektrifizierung der Strecke Nürnberg – Marktredwitz – Hof – Dresden dringend nötig / Minister Bernreiter: „Wir lassen Bund nicht aus seiner Verantwortung!“

Das Unverständnis und die Verwunderung in Bayern und Sachsen zum Stopp des Bundesverkehrsministeriums für den Ausbau der Franken-Sachsen-Magistrale nimmt weiter Fahrt auf. „Die Franken-Sachsen-Magistrale ist viel zu wichtig, als dass wir uns den plumpen Versuch der Bundesregierung gefallen lassen, das Projekt im Regen stehen zu lassen. Es ist völlig hanebüchen, nun mit einer zu geringen Wirtschaftlichkeit zu argumentieren“, betont Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter.

„Der Stopp des Projekts macht die jahrzehntelangen Bemühungen um eine bessere und direkte Verbindung von Nürnberg nach Sachsen und Tschechien zunichte und ist eine abrupte Vollbremsung auf halbem Weg – vom negativen Klimaeffekt ganz zu schweigen!“, so Bernreiter weiter. In einer gemeinsamen Resolution fordern nun Mandatsträger aus Nordostbayern und Sachsen zusammen mit den Freistaaten Bayern und Sachsen den Bund deswegen auf, das Projekt zügig voranzutreiben.

Der Ausbau der Bahnstrecke von Nürnberg über Marktredwitz bis Hof bzw. Schirnding an der deutsch-tschechischen Grenze soll die Elektrifizierungslücke zwischen Nürnberg und Leipzig bzw. Dresden und weiter nach Prag schließen und einen durchgängigen Fernverkehr ermöglichen. Verantwortlich für dieses überregionale Infrastrukturprojekt ist gemäß Grundgesetz der Bund. Doch der versucht nun, sich aus der Verantwortung zu ziehen.

„Dauernd redet die Bundesregierung davon, mehr für die Verkehrswende und den Klimaschutz zu machen und die Planungen bei Infrastrukturprojekten deutlich beschleunigen zu wollen“, so Minister Bernreiter. „Bei der Franken-Sachsen-Magistrale ist jetzt monatelang aber gar nichts vorangegangen. Nun teilt der Bund auf einmal auch noch mit, dass die Planungen wegen zu geringer Wirtschaftlichkeit nicht fortgeführt werden sollen. Ich bin mit meinem Kollegen in Sachsen und den Mandatsträgern aus der Region einer Meinung: Das werden wir der Bundesregierung nicht durchgehen lassen!“

„Die Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale ist für alle Regionen entlang der Stre-

cke von zentraler Bedeutung“, so Hofs Landrat Dr. Oliver Bär und Kulmbachs Landrat Klaus Peter Söllner einmütig. „Dies gilt für die Bürgerinnen und Bürger, die



Die Unterzeichner der Petition für die Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale. Bild: STMB

schon sehr lange auf eine Verbesserung der Bahnverbindungen warten. Dies gilt aber auch für unsere Wirtschaft. In Zeiten der Nachhaltigkeit können wir uns die größte Dieselinsel Deutschlands nicht weiter leisten.“

Der Verkehrsminister des Freistaats Sachsen, Martin Dulig, ergänzt: „Ich gehe stark davon aus, dass hier noch nicht das letzte Wort gesprochen ist und erwarte vom Bund, dass er sich mit uns dazu an einen Tisch setzt.“

Ein Nein zum geplanten Ausbau wird Sachsen daher nicht akzeptieren. Strategisches Ziel ist, auf den einstigen Fernverkehrsstrecken München – Regensburg/Nürnberg – Hof – Leipzig/Dresden und darüber hinaus mittelfristig wieder hochqualitative Leistungen im Eisenbahnfernverkehr zu ermöglichen. Grundvoraussetzung hierfür ist die vollständige Elektrifizierung der zugehö-

gen Streckenabschnitte.“

Beide Freistaaten hatten auf der Teilstrecke Reichenbach – Hof die Initiative ergriffen und unter finanzieller Beteiligung beider Länder die Elektrifizierung dieses Abschnittes angeschoben, welcher Ende 2013 in Betrieb genommen wurde. Dies auch im Vertrauen darauf, dass die Elektrifizierung in Richtung Nürnberg auf bayerischer Seite fortgeführt wird. Die Maßnahme kann erst dann ihre volle verkehrliche und

wirtschaftliche Wirksamkeit entfalten, wenn die verbleibende Elektrifizierungslücke geschlossen ist. Die durchgehende Elektrifizierung bildet zudem das Rückgrat für weitergehende internationale Direktverbindungen von den bayerischen Großstädten über Nordostbayern und Südwestsachsen, Dresden und Ostsachsen bis nach Breslau oder Krakau und sogar in die Ukraine.

Bei der Verankerung im Vordringlichen Bedarf des aktuellen Bundesverkehrswegeplans (BVWP 2030) hat der Bund für das Projekt insgesamt 1,2 Milliarden Euro veranschlagt und ein Nutzen-Kosten-Verhältnis (NKV) mit 1,3 berechnet. Nun soll dieses Verhältnis auf einmal nur noch bei 0,6 und damit unter dem nötigen Mindestwert von 1,0 liegen. Minister Bernreiter: „Der Ausbau ist aus gutem Grund von

Motor Mittelstand – Private Busunternehmen:

Garantie für wirtschaftliche und umweltfreundliche Mobilität

Jahrestagung der bayerischen Busunternehmen mit Verkehrsminister Christian Bernreiter

Rund 300 Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Fachbesucher aus der Verkehrsbranche trafen sich zur Jahrestagung des Landesverbands Bayerischer Omnibusunternehmen e.V. (LBO) am Nockherberg in München. Im Mittelpunkt der Branchentagung mit begleitender Fachmesse standen die aktuellen verkehrs- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen für die rund 1.000 privaten mittelständischen Busunternehmen in Bayern.

Vor allem der Mangel an Fahrerinnen und Fahrern sowie die extrem gestiegenen Kosten für Treibstoff und Energie bedrohen die Branche – und damit eine erfolgreiche Verkehrswende. Christian Bernreiter, Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr betonte: „Der Bus ist unverzichtbar für ein klimafreundliches und wirtschaftliches ÖPNV-Angebot. Wir müssen seine flexiblen Einsatzmöglichkeiten noch stärker nutzen – gerade außerhalb der Ballungsräume.“

Bus-Land Nr. 1

Bayern ist „Bus-Land Nr. 1“ in Deutschland. Etwa jedes dritte private Busunternehmen hat seinen Sitz im Freistaat. Busse sind das Fortbewegungsmittel

schlechthin für viele Bürgerinnen und Bürger. Im Schüler- und Auszubildendenverkehr stellen Busse das Rückgrat der Mobilität im Flächenland Bayern. Täglich werden rund 1,3 Millionen Schüler und Auszubildende mit dem Bus in die Schule bzw. zur Ausbildungsstätte gebracht.

Einen unverzichtbaren Anteil daran haben die rund 1.000 privaten mittelständischen Busunternehmen mit über 13.000 Beschäftigten im Fahrdienst. Sie betreiben fast 70 Prozent des gesamten öffentlichen Nahverkehrs in Bayern – mit eigenen Genehmigungen, in Kooperation mit öffentlichen Verkehrsunternehmen, Stadtwerken und Regionalbusgesellschaften und als Auftragnehmer für die Bahnbussgesellschaften und Kommunalbetriebe. Daran hat auch die

Coronapandemie, die den Betrieben schwer zugesetzt hat, nichts geändert. Investitionen in moderne, sichere Fahrzeuge sowie innovative Fahrpläne sichern den Fahrgästen zuverlässige und wirtschaftliche Mobilität. Sowohl im Nah- als auch im Reise- und Fernverkehr bieten private Busunternehmen die umweltfreundlichste Form motorisierter Mobilität.

Dr. Ing. Sandra Schnarrenberger, Präsidentin des LBO sieht die Betriebe gut aufgestellt für zukünftige Herausforderungen: „Als ganz überwiegend familiengeführte Branche arbeiten wir ständig daran besser zu werden und unseren Fahrgästen maximale Sicherheit und Komfort zu bieten. Dazu gehört auch, dass wir durch unsere mittelständischen Strukturen vor Ort das Ohr an unseren Fahrgästen haben.“

Politik ist in der Pflicht

Für die von der Staatsregierung geplante Verdoppelung der Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 sieht sie aber auch die Politik in der Pflicht. „Ohne schnell wirksame Hilfe bei der Bewältigung der explodierenden Energie- und Treibstoffkosten, noch mehr aber bei der Ausbildung und Gewinnung von Fahrerinnen und Fahrern, werden wir das hochgesteckte Ziel nicht erreichen und selbst den status quo der Verkehrsangebote nicht halten können.“

Dank von Bernreiter

Bernreiter betonte in seiner Rede die Bedeutung der Omnibusunternehmen: „Die bayerischen Busunternehmen bringen unsere Bürgerinnen und Bürger jeden Tag zuverlässig ans Ziel. Dafür danke ich Ihnen sehr. Sie kümmern sich aber nicht nur um den Alltagsverkehr. Seit der Liberalisierung des grenzüberschreitenden Verkehrs bieten sie Busreisen und Linienverbindungen auch in Europa an und Busfahren ist seit einigen Jahren im nationalen Fernverkehr sehr beliebt. Die Branche hat es geschafft, sich stets auf neue Situationen einzulassen und auf Veränderungen flexibel zu reagieren. Ich wünsche Ihnen daher weiterhin stets gute Fahrt!“ □

dass wenn nur die Hälfte aller betroffenen Führerschein-Besitzer/innen von der neuen Lösung Gebrauch machen, man mit digitaler Verwaltung bis zu 840 Millionen Kilometer Autofahrten im Jahr einspare und damit viele Tonnen an Kohlendioxid: „Wir hoffen, demnächst alle Anträge rund um den Führerschein zu digitalisieren, um in den nächsten zwölf Monaten bereits eine große Breite anbieten zu können.“ Im ersten Halbjahr des kommenden Jahres soll der Bürger zum Beispiel schon den internationalen Führerschein digital beantragen können. „Dann kommen wir hoffentlich auch in die Fläche“, denn ein Flächenland sei immer schwerer zu digitalisieren als ein Stadtstaat.

Da man den alten Führerschein erst abgeben muss, bevor man den neuen erhält, hatte Schleyer auch einen praktischen Ratschlag parat: „Man sollte den Antrag für den neuen Führerschein ausdrucken und in der führerscheinlosen Zeit bei sich führen, falls man in eine Kontrollgerät, und Fahrten ins Ausland vermeiden.“ □

der Stadt Fürth zur Verfügung. Den Antrag auf neue Führerscheine können Autofahrerinnen und Autofahrer online stellen und müssen den alten dann nur an die zuständige Führerscheinstelle senden. Den neuen Führerschein erhalten sie dann in der Regel per Post.

Service und Lebensqualität

Der Aschaffener Landrat Dr. Alexander Legler erklärte: „Unser Landkreis wird noch digitaler! Und es ist mir eine besondere Herzensangelegenheit, mit dem immer weiteren Ausbau unseres digitalen Angebots als Dienstleister für die Menschen in unserer Heimat bestmöglich erreichbar zu sein und damit Service und Lebensqualität zu schaffen. Ich bedanke mich beim Digitalministerium für die Möglichkeit, eine von drei Pilotkommunen zu sein, die den digitalen Führerschein-Umtausch anbieten. Unser Landratsamt als moderne Dienstleistungsbehörde ist dank unserer engagierten und digital versierten Mannschaft auch in Sachen Digitalisierung ein Vorreiter. Wir konnten hier bereits viel erreichen und sind noch lange nicht am Ende angelangt.“

Arbeitsvereinfachung

Der AKDB-Vorstandsvorsitzende Rudolf Schleyer betonte: „Freie Fahrt für den Führerschein-Umtausch bedeutet nicht nur eine erhebliche Erleichterung für alle betroffenen Führerschein-Besitzerinnen und -Besitzer, sondern der digitale Prozess in den Führerschein-Stellen schützt Verwaltungen und Mitarbeitende auch mit Blick auf den Fachkräftemangel vor vermeidbarer Mehrarbeit.“ Schleyer verwies auch darauf,

Sechs Millionen Autofahrer in Bayern betroffen:

Künftig Online-Umtausch von Alt-Führerscheinen

Millionen Autofahrerinnen und Autofahrer in Bayern mit älteren Führerscheinen können diese künftig online gegen neue umtauschen. Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach stellte diese wichtige Online-Serviceleistung bei einem Ortstermin am Landratsamt Aschaffenburg vor. In zunächst drei Kommunen können Bürgerinnen und Bürger diesen Dienst ab sofort nutzen, weitere Landkreise und Städte folgen. Die AKDB freut sich, bei dieser Digitalisierungs-offensive maßgeblich mitwirken zu können und bietet allen Führerscheinstellen ihre einfache Online-Lösung „Führerscheinumtausch“ an, die in jede kommunale Website integrierbar ist.

Der Online-Führerschein-Umtausch ist die erste von mehreren Verwaltungsdienstleistungen zur Fahrerlaubnis, die in den nächsten Monaten digitalisiert werden. Der Dienst ist Teil der sogenannten BayernPackages. Dieses Paket enthält aktuell rund 200 Online-Dienste, die den bayerischen Kommunen vom Bayerischen Staatsministerium für Digitales zur Verfügung gestellt werden – mindestens bis Ende 2023 kostenfrei. Damit treibt das Ministerium die Verwaltungsdigitalisierung in der Fläche weiter voran.

Bayernweite Implementierung

Die neue Online-Lösung der AKDB bringt eine Win-win-Situation für alle Prozessbeteiligten mit sich. Verwaltungsmitarbeitende spüren deutliche Unterstützung und Entlastung, Bürger können sich viel Zeit und Weg und damit CO₂-Emissionen sparen und so auch noch einen positiven Beitrag für Klima- und Umweltschutz leisten. Und die bayernweite Implementierung des Dienstes hat gerade erst begonnen: Viele weitere Straßenverkehrsämter stehen bereits in den Startlöchern, den Online-Dienst der AKDB in ihre Webseiten zu integrieren.

Staatsministerin Judith Gerlach erklärte: „Ich freue mich sehr, den digitalen Führerschein-Umtausch starten zu können. Das ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur volligitalen Verwaltung. Online-Verwaltungsangebote wie dieses sind nicht nur gut für die Bürgerinnen und Bürger. Sie machen auch die Arbeit der Kommunen einfacher und effizienter.“

Die Dienstleistung steht bereits in den Landkreisen Aschaffenburg und München sowie bei



Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung, v.l.: Stehend: Dr. Alexander Greulich, Ismaning; Dr. Dietmar Gruchmann, Garching; Markus Böck, Oberschleißheim; Christoph Böck, Unterschleißheim. Sitzend: Franz Heilmeyer, Neufahrn; Josef Niedermair, Hallbergmoos; Sebastian Thaler, Eching; Andreas Kimmelmeyer, Unterföhring. Foto: NordAllianz

Förderprojekt „Klimaschutz durch Radverkehr“

Die acht Kommunen Eching, Garching, Hallbergmoos, Ismaning, Neufahrn, Oberschleißheim, Unterföhring und Unterschleißheim des Verbunds „NordAllianz - Metropolregion München Nord“ haben eine gemeinsame Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, um die Radinfrastruktur in der Region voranzubringen.

Mit dem Förderprojekt „Klimaschutz durch Radverkehr“ soll das Fahrrad als Alternative zum Pkw-Verkehr gestärkt werden. Das Projekt wird durch ein staatliches Förderprogramm unterstützt, welches 75 Prozent der kalkulierten Investitionskosten von mehr als einer Million Euro trägt. Die nun unterzeichnete gemeinsame Kooperationsvereinbarung regelt die Modalitäten der interkommunalen Zusammenarbeit im Projekt. Innerhalb des Projektantrags wurde errechnet, dass mit der Maßnahme rund 390 Tonnen CO₂ pro

Jahr eingespart werden können. Kern des Projektes ist ein System aus rund 300 ausleihbaren Pedelecs, welche jederzeit über eine App gebucht werden können. Dieses Sharing-System ermöglicht es, den ÖPNV-Verkehr sinnvoll zu ergänzen.

Radwegausbau

Neben dem Pedelec-Sharing gehören zudem zwei weitere größere Teilprojekte wie ein Radwegausbau zwischen Garching und München über Dirnismann, sowie die Beleuchtung ei-

WIPE + RIDE:

Zwei Jahre eTarif im MVV

Vor zwei Jahren ging am 20. Oktober 2020 SWIPE + RIDE an den Start, das Pilotprojekt zum eTarif im MVV. Seitdem wurden mehr als 330.000 Fahrten mit dem smartphonebasierten Entfernungsstarif absolviert, verschiedene Bonus- und Rabattmodelle getestet und neue, kundenfreundliche Features erarbeitet. Bis zum Ende des Jahres soll außerdem eine Mitnahmeregelung implementiert werden.

Mehr als 9.600 Nutzerinnen und Nutzer haben sich in den vergangenen beiden Jahren in der FTQ Lab-App, die im Pilotprojekt SWIPE + RIDE genutzt wird, registriert. Gemeinsam mit der MVV GmbH und dessen Partnern testeten sie den eTarif bei dem die gefahrene Strecke automatisch von der App ermittelt und der Fahrpreis im Nachgang abgerechnet wird. Dieser Preis basiert auf der Luftlinien-Entfernung.

Das Angebot wurde speziell für Personen konzipiert, die nur gelegentlich mit den öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind. Während des Aktionszeitraums des 9-Euro-Tickets war die Anzahl der Fahrten im eTarif pro Monat zwar auf durchschnittlich 800 Fahrten zurückgegangen, nach Ende des Aktionszeitraums des 9-Euro-Tickets erfreut sich eTarif aber wieder großer Beliebtheit. Die Zahlen stiegen rasch wieder an: Die Anzahl der aktiven Nutzer lag im September nur rund fünf Prozent unter dem Maiwert, die Anzahl der Fahrten fiel sogar um nur rund ein Prozent.

Unterstützung durch das Verkehrsministerium

„Wir unterstützen das Pilotprojekt mit rund 1,8 Millionen Euro. Mit dem Vorhaben können wir herausfinden, wie vor allem flexible und gelegentliche Fahrgäste auf einen einfachen Tarif und leichteren Zugang zum ÖPNV reagieren und wie sich das auf die Nachfrage auswirkt“, sagt Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter. „Die gewonnenen Erkenntnisse sind enorm wichtig für die künftige Entwicklung von Tarifen und Ticketing und fließen bereits in

bayernweite Projekte dazu ein.“ Der Pilotzeitraum für das Projekt SWIPE + RIDE läuft noch bis Ende 2023. „Die Corona-Pandemie, das 9-Euro-Ticket und die daraus resultierenden Effekte auf das Mobilitätsverhalten haben auch Auswirkungen auf die Evaluierung des Pilotprojekts“, so MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch. „Wir wollen aus dem Projekt Schlüsse für das weitere Vorgehen im Bereich der elektronischen Tarife und des smartphonebasierten Vertriebs ziehen. Dafür benötigen wir aber eine verlässliche und breite Datengrundlage.“

Einige Themen konnten bereits umgesetzt werden: Die im April 2021 auf Kundenwunsch hin eingeführte Smart Stop-Funktion nutzen mittlerweile rund 34 Prozent der Kunden. Smart Stop erinnert die Fahrgäste nach der Fahrt an den Check-out bzw. checkt die Fahrgäste nach einer gewissen Zeit automatisch aus. Für mehr Preissicherheit und Transparenz sorgt außerdem ein Preisrechner der Preis ermittelt werden kann. Auch in Sachen Preisbildung werden verschiedene Modelle getestet: Während zum Start des Pilotversuchs nur nach der Luftlinie zwischen Start und Ziel abgerechnet wurde, gibt es seit März 2022 eine weitere Pilotkategorie, deren Fahrten auf Basis der Luftlinien zwischen den durchfahrenen Haltestellen bepreist werden.

Für die schlussendliche Entscheidung für oder wider die Einführung eines eTarifs im MVV-Raum ist es wichtig, die Anforderungen einer möglichst bevölkerungsrepräsentativen Gruppe an Pilotkunden im Pilotprojekt kennenzulernen. □

nes Verbindungs-Radweges zwischen Hallbergmoos und Neufahrn-Mintraching. Das Projekt wird abgerundet durch Begleitmaßnahmen, wie die Vervollständigung lückenhafter Radwege-Beschreibungen, den Ausbau von öffentlichen Rad-Reparaturstationen und die Konzeption einer gemeinsamen Fahrradkarte speziell für Pendler.

Große Unternehmen sind interessiert

Das geplante System besteht aus Pedelec-Sharing-Bikes mit Tausch-Akkus, welche an sogenannten „virtuellen Stationen“ verteilt auf die gesamte Nordallianz-Region ausgeliehen und zurückgegeben werden können. Dies hat den Vorteil, dass die Stationen in der zugehörigen Buchungs-App verzeichnet sind, teure Tiefbauarbeiten für physische Stationen können somit entfallen.

Attraktiv für lokale Arbeitgeber

Im Vorfeld wurden die Arbeitgeber in der Region durch die NordAllianz bereits kontaktiert. Insgesamt kamen dabei bereits 28 Absichtserklärungen von Unternehmen zusammen, die ihr Interesse an einer öffentlich zugänglichen Station auf Unternehmensgrund, sowie die Kommunikation über das Projekt bei ihren Mitarbeitenden bereits zugesagt haben. Weitere interessierte Unternehmen können sich jederzeit ebenfalls beteiligen.

Beitrag zur Verkehrswende

Die NordAllianz ist als Region stark durch den täglichen Pendlerverkehr geprägt, täglich pendeln rund 100.000 Menschen zur Arbeit in der Region, davon rund 60 Prozent mit dem eigenen Auto. Aber Untersuchungen der Kommunen zum Verkehrsverhalten zeigen, dass auch ortsansässige Bürgerinnen und Bürger – selbst für Kurzstrecken – in der eigenen Gemeinde zum Großteil auf das Auto setzen.

Attraktive Alternative zum PKW

Um einen Anreiz zum Umstieg auf den ÖPNV zu leisten, sind sich Mobilitätsforschende sicher: Gerade auf der sogenannten „letzten Meile“, etwa zwischen der S-Bahn und dem eigenen Arbeitsplatz oder dem Wohngebiet, muss der klassische ÖPNV aus Bus, Bahn und Co. durch Sharing-Angebote, wozu auch das geplante Pedelec-System zählt, ergänzt werden, um eine attraktive Alternative zum PKW zu bieten. Wenn man bedenkt, dass ein eigenes Auto rund 400 Euro pro Monat kostet, kann die geschickte Kombination aus ÖPNV und Sharing-Mobilität einen wichtigen Beitrag zur Verkehrswende eines jeden Einzelnen leisten.

Über die NordAllianz

Die Kommunen der NordAllianz Metropolregion München Nord haben sich zum Ziel gesetzt, eine gemeinsame, strategische Förderung der Wirtschaft, der Wissenschaft, des Wohnraums und der Umwelt für die Region zu betreiben und den veränderten Mobilitätsanforderungen gerecht zu werden. Im Rahmen der NordAllianz soll die interkommunale Zusammenarbeit gemeinsam gestärkt und gefördert werden. Dazu werden durch die Kommunen gemeinsam definierte Projekte zum Wohle der kommunalen Gemeinschaft und deren Entwicklung vorangetrieben und umgesetzt.

Informationen: <https://nordallianz.de> □

„Tag der Kommunen“ in Moosburg a. d. Isar:

Rinnensanierung leicht gemacht

Praxisvorführung der Firma Schlamp Kommunaldienstleistungen

Rinnensanierung neu gedacht und leicht gemacht: Wenn Bauhöfe an ihre Grenzen stoßen, hat die Schlamp Kommunaldienstleistungen GmbH die passende Lösung parat. Eindrucksvoll demonstrierte dies die in Wettstetten im Landkreis Eichstätt ansässige Firma Schlamp bei „Tag der Kommunen“ im oberbayerischen Moosburg a. d. Isar. Knapp 40 Teilnehmer, überwiegend Bauhofleiter und Bürgermeister aus allen Teilen Bayerns, wohnten der Praxisvorführung der Firma Schlamp bei. Unterstützt wurde diese von ihren Partnern, der Juralith Baustoff-GmbH mit Sitz in Painten bei Regensburg, sowie dem Bauzentrum Schwarz & Sohn aus Moosburg als Gastgeber (siehe dazu GZ 19/2022, Seite 13).

Viele Kommunen versuchen vergeblich, das Problem einer dauerhaften Verfüllung von Zeilen, Rinnen und Bordsteinen in den Griff zu bekommen. „Un-

ser hochspezialisiertes Verfahren zur Rinnensanierung ist die schnellste und kostengünstigste Lösung am Markt. Das herkömmliche Verfahren erfordert ca. vier

Fahrzeuge und sechs Arbeiter. Wir erledigen das mit zwei Fahrzeugen und vier Arbeitern“, erläuterte Geschäftsführer Thomas Schlamp. Hierzu dient ein speziell konzipierter Lkw, der in der Lage ist, zementgebundenen, kunststoffmodifizierten Pflasterfugenmörtel auch über lange Distanzen in der richtigen Konsistenz zu halten und einzusetzen.

Die Arbeitsschritte

In einem ersten Arbeitsschritt wird die Rinne durch Hochdruckwaschen inklusive Absaugen in ei-

nem Arbeitsgang gereinigt. Im Anschluss erfolgt das Herausfräsen des brüchigen Fugenmaterials mittels konzentriertem Wasserstrahl. Dabei ermöglicht der Spritzschutz ein sauberes Arbeiten.

Beim Verfugen sorgt die Förderpumpe für eine perfekte Konsistenz und die optimale Ausbringung des Pflasterfugenmörtels. Danach wird das flüssige Fugenmaterial verteilt. Die übrig gebliebene Schlamm wird nach dem Ansteifen des Fugenmaterials durch eine Kehmaschine in einem Arbeitsgang abgewaschen und abgesaugt. Schlamp zufolge ermöglicht diese Arbeitsweise die sechs- bis achtfache Flächenleistung einer herkömmlichen Straßenmeisterei.

„Unsere erste Wahl beim Pflasterfugenmörtel“ ist laut Thomas Schlamp der ZFM 750/2 ZRB der Juralith Baustoff-GmbH. Dabei handelt es sich nach Angaben von Außendienstmitarbeiter Markus Greimel um einen zementgebundenen, kunststoffmodifizierten und schnell erhärtenden Mörtel zur Sanierung von Zeilen, Rinnen und Borden. Die Konsistenz des Fugenmörtels könne sowohl steif als auch flüssig eingestellt werden. Dadurch sei er besonders zum Verfugen in der Senkrechten (Kantenverschluss) und in der Waagrechten geeignet. Juralith bietet ein komplettes Programm für Neuverfugung und Fugensanierung. Überdies entwickelt der Spezialist für Pflasterfugensys-

teme ständig neue und innovative Produkte, deren Qualität regelmäßig im werkseigenen Labor überwacht wird. Nahezu alle Juralith-Produkte werden in eigenen Produktionsanlagen hergestellt.

Schnell und kostengünstig

Diese beidseitigen firmenspezifischen Synergieeffekte schaffen bei der Rinnensanierung handfeste Vorteile für den Kunden: Innerhalb kürzester Zeit ist die Rinne komplett saniert, und durch den Einsatz einer geringeren Anzahl von Fahrzeugen und Arbeitern als bei herkömmlichen Methoden werden Kosten gespart. Beteiligten dürfen sich im Übrigen auch eigene Kundenmitarbeiter.

Stadt Dinkelsbühl:

Kommunale Baumretter am Start

Rekordtemperaturen im Sommer, Rekordtemperaturen im Herbst. Mit voranschreitendem Klimawandel werden wir diese Schlagzeilen immer häufiger lesen. Doch während uns die angenehmen Nebeneffekte eines heißen Sommers oder eines goldenen Herbsts dazu verleiten, dieses Phänomen als positiv zu empfinden, werden wir von einem anderen ersten Problem abgelenkt: Die Bäume unserer Städte leiden.

Gerade Stadtbäume spielen nicht nur eine wichtige Rolle für das Gesamtbild einer Gemeinde oder Stadt, sondern haben auch wichtige Funktionen, um vor allem Städte lebenswerter zu machen. Sie reinigen unsere Luft von Schadstoffen, senken die Außentemperatur und regulieren sogar Starkregenereignisse. Doch durch die anhaltend hohen Temperaturen tritt vermehrt Trockenstress für die Bäume auf. Die immer längeren Trockenperioden verschlimmern die Situation und machen die Erho-

lung und Regeneration des Baumes fast unmöglich. Die Bäume werden unter diesen extremen Bedingungen stark beschädigt und sterben im schlimmsten Fall ab. Etwa fünf Prozent der Stadtbäume müssen jährlich gefällt werden. Dies hat auch aus wirtschaftlicher Perspektive negative Folgen für eine Stadt. Neben einem hohen Koordinationsaufwand für die Fällung und Neupflanzung, die auch zur Behinderung des Alltagsgeschehens führen können, betragen die Kosten pro Neupflanzung mehrere tau-

send Euro – auch wegen der Fertigstellungspflege.

Predictive-Maintenance in der Baumpflege

Dem wirkt eine innovative Lösung des Start-Ups Treesense vorausschauend entgegen. Das Münchner Unternehmen unterstützt seit 2020 Baumbesitzer, vor allem aber Städte und Kommunen, beim Schutz und bei der ressourceneffizienten Pflege ihrer Bäume. Mithilfe ihrer Predictive-Maintenance Technologie kann sie den Gesundheitszustand eines Baums sensorisch beobachten und eine konkrete Handlungsempfehlung ableiten. Besonders wird diese Technologie durch „Treesense Pulse“ – so nennen die Gründer um Giancarlo Foderá den Sensor, der inno-



Vorher und Nachher.

Bilder: Schlamp Kommunaldienstleistungen

vativ den Wasserhaushalt und damit die Gesundheit und den Pflegebedarf der Bäume überwacht. Ganz konkret misst der Sensor die Magnitude der elektrischen Impedanz, eine Art elektrischer Widerstand im Xylem-Teil von Gehölzpflanzen. Dieser Teil ist verantwortlich für den Wassertransport von den Wurzeln zur Baumkrone. Einfach gesprochen: Je aktiver der Baum, desto mehr Wasser fließt durch die Xylem-Kanäle und je mehr Wasser in den Xylem-Kanälen desto niedriger ist die elektrische Impedanz. Die gemessenen Daten werden drahtlos (über LoRaWAN) und ohne weitere Arbeiten auf die Treesense Cloud übertragen, analysiert und interpretiert. Der große Unterschied zu bestehender Technologie: Baumpflege-Teams erhalten in Realzeit ein direktes Feedback über „die Herzfrequenz des Baums“.

Im August hat Treesense ein Pilotprojekt in Dinkelsbühl gestartet. Damit werden der Nutzen der Sensorik und Datenanalyse für die Stadt über mehrere Monate hinweg überprüft und evaluiert. Hierfür wird die Expertise des Treesense-Teams mit ihrem innovativen Ansatz zur Beobachtung der Baumvitalität herangezogen. Für das Monitoring wurden vier Linden am Schweinemarkt ausgewählt und mit je einem Sensor ausgestattet. Bei den Bäumen handelt es sich um Großbaumverpflanzungen.

Die ersten Ergebnisse liegen schon vor: einer der Bäume weist bereits eine unzureichende Vitalität auf – aber nicht, weil zu wenig bewässert wird, sondern zu viel. „Der Baum steht unter Wasser, kann also aufgrund mangelnden Sauerstoffs kein Wasser in die Baumkrone ziehen und trocknet in der Krone folglich aus“, meint

Giancarlo Foderá, Baumsachverständiger und COO von Treesense. An den visualisierten Kurven aus den Daten könne man dies sehr gut erkennen. Diese werden in der Software in einem Diagramm visualisiert und interpretiert, sind also jederzeit zugänglich und einfach zu verstehen. Während die restlichen drei Bäume sehr gute Werte in Form von konstanten niedrigen Widerstandskurven aufweisen, schießen die Werte des vierten Baumes in die Höhe. Nach sechs Monaten, am Ende des Pilotprojekts, soll abschließend bewertet werden, ob „Rettungsmaßnahmen“ noch sinnvoll sind, oder ob der Baum gleich ersetzt werden soll.

Die Mission von Treesense ist ambitioniert: „Wir wollen das Klima verbessern, indem wir helfen, Ökosysteme zu retten“, meint Semir Babajic, Mitbegründer und CEO von Treesense. Dazu vereint das vierköpfige Gründerteam die Disziplinen um Forstwissenschaft, Elektrotechnik sowie Mathematik und künstliche Intelligenz. Nicht zuletzt stammt die Ideenfindung auch ursprünglich aus der Medizintechnik und wurde am Heinz-Nixdorf-Lehrstuhl der TU München zu einem Produkt entwickelt.

Ausgezeichnete Idee

Zuletzt wurde das Start-Up vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz mit dem **Gründerpreis+** und dem **Sonderpreis für digitale Nachhaltigkeit** ausgezeichnet. So kann Treesense auch auf politische Unterstützung zählen, um das ambitionierte Ziel zu erreichen. Erste Schritte hierfür wurden mit Projekten in Städten wie Dinkelsbühl und auch in Mainz gegangen. Weitere Kommunen sollen folgen. □

Aufgrund der Wanderbaustelle sind Verkehrsteilnehmer oder Anwohner nicht langfristig belastet, zudem ist ein schnelles und einfaches Umsetzen zu verschiedenen Einsatzorten realisierbar.

Bio-Siegel zertifiziert

Gegründet wurde Schlamp Kommunaldienstleistungen im Jahr 2007. Gelegt wurde der Grundstein für die heutige Firmenstruktur durch Baumfällarbeiten, die Thomas Schlamp nebenberuflich während seiner früheren Tätigkeit bei Audi verrichtete. Zufriedene Kunden und weitere, auch kommunale Anfragen, bewogen ihn, Firmenkompentzen weiter auszubauen. Neben Baumfällungen und Rinnensanierung sind Straßenreinigung, Unkrautbekämpfung, Landschaftspflege und Winterdienst fester Bestandteil der offerierten Kommunaldienstleistungen.

Durch stetiges Wachstum besteht das Team mittlerweile aus 18 erfahrenen und geschulten Mitarbeitern aus der Region. In den vergangenen Jahren wurden mehr als tausend Aufträge erfolgreich abgeschlossen. Mit einem modernen und umfangreichen Maschinenpark bietet die Firma Schlamp ihren Kunden ein breites Spektrum an Dienstleistungen im kommunalen und privaten Bereich. „Großen Wert legen wir dabei auf Nachhaltigkeit sowie Umwelt- und Naturschutz“, betonte der Geschäftsführer. „Deshalb setzt unser mit dem Deutschen und Europäischen Bio-Siegel zertifizierter Betrieb auf Solarstrom, verwendet Regenwasser und biologische Betriebsflüssigkeiten und verzichtet auf Spritz- und Düngemittel.“

Ob Komplettpakete oder Einzelleistungen, individuelle Lösungsangebote oder Standardleistungen: „Wir richten uns ganz nach den Bedürfnissen unserer Kunden aus“, unterstrich Thomas Schlamp beim „Tag der Kommunen“. „Für jeden Auftrag finden wir die wirtschaftlichste und beste Lösung.“ Wolfgang Hiebinger, Kreisbauhofleiter Beilngries, kann dies nur bestätigen: „Wir sind froh, mit Schlamp Kommunaldienstleistungen endlich jemanden gefunden zu haben, der das Problem an der Wurzel angepackt und nachhaltig gelöst hat. Unsere Straßenrinne haben wir vor zehn Monaten sanieren lassen und sie sieht immer noch aus wie neu. Insbesondere die Steigung der Straße war eine große Herausforderung. Da ist vor allem die Konsistenz und Ausbringung des Fugenmaterials entscheidend.“

DK



Viele Modelle kurzfristig verfügbar!

BayWa

Winterdiensttechnik in Spitzenqualität.

Fragen Sie uns jetzt nach Ihrem persönlichen Angebot und sichern Sie sich das passende Gerät für Ihren Einsatz – solange der Vorrat reicht!



Unsere starken Partner in der Winterdiensttechnik:

- Kugelmann Streuer und Schneepflüge
- Hydrac Schneepflüge
- Wiedenmann Kompakt-schneepflüge

- WESTA Schneefräsen
- u. v. m.

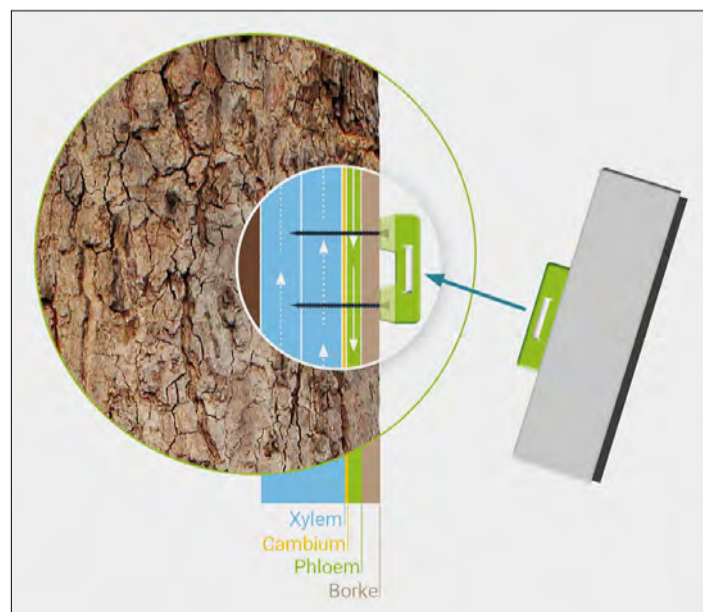
Beste Qualität hergestellt in Deutschland und Österreich!

BayWa AG
Technik

Arabellastraße 4
81925 München

Fragen Sie nach Ihrem persönlichen
Ansprechpartner unter 0800 99 99 150.

baywa.de/kommunaltechnik



Funktionsweise des Sensors.

Graphik: Treesense

Umweltminister Glauber:

Stadtgrün ist Refugium und Gesundheitsschutz

Leitfaden für Stadtbäume im Klimawandel vorgestellt

Ein neuer Leitfaden für Stadtbäume im Klimawandel zeigt Kommunen und Planern, welche Baumart an welchem Ort in der Stadt gepflanzt werden sollte. Ziel ist, in Zeiten des Klimawandels die Ökosystemleistungen von Stadtbäumen optimal zu nutzen.

Thorsten Glauber, Bayerns Forchheim vorgestellt und eine junge, klimarobuste Ulme gepflanzt. Glauber betonte dabei:

Grünes Netzwerk in Bayern nun vollständig

Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Forstministerin Michaela Kaniber weisen Naturwälder aus

Das landesweite Netzwerk wilder Waldnatur ist nun komplett. Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Forstministerin Michaela Kaniber haben dazu im Nürnberger Reichswald drei neue Waldgebiete in Bayern zu Naturwäldern erklärt: die Feuchtwälder im Nürnberger Reichswald (317 Hektar), die Laubwälder an den Rodachhängen bei Nordhalben in Oberfranken (177 Hektar) und die Auwälder an der Unteren Iller zwischen Neu-Ulm und Illertissen (516 Hektar).

Damit stehen nun in Bayern insgesamt rund 83.000 Hektar ökologisch besonders wertvolle Wälder unter dauerhaftem Schutz.

Ausbau von Windkraft und Holzbau

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Bayern ist Waldland Nummer eins. Der Wald liegt uns besonders am Herzen. Der Reichswald ist das Naherholungsgebiet und die grüne Lunge Nürnbergs. Wir wollen unsere Wälder erhalten, schützen und nutzen. Den Herausforderungen des Klimawandels begegnen wir mit Ausbau von Windkraft und Holzbau als natürlichem CO₂-Speicher. Mit der Ausweisung von Naturwäldern entsteht ein Teppich vieler ‚kleiner Nationalparks‘ über ganz Bayern, die wir ganz der Natur überlassen - für Ruhe und Erholung.“

Forstministerin Michaela Kaniber ergänzte: „Unsere Naturwälder sind Hotspots der Artenvielfalt. Sie sollen sich künftig frei und ungestört entwickeln und allen Bürgerinnen und Bürgern als Orte der Erholung offenstehen. Hier können wir alle unsere wunderschöne heimische Natur bewundern und hautnah erleben. In unseren staatlichen Wäldern wirtschaften wir seit jeher nach dem Motto ‚Schützen und Nutzen‘. Die Naturwälder ergänzen sozusagen als ‚Sahnehäubchen der Biodiversität‘ diese ökologisch herausragende Bewirtschaftung. Sie zeigen, wie viel mit sorgsamer Pflege erreicht werden kann und sind ein eindrucksvoller Beleg dafür, wie verantwortungsvoll die Bayerischen Staatsforsten in den vergangenen Jahren gewirtschaftet haben.“

Weitere Informationen zu Naturwäldern in Bayern finden sich unter: www.naturwald.bayern.de. Die flächenscharfe Abgrenzung des grünen Netzwerks ist im Bayern Atlas einzusehen: <http://v.bayern.de/wG33M>.

Lindner-Werksausstellung:

Supercup-Titelverteidiger triumphierte auch 2022

Patrick Schuster aus Deutschland sicherte sich den Hauptpreis des virtuellen Lintrac Supercups, eine Playstation 5, sowie den Lindner Gaming Chair mit Original-Lintrac-Sitz – rund 3.000 Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, um sich über neue Innovationen wie den Lintrac 80 und den Lintrac 100 zu informieren – hoch im Kurs standen die Testfahrten beim Innovationszentrum.

Eines der Highlights der Werksausstellung von Lindner war das Finale des virtuellen Lintrac Supercups, der ab Juni 2022 als Spiel im Landwirtschaftssimulator über die Bühne ging. An den vier Qualifikationsrunden nahmen 44 Spielerinnen und Spieler teil, die insgesamt 340 virtuelle Runden gefahren sind. Die besten Teilnehmerinnen und Teilnehmer qualifizierten sich für die Endrunde und traten im Oktober zum Showdown im Tiroler Unter-

land an. Den Sieg holte sich ein echter Supercup-Profi: Patrick „Zerzerus“ Schuster aus Deutschland gewann mit einer Bestzeit von 48 Sekunden. Auf Platz zwei spielte sich Patrick Aschauer (Österreich) mit einem hauchdünnen Rückstand, Platz drei ging an Christian Kohler aus der Schweiz. Im nächsten Jahr wird der Lintrac Supercup erstmals hybrid ausgetragen – also als Mischung aus virtuellem und echtem Rennen. Aber auch das echte Traktor-



Rund 3.000 Besucherinnen und Besucher informierten sich in Kundl über die neuesten Lindner-Innovationen. Bild: Lindner

„Städtisches Grün wird in Zeiten des Klimawandels mit zunehmender Hitze und Dürre immer wichtiger. Stadtbäume kühlen und befeuchten die Luft wie eine natürliche Klimaanlage. Stadtgrün ist auch ein wertvoller Lebensraum. Stadtbäume sind zugleich ein wichtiger Luftfilter.“



Mit Brennstoffzelle über den Brenner

Daimler Truck führt erste Höhererprobungen mit Wasserstoff-Lkw durch

Auf dem Weg zum nachhaltigen Transport der Zukunft absolvierte ein Mercedes-Benz GenH2 Truck Prototyp erfolgreich seine ersten Höhererprobungen auf öffentlichen Straßen. Ein Schwerpunkt der Erprobungsfahrten: die Überquerung des Brennerpasses, einer der Hauptschlagadern des europäischen Frachtverkehrs. Allein 2019 wurden rund 40 Millionen Tonnen Fracht per Lkw über die vierspurige Transitroute des 1.370 Meter hohen Alpenübergangs an der Grenze zwischen Österreich und Italien transportiert. Das entspricht knapp 2,5 Millionen Transit-Lkw im Jahr. Während der einwöchigen Testfahrten überquerten die Daimler Truck-Ingenieure mehrmals mit dem mit typischem Lastgewicht ausgeladenen Brennstoffzellen-Sattelzug den Brenner auf der etwa 120 km langen Autobahnstrecke zwischen Bozen und Innsbruck. Die einzige Emission auf der Fahrt: reiner Wasserdampf.

Bild: Daimler Truck

und Transporterfahren erfreute sich bei der Werksausstellung großer Beliebtheit. Auf dem Testgelände wurden an den drei Ausstellungstagen rund 250 Probefahrten gezählt, bei denen viele Einsatzprofis Lintrac und Unitrac ganz genau unter die Lupe nahmen.

Lintrac 80 und 100: Wendig und leicht zu bedienen

Reges Interesse zeigten die 3.000 Besucherinnen und Besucher an den neuen stufenlosen Lintracs 80 und 100. Der Lintrac 80 ist für alle maßgeschneidert, die einen leicht zu bedienenden und sehr wendigen Traktor suchen, der im steilen Gelände punktet. Das extrem hangtaugliche Modell schafft bis zu 60 Prozent Steigung im Dauereinsatz. Die mittlenkende Hinterachse gewährleistet überdurchschnittliche Wendigkeit. Der Wendekreisradius beträgt mit 4-Rad-Lenkung nur 4,20 Meter.

Vielseitigkeit verspricht der neue Lintrac 100. Der stufenlose Allrounder spielt seine Stärken beim Mähen, bei der Heuernte oder mit dem Frontlader aus. Der Perkins-Syncro-Motor erfüllt die saubere und sparsame Stufe 5. Er bringt 86 kW (117 PS) ins Gelände. Die 4-fach-Zapfwelle inkl. Anlaufsteuerung arbeitet wahlweise mit 430 / 540 / 750 oder 1.000 U/min. Dank 4-Rad-Lenkung erreicht der neue Lintrac 100 einen Wendekreisradius von 7,8 Meter.

Frischlufschneisen, grüne Lungen und Stadtbäume sind damit nicht nur eine Frage des schönen Stadtbildes und urbaner Lebensqualität. Sie sind auch vorsorgender Gesundheitsschutz in den Städten und somit unverzichtbar in Zeiten des Klimawandels. Der neue Leitfaden für Stadtbäume im Klimawandel unterstützt Kommunen und Planer dabei, geeignete Bäume auszuwählen und am richtigen Ort einzusetzen. Von dieser Grundlagenarbeit können alle Städte und Gemeinden in Bayern profitieren.“ Die Handlungsempfehlungen sollen langfristig bei der

Klimaanpassung durch Bäume in der Stadt helfen und zugleich die Stadtnatur stärken. Grundlage des Leitfadens ist eine mehrjährige Studie der Technischen Universität München (TUM), die Untersuchungen von rund 2.000 Stadtbäumen in ganz Bayern fasste.

Zukünftige Raumannsprüche

Beispielsweise stellt der Leitfaden das zu erwartende Baumwachstum für vier häufig in Städten gepflanzte Baumarten entsprechend ihres Alters dar. So können die Raumannsprüche der Bäume ermittelt werden. Auch die Ökosystemleistungen der Bäume, wie zum Beispiel Kohlenstoffspeicherung oder Kühlwirkung durch Verdunstung und Beschattung, werden für die Baumarten nach Altersklassen dargestellt. Der Einfluss von Bodenart, Bodenversiegelung und Licht wird ebenfalls aufgezeigt. Von besonderer Bedeutung ist die Modellierung für zukünftige Klimabedingungen in Bayerns Städten.

Konkrete Empfehlungen

Der Leitfaden zeigt zudem zukünftige Entwicklungen von städtischen Baumbeständen auf. So wurde unter anderem errechnet, dass 30 neu gepflanzte Rosskastanien und Platanen auf einem großen Platz in Bayreuth in 30 Jahren eine Höhe von elf bzw. 17 Metern erreichen können, eine Standfläche von insgesamt 2.100 Quadratmeter haben werden und eine Fläche von 80 bzw.

200 Quadratmetern je Baum beschatten.

Es gibt auch konkrete Empfehlungen: Für große Städte im trockenen Franken rät der Leitfaden zum Beispiel unter Berücksichtigung zukünftiger Klimabedingungen zur Pflanzung von Arten wie der Scheinakazie mit einem geringen Wasserverbrauch und einer hohen Trockenheitstoleranz. In Städten mit voraussichtlich weiterhin guter Wassersituation wie beispielsweise Kempen können – je nach Standort – auch Arten mit hohem Wasserbedarf wie die Winterlinde ihr Wachstumsoptimum erreichen. In bayerischen Großstädten wie Regensburg oder München gibt es derzeit mehr als einhundert Baumarten, darunter Linde, Ahorn, Birke, Kastanie, Pappel und Esche. Allein die Zahl der Bäume an öffentlichen Frei- und Grünflächen wird für München auf 600.000 geschätzt, in Würzburg sind es fast 40.000 Bäume. Auch das ist ein Anliegen des Leitfadens: die wertvollen Stadtbäume, insbesondere alte und große Bäume mit ihren unersetzbaren Ökosystemleistungen, in Zeiten des Klimawandels zu erhalten und zu schützen.

Der Leitfaden wurde als Ergebnis zweier Projekte der angewandten Klimaforschung vom „Zentrum Stadtnatur und Klimaanpassung“ (ZSK) der TUM erarbeitet. Die Projekte wurden mit über 300.000 Euro vom Umweltministerium finanziert. Den Leitfaden und weitere Informationen gibt es unter www.zsk.tum.de/zsk/veroeffentlichungen/ und www.zsk.tum.de.



365 Tage voller Tatendrang.

Maximale Auslastung im Ganzjahreseinsatz mit dem Unimog Geräteträger. Kommunale Aufgaben sind niemals erledigt: Unzählige kleine und große Jobs möchten zuverlässig und schnell erledigt werden – allen voran Mähen, Mulchen und Gehölzpflege, Winterdienst, Kehren und Reinigen sowie Laden und Transportieren.

Hier bringt der Unimog seine Vielseitigkeit ins Spiel. Denn der Geräteträger kann dank seiner standardisierten hydraulischen, mechanischen und elektrischen Schnittstellen eine Vielzahl von Geräten antreiben.

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich vertrete die Gemeinde Haarbach mit rund 2.600 Einwohnern im Landkreis Passau, mit fast 48 qkm Fläche auf 62 Ortschaften verteilt – eine richtige Landgemeinde.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Amtsantritt am 01.05.2020 als ehrenamtlicher Bürgermeister, davor sechs Jahre Dritter Bürgermeister.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Vor Amtsantritt war ich als Industriemeister bei einem mittelständischen Motorenbauer beschäftigt, nach wie vor betreibe ich eine kleine Landwirtschaft im Nebenerwerb.

Franz Gerleigner

Erster Bürgermeister der Gemeinde Haarbach

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich bin sehr lange schon in vielen Vereinen aktiv und somit ist mir die Entwicklung meiner Heimatgemeinde schon immer am Herzen gelegen. Deshalb kandidierte ich bereits 1996 das erste Mal für den Gemeinderat und war dort seit 2002 dabei.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Die Jahre im Gemeinderat waren eine gute Vorbereitung; das Amt des Bürgermeisters ist jedoch eine weitaus größere Herausforderung. Das kann man nicht lernen, jeder Tag bringt was Neues.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?



Die Sanierung unserer Kläranlage, die sich nicht so einfach darstellt, fehlendes Bauland für unsere jungen Gemeindegänger.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Nach wie vor unsere Kläranlage mit dem gesamten Kanalnetz, dazu deutlich steigende Kosten, die Ortsentwicklung vor dem Hintergrund zahlreicher Leerstände.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Die Wasserversorgung in den Außenbereichen; bestenfalls zusammen mit Breitbandausbau.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Ich bin ja selbst erst zweieinhalb Jahre im Amt aber denke, man sollte seinen Idealismus und Optimismus nicht verlieren.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Regelmäßige Teammeetings mit den Mitarbeitern und ein offener Austausch mit den Kollegen.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Wir haben vor kurzem ein Ratsinformationssystem eingeführt und sind bisher recht zufrieden, die Entwicklung wird immer noch weiter gehen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Fröhlich sein, Gutes tun und die Spatzen pfeifen lassen (Don Bosco).

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als jemand, der immer für seine Mitbürger da war.



Die glücklichen Preisträger des oberbayerischen Inklusionspreises 2022. Bild: Peter Bechmann/Bezirk Oberbayern

Inklusionspreise der Bezirke Oberbayern und Oberpfalz:

Gemeinsam Vielfalt leben

Unter dem Motto „Wir sind Heimat – Vielfalt leben vor Ort“ zeichnete der Bezirk Oberbayern drei Initiativen mit dem Inklusionspreis 2022 aus, die ein wertschätzendes Miteinander aller Menschen ermöglichen und in den Bereichen Kultur, Umwelt, Natur und Mobilität Inklusion leben. „Inklusion macht unsere Gesellschaft stark und bereichert das Leben aller Menschen“, unterstrich Bezirkstagspräsident Josef Mederer bei der Preisverleihung.

Preisträger Oberbayern

Der mit 5.000 Euro dotierte 1. Preis ging an den Malteser Hilfsdienst und den Deutschen Alpenverein (DAV). Die beiden Organisationen veranstalten Wandertouren und Kletteraktionen im gesamten Alpenraum, bei denen Menschen mit und ohne Behinderungen gemeinsam unterwegs sind. Bei dem Projekt Alpen.Leben.Menschen (A.L.M.) können sich Menschen aller Nationen und Kulturen, Menschen mit und ohne Behinderungen begegnen. Die Jury hat überzeugt, dass die Wandertouren barrierefrei – unter anderem mit Texten in Leichter Sprache – beworben werden.

Den mit 3.000 Euro dotierten 2. Preis erhielt die Musikschule Ismaning e. V. für ihr Projekt eines inklusiven Musikunterrichts mit Instrumenten. Die öffentliche Musikschule ist überzeugt: Jeder Mensch kann Musik machen. Alle Angebote der Musikschule sind offen für Menschen mit und ohne Behinderungen. Das Erlernen eines Instruments wird mit dem gemeinsamen Musizieren in Ensembles verknüpft, denen von Anfang an Menschen mit den unterschiedlichsten Fähigkeiten angehören. Der Jury gefiel, dass die Musikschule ihr Unterrichtskonzept auf Schülerinnen und Schüler mit und ohne Einschränkungen inklusiv angepasst hat. Au-

ßerdem hat sie ein Netzwerk mit anderen Musikschulen in Bayern initiiert und damit ihre Idee in die Breite getragen. Aus Sicht des Preisgerichts ist die Musikschule Ismaning ein wichtiger Botschafter für andere Einrichtungen.

Mit dem 3. Preis (2.000 Euro) wurde Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen, Verein zur Förderung der gemeinsamen Erziehung behinderter und nichtbehinderter Kinder e. V., Geretsried, für das Projekt „Theater für Alle“ ausgezeichnet. Das seit sieben Jahren bestehende inklusive Theaterprojekt bringt jährlich eine Produktion zur Aufführung, die sie zusammen mit dem Verein Komischen Gesellschaft in Bad-Tölz entwickelt. Beim gemeinsamen Theaterspielen kommen Jugendliche und Erwachsene mit und ohne Behinderungen zusammen. Die Jury hat besonders überzeugt, dass alle Mitglieder des Ensembles direkt an der Entwicklung der Stücke beteiligt sind – also von Anfang an mitmachen. Das Projekt sei ein Best-Practice-Beispiel für das kreative Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen im Kulturbereich.

Preisträger Oberpfalz

Auch die von Bezirkstagspräsident Franz Löffler ausgezeichneten Preisträger des Bezirks Oberpfalz stehen fest. Dabei handelt es sich um die Grund- und Mittelschule Deining, die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) aus Regensburg und den SV Mitterteich. Der Preis ist mit jeweils 3.000 Euro dotiert.

Das Projekt „Die Rumpelkassette“ der Grund- und Mittelschule Deining überzeugte die Jury mit seinem schönen und ungewöhnlichen Ansatz. Die Rumpelkassette bestand aus 17 Schülern und Schülerinnen der ersten Klasse. Ein Kind ist von Geburt an blind. Daher war von Anfang an klar, dass die Klasse das Lesen und Schreiben nicht nur mit den Buchstaben der Schwarzschrift, sondern auch mit jenen der Punktschrift lernen wird. Es dauerte nicht lange, bis die Wörter zu Sätzen und die Sätze zu kurzen Texten wurden. Im September 2022 machte sich eine neue erste Klasse auf den Weg, um die Punktschrift mitzulernen.

Die Idee für das Projekt „Inklusionszirkel Flucht.Migration. Behinderung“ der EUTB Regensburg entstand nach einer zweitägigen Fortbildung, die sich dem Thema Flucht und Migration widmete. Da die Anfragen und Problemlagen von Menschen mit Fluchthintergrund und Behinderung immer größer werden, hatten laut Fachstellen und Betroffene den Wunsch, ein Gremium zu gründen, um sich so um die Belange der intersektional benachteiligten Menschen zu kümmern. Ziel des Zirkels ist die Vernetzung

vor Ort. Seit 2021 bietet die Abteilung Tennis des SV Mitterteich ein inklusives Sportangebot an: das RuF (Rollstuhlfahrer und Fußgänger)-Tennis. Bei dieser Sportart schlagen im gemischten Doppel Rollstuhlfahrer und Fußgänger gemeinsam den Ball übers Netz. In Zusammenarbeit mit den Behindertenbeauftragten der Stadt Mitterteich, dem Netzwerk Inklusion/OBA-Fed und interessierten Selbstvertretern gelang es der Abteilung Tennis des SV Mitterteich, diese inklusive Gruppe in nur wenigen Wochen zu gründen. Die Jury überzeugte der niederschwellige Zugang, sowie der Einsatz und das Ziel der Abteilung Tennis, jegliche Barrieren abzubauen und die Mitglieder für die Vielfalt des Sports zu sensibilisieren. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion: Constanze von Hassel (verantwortlich) Doris Kirchner, Chefin vom Dienst Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel, Jan Kiver Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter: Sebastian Franz (KPv) Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb: Monika Steer (verantwortlich) Telefon 08171 / 9307-12 Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 56 vom 01.01.2022 Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen: Theresa von Hassel (verantwortlich) Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise: 22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland: € 76,10 zzgl. MwSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften: (Abrechnung über eine Adresse) € 38,25 zzgl. MwSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen: (Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MwSt.
Kündigung: zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung: Constanze von Hassel Theresa von Hassel Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen: Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH Postanschrift: Postfach 825, 82533 Geretsried Paketanschrift: Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried Telefon 08171 / 9307-11 Telefax 08171 / 9307-22 eMail: info@gemeindezeitung.de Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse: 100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen: Constanze von Hassel Theresa von Hassel Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung: DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Der PV wächst weiter – auch über die Region München hinaus

Einstimmig haben die Mitglieder des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München (PV) auf ihrer Verbandsversammlung neben dem Haushalt 2023 den Beitritt von weiteren fünf Kommunen beschlossen: Stadt Aichach (Landkreis Aichach-Friedberg), Gemeinde Kinsau (Landkreis Landsberg am Lech) sowie die Gemeinden Althegnenberg, Mammendorf und Mittelstetten (alle Landkreis Fürstfeldbruck). Die Versammlung fand unter dem Vorsitz von Landrat Christoph Göbel (Landkreis München) im Alten Speicher in der Stadt Ebersberg statt.

Der Verband soll die neuen Mitglieder in verschiedenen Aspekten der Ortsentwicklung sowie der Bauleitplanung beraten und unterstützen. Um sich Herausforderungen wie Wohnungsbau, der Ausweisung von Flächen für Windkraft- und Photovoltaikanlagen und dem Personalengpass in den Verwaltungen zu stellen, möchten sie mit dem PV zusammenarbeiten. Die ersten Bürgermeister der Gemeinden Althegnenberg, Mammendorf und Mittelstetten präsentierten ihre Kommunen auf der Versammlung. Alle drei Gemeinden

gehören zur Verwaltungsgemeinschaft Mammendorf im Landkreis Fürstfeldbruck. Landrat Göbel hieß die neuen Mitglieder herzlich willkommen.

179 Mitglieder ab 2023

Mit den Beitritten wächst der PV weiter: Ab 2023 zählt er 179 Mitglieder, darunter 170 Städte, Märkte und Gemeinden, die acht Landkreise der Region München und die Landeshauptstadt München. Mit der Stadt Aichach verzeichnet der PV erstmals ein Mitglied aus dem Land-

kreis Aichach-Friedberg und somit dem bayerischen Regierungsbezirk Schwaben. Im Südosten grenzt die Stadt Aichach an den PV-Mitgliedslandkreis Dachau.

Althegnenberg, Mammendorf, Mittelstetten

„Wir wollen sehr viel bauen in naher Zukunft“, erläutert Rainer Spicker, erster Bürgermeister der Gemeinde Althegnenberg. „Vom PV erhoffe ich mir Unterstützung bei diesen Aufgaben sowie neue Ideen und konstruktive Vorschlä-



Drei Gemeinden der VG Mammendorf (Landkreis Fürstfeldbruck) sind neue Mitglieder beim PV. V.l.: Geschäftsführer Christian Breu, Erster Bürgermeister Franz Ostermeier (Mittelstetten), Erster Bürgermeister Rainer Spicker (Althegnenberg), Erster Bürgermeister Josef Heckl (Mammendorf), Verbandsvorsitzender Landrat Christoph Göbel. Bild: Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München (PV)

ge.“ Neben einem Baugebiet soll die Ortsmitte bebaut werden. Dort sollen auch 40 Wohnungen für betreutes Wohnen entstehen. Weiter seien zwei Feuerwehnhäuser sowie ein Gemeinde- und Bürgerhaus geplant. Dazu komme der Bau von Windrädern und PV-Anlagen, wofür die Gemeinde natürlich gerne Flächen auf dem Land zur Verfügung stelle.

Josef Heckl, erster Bürgermeister der Gemeinde Mammendorf, setzt auf die große Expertise des PV, wenn es um planerische Leistungen gehe, besonders mit Blick auf die Windkraft. In Mammendorf wurde die erste Windkraftanlage des Landkreises Fürsten-

feldbruck gebaut und Heckl freut sich, dass durch die aktuelle Gesetzeslage „Dynamik in die Sache kommt“. Mammendorf ist Sitzgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft.

Mittelstetten ist eine ländliche Gemeinde, bestehend aus sechs Ortsteilen mit knapp 1.500 Einwohnern insgesamt. Mithilfe des PV möchte die Gemeinde den Siedlungsdruck bewältigen. „Wir wollen unseren ländlichen Charakter soweit wie möglich erhalten, wenn es auch schwierig ist in dem Raum zwischen München und Augsburg“, bekräftigt Mittelstettens erster Bürgermeister Franz Ostermeier. **□**

Förderung der Lesemotivation:

Büchertaschen für Günzburgs Grundschüler

Vorlesen ist ein wichtiger Faktor für die kindliche Bildung, denn es verbindet nicht nur und schafft Nähe, sondern ist auch eine Voraussetzung, selbst gut lesen zu lernen und damit der Schlüssel für den Zugang zu Bildung und beruflichem Erfolg. Die Stadt Günzburg unterstützt ihre Grundschulen bei der Leseförderung mit Büchertaschen für alle Schüler.

Der Schulalltag wurde durch die Corona-Pandemie maßgeblich beeinflusst, der Schulbetrieb vor Ort zum Teil ausgesetzt. Die Folge: fehlende Lerninhalte bei den Schülerinnen und Schülern. Auch das Lesen- und Schreibenlernen bei Schulanfängern wurde durch Lockdowns und Quarantäne-Phasen unterbrochen, denn alleine zu üben ist für viele Kinder problematisch. „Umso wichtiger ist es nun, das Verpasste aufzuholen und die Les- und Schreibkompetenz, die in vielen Fächern Voraussetzung ist, zu fördern“, sagt Günzburger Stadtrat und Lehrer Stefan Baisch.

Die Stadt Günzburg unterstützt und beteiligt sich durch die Ausgabe von Büchertaschen an alle Grundschülerinnen und Grundschüler an der Leseförderung. Die Büchertasche soll die Schülerinnen und Schüler dazu motivieren, in der schuleigenen oder städtischen Bücherei zu stöbern und Bücher auszuleihen. „Im Namen der Stadt Günzburg wünsche ich allen Schülerinnen und Schülern viele schöne Lese- und Vorlesestunden sowie weiterhin viel Erfolg in der Schule“, sagt Oberbürgermeister Gerhard Jauernig. **□**

95.000 Euro für 25 Projekte in der Zenngrund Allianz

Das Regionalbudget der Zenngrund Allianz war auch in der dritten Förderrunde wieder ein voller Erfolg. Die lokalen Projektträger erhalten für die erfolgreiche Umsetzung von 25 Kleinprojekten in der Region eine finanzielle Unterstützung von insgesamt knapp 95.000 Euro. Insgesamt 18 öffentliche und sieben Vereinsprojekte wurden von einem lokalen Entscheidungsgremium zur Förderung ausgewählt.

Vor allem die Jugend profitiert von der diesjährigen Förderrunde: Insgesamt sieben geförderte Projekte haben es sich zum Ziel gesetzt die örtlichen Jugendtreffs weiterzuentwickeln. In Langenzenn, Seukendorf, Tuchenbach und Veitsbronn wurde die mediale Ausstattung u.a. durch die Anschaffung von Laptops oder VR-Brillen erweitert. Im Jugendtreff der Gemeinde Wilhermsdorf entstand ein neuer Outdoorplatz, der ebenso von der SatGruppe des Wolfgang-Bor-

chert-Gymnasium Langenzenn genutzt werden soll. Die Fassade des Jugendtreffs Veitsbronn wurde von Kids bei einem Graffitiworkshop nach deren Vorstellungen neugestaltet.

Vom baufälligen Leerstand zum anschaulichen Blickfang

Auch verschiedene Vereine erhielten einen Zuschuss: In Obermichelbach richtet die Freiwillige Feuerwehr das ehemalige Feuerwehrhaus in Untermichelbach her, sodass unter anderem die historischen Feuerwehrfahrzeuge ausgestellt werden können und verschiedenes Material des Vereins gelagert werden kann. Dank ca. 250 ehrenamtlich geleisteter Stunden wandelte sich das Gebäude von einem baufälligen Leerstand zu einem anschaulichen Blickfang des Ortsteils.

Eine weitere Umgestaltung fand in Laubendorf statt. Dank tatkräftigem Engagement des Kirchenvorstands konnte ein neuer Treffpunkt für Jung und Alt mit einer Trinkwasserstelle, Fahrradständern, Sitzgruppe und Infokasten geschaffen werden. Der Sportverein Puschengorf errichtete auf dem Dach des Tennisheims eine Photovoltaikanlage und die Ortsburschen und Orts-

madli Meiersberg-Dippoldsberg haben eine Veranstaltungsbühne für die örtlichen Vereine und die Dorfgemeinschaft angeschafft.

Der kulturelle Bereich kam in der diesjährigen Förderrunde auch nicht zu kurz. Die Volkshochschule in Langenzenn erhielt einen neuen Brennofen für Tonobjekte. Unter anderem für die entstehenden Werke, sowie die anderer Kreativkurse stehen zudem im neuen Kulturhof ab sofort Ausstellungen vitrinen zur Verfügung. Die Gemeinden Obermichelbach, Seukendorf und Veitsbronn haben öffentliche Bücherschränke angeschafft. Diese stehen den Bürgern jederzeit zur Verfügung und Bücher können rund um die Uhr ausgeliehen bzw. getauscht werden.

Auch im Umweltbildungsbereich wurden einige Projekte unterstützt: Zum einen beschilderte der Obst- und Gartenbauverein Obermichelbach einen innerörtlichen Bildungsweg zum Thema ökologische Naturräume mit zwei Informationsinseln. Zum anderen wertete die Gemeinde Puschengorf eine bestehende Streuobstwiese als Ausflugsziel mit einem Picknicktisch und einer Infotafel zum Lebensraum Streuobstwiese auf.

Diese und weitere Kleinprojekte konnten heuer dank der finanziellen Unterstützung aus dem Regionalbudget in der Zenngrund Allianz umgesetzt werden. Eine Übersicht mit allen geförderten Projekten ist zu finden unter <https://zenngrund-allianz.bayern/aktuelles/regionalbudget/> □



Vorher-Nachher des Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Obermichelbach. Bild: FFW Obermichelbach

Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim:

Hans Herold wird Ehren-Kreisvorsitzender der CSU

Festempfang zum 75-Jährigen mit Generalsekretär Huber

„Die CSU ist vieles, nur nicht gewöhnlich“, so CSU-Kreisvorsitzender Dr. Christian von Dobschütz bei einer Festveranstaltung seiner Partei aus Anlass des 75-jährigen Bestehens. Gemeinsam mit CSU-Generalsekretär Martin Huber ließ er die Geschichte seit 1945 kurz Revue passieren und stellte fest: „Die CSU hat die deutsche Nachkriegsgeschichte maßgeblich mitgestaltet, von der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft über die Integration der Bundesrepublik in die westliche Wertegemeinschaft bis hin zur Einheit Deutschlands.“

Aber auch regional habe die CSU viel bewirken können und deshalb trage die verteilte Jubiläumsschrift den Titel: „75 Jahre im Dienst der Demokratie und im Einsatz für die Heimat“. Dr. Christian von Dobschütz versprach, die Leistungen der Gründer als Auftrag und Vermächtnis zu bewahren, „mit einem überzeugenden programmatischen Angebot und mit glaubwürdigen Persönlichkeiten“. Dies gelte nicht nur für allgemeine politische Themen, sondern vor allem auch für die Landkreise, Städte und Gemeinden: „Die CSU ist die Kommunalpartei schlechthin“.

Coronabedingt mit Verspätung feierte die CSU ihr Jubiläum Generalsekretär Martin Huber dankte vor allem den vielen Ehrenamtlichen und ihren Angehörigen für ihre aufopferungsvolle Arbeit und das gute Miteinander auch in schwierigen Zeiten. Die CSU habe in vielen Jahrzeh-

ten immer wieder enorme Herausforderungen bestehen müssen, hätte diese aber gemeinsam stets bewältigen können. Jetzt gehe darum, „mit klarem Kurs durch die Krise“ zu kommen.

Als Volkspartei sei es der CSU immer um das Verbinden unterschiedlicher Bedürfnisse und Meinungen gegangen, um zu Lösungen für alle zu kommen. „Der CSU ist dies gut gelungen, wir haben die Themen verknüpft und die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zusammengeführt“. Dies gelte für die Kooperation großer Städte mit dem ländlichen Raum ebenso wie für die Verbindung von Tradition mit Fortschritt.

Im Beisein von Mandatsträgern fast aller Ebenen, auch anderer Parteien, gab es dann noch eine ganze Reihe von Ehrungen. So wurde der Markt Bibarter Unternehmer Franz Thiel für 70 Jahre Mitgliedschaft ausge-

zeichnet. Bei seinen Dankesworten rief der hochbetagte Jubilar dazu auf, „den Grundsätzen und der CSU treu zu bleiben“. Altlandrat Robert Pfeifer gehört der CSU bereits seit 72 Jahren an, dessen Ehrung wird nachgeholt. Dank und Anerkennung erhielt Erich Schuh aus Burgbernheim, der neben vielen anderen Funktionen 50 Jahre Kreisschatzmeister war, „was in Bayern wohl einmalig sein dürfte“, so Dr. Christian von Dobschütz bei seiner Würdigung.

Tiefe Spuren hinterlassen

Nicht nur als Stimmkreisabgeordneter im Bayerischen Landtag seit 2003 habe Hans Herold „mit unermüdlicher Arbeit“ tiefe Spuren im Landkreis hinterlassen. Stets habe er sich beharrlich für die Region eingesetzt. Auch wenn er den Verzicht auf eine erneute Kandidatur schon erklärt habe, „werde ich bis zum letzten Tag meines Mandats nicht nachlassen, mich für den weiteren Ausbau der Infrastruktur, die Menschen und das Ehrenamt in meinem Stimmkreis und in unserer Heimat einzusetzen“, so Herold. Als „offene Themen“ nannte er beispielsweise die Notarztversorgung, die Landärzte und den Wunsch nach einem Hochschulstandort.

Dr. Christian von Dobschütz: „Viele Jahrzehnte hast du aber auch in vielfältigen Funktionen die Partei im Landkreis geprägt, beginnend mit der Jungen Union und nahezu 20 Jahre als CSU-Kreisvorsitzender“. Ohne Ansehen der Person würde jeder von ihm stets Wertschätzung erfahren, sein gesamtes Arbeiten und alle Begegnungen seien von gegenseitigem Respekt geprägt. Einstimmig habe der CSU-Kreisvorstand deshalb beschlossen, ihn zum Ehren-Kreisvorsitzenden zu ernennen. pmw

Partnerschaftspreis des Bezirks Unterfranken

„Vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen und Katastrophen wird die Einheit Europas zur Überlebensfrage“, erklärte Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel bei der Verleihung des Partnerschaftspreises des Bezirks Unterfranken für die Zielgruppe kommunale Gebietskörperschaften in Würzburg.

Neben dem ersten Preis für Kleinwallstadt ging jeweils ein zweiter Preis an den Markt Goldbach und die Gemeinde Laufach sowie jeweils ein dritter Preis an die Städte Aschaffenburg und Eltmann. Der Partnerschaftspreis des Bezirks war in diesem Jahr erstmals mit 12.000 Euro dotiert. DK

GZ PINOS WELT



Es gibt ja sowas wie politische Evergreens, die immer wieder abgespielt werden, weil sie so unmittelbar ein Gefühl ansprechen, obwohl ihr Text kompletter Unfug ist. Dazu gehört für mich aus der Distanz der die Menschen und die Lage des Landes beobachtenden Katze das verpflichtende Dienstjahr, auf dem Bundespräsident Steinmeier seit Monaten permanent herumreitet wie auf dem sprichwörtlichen toten Pferd.

Vereinfacht ausgedrückt soll jeder und jede in dieser Republik irgendwann in Laufe des Lebens ein Jahr lang so genannte gesellschaftlich relevante Arbeit leisten – was immer das sein mag. Angesichts der Weltlage kommt einem natürlich insbesondere der Dienst in der Bundeswehr in den Sinn, wobei zwölf Monate Ausbildungs- und Einsatzzeit wohl etwas knapp bemessen sind. Als sozialdemokratischer Nos-

Das verpflichtende Dienstjahr ist ein totes Pferd

talgiker dürfte Steinmeier aber wahrscheinlich eher an Alten- und Pflegeheime, Kindergärten und Horte denken, also die früheren Zivi-Oasen. Etwas moderner wären Einsätze bei der Waldarbeit, der Renaturierung von Gewässern oder der Rekultivierung von Moorflächen. Ich persönlich halte aber auch Arbeiten wie die Ausübung des Amtes eines Bürgermeisters, die Tätigkeit einer Ärztin, einer Erzieherin oder eines Lehrers, eines Polizisten oder einer Richterinnen für gesellschaftlich durchaus relevant und wertvoll. Das gilt aber auch für alle anderen, die in Produktion oder Dienstleistung für den Wohlstand arbeiten.

Auch deshalb ist natürlich die Vorstellung ziemlich weltfremd, solch ein Dienstjahr in jedem Alter ableisten zu können. Wer kann es sich zwischen Kindern und Karriere schon leisten, ein Jahr für lau auszusteigen. Auch Rentnern dürfte man ein weiteres Jahr Maloche (diesmal unbezahlt) kaum zumuten und volkswirtschaftlich wäre es eh besser, wenn jeder im Alter ein Jahr mehr am Erwerbsleben teilnehmen würde.

Also wird diese Idee wieder mal allein an den Jungen hängen bleiben und an ihnen ausgelassen. Die CDU macht sich hier mit ihrem auf dem

letzten Parteitag beschlossenen Gesellschaftsjahr wenigstens ehrlich – das soll den verwöhnten Blagen nach der Schule endlich Orientierung geben.

Da sieht man sie doch plötzlich leibhaftig vor sich, die Heerscharen von Abiturienten, die so orientierungslos vor sich hinleben, dass sie ein Sabbatjahr auf einer australischen Schaffarm oder in der Surfschule am Roten Meer brauchen. Blöd nur, dass das alles Klischees der Vorcoronazeit sind, denn seit langem heißt es für die jungen Leute, nach dem Abi ist vor der virtuellen Vorlesung im Hotel Mama, weil es weder Auslandsstrips gab, noch Präsenzunterricht an der Uni.

Zudem dürfte das Dienstjahr wohl erst ab 18 in Frage kommen, so dass all die jungen Leute, die nach der Mittel-, Real- oder Wirtschaftsschule eine Lehre machen, für ein Jahr aus dem Beruf raus sollen. Da streiten die Gewerkschaften für Übernahmegarantien für Azubis, die ganze Volkswirtschaft stöhnt unter einem gigantischen Fachkräftemangel und dann soll ein ausgebildeter Geselle (Stichwort Montage von Solaranlagen oder modernen Heizungssystemen) erst mal ein Jahr Orientierung im Wald oder im Heim suchen. Geht's noch?

Ich finde es großartig, wenn man junge Menschen motivieren und begeistern kann, sich für einen sozialen Beruf in der Pflege oder in der Erziehung zu entscheiden. Jeder, der sich der Landschaftspflege oder dem Naturschutz beruflich widmet, hat meinen Respekt. Auch der Dienst in den Streitkräften bekommt ja Gott sei Dank wieder ein besseres Image. Aber soll man wirklich glauben, dass auch nur einer oder eine, die an diesen Berufen kein Interesse hat, sich dahin orientiert, wenn er oder sie dazu gezwungen wird. Nein, ein Dienstjahr à la Steinmeier wäre nur ein ungerechtes Ausnützen einer Generation, der jetzt drei Jahre viel zugemutet wurde und die – Stichwort unbezahlbares Rentensystem, unterfinanziertes Gesundheitswesen – in Zukunft eh die Gelackmeierten der derzeitigen politischen Weichenstellungen sein wird.

Im Übrigen gilt, was Goethe einst so formulierte: „Wenn man von Leuten Pflichten fordert und ihnen keine Rechte zugestehen will, muss man sie gut bezahlen.“

Ihr Pino

Modellprojekt „Lastenrad mieten, Kommunen entlasten“

Nachdem sich die Stadt Würzburg erfolgreich für das vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr ausgeschrieben Modellprojekt „Lastenrad mieten, Kommunen entlasten, Aufbau eines Lastenradmietsystems in Kommunen“ beworben hat, stehen nun die ersten E-Lastenräder für die Vermietung in Würzburg zur Verfügung.

Insgesamt werden 14 Stationen mit 45 Lastenrädern installiert. Diese werden an den Stationen per Induktion geladen. „Ich freue mich sehr, dass wir durch die Förderung und Unterstützung des bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr ein Lastenradmietsystem in Würzburg aufbauen und so allen Würzburgerinnen und Würzburgern eine nachhaltige Mobilitätsalternative zum PKW anbieten können“, sagt Oberbürgermeister Christian Schuchardt.

Kostengünstige und flexible Mobilität

„Da E-Lastenräder in ihrer Anschaffung kostspielig sind und nicht jeder Haushalt einen geeigneten Abstellort für ein privates Lastenrad hat, möchten wir mit dem Verleih von E-Lastenrädern gerade in Zeiten steigender Preise eine kostengünstige und flexible Art der Mobilität anbieten. So spart man sich die Anschaffungskosten sowie jährliche Kosten für Wartung und Reparaturen. Aber auch das Klima wird stark entlastet. Zum Vergleich stößt ein durchschnittlicher PKW mit Verbrennungsmotor auf einen Kilometer etwa 150 g CO₂ aus. Die Mietlastenräder werden mit Ökostrom getankt und sind in der

Nutzung somit klimaneutral“, ergänzt Bürgermeister Martin Heilig. Die Nutzung eines Mietlastenrads ist für die erste halbe Stunde kostenlos. Jede angefangene halbe Stunde kostet anschließend 1,50 Euro. Die Registrierung ist kostenlos.

Der bayerische Verkehrsminister Christian Bernreiter freut sich, „dass nun auch in Würzburg, der größten der sieben Modellkommunen, die Lastenräder ausgeliehen werden können. Lastenräder haben das Potential, den städtischen Verkehr zu entlasten und die städtische Mobilität zu bereichern. Lastenfahräder können den motorisierten Individualverkehr bei vielen täglichen Erledigungen ersetzen – sei es dem Abholen der Kinder, dem Transportieren von sperrigem Gepäck oder einem Großeinkauf.“

Die Mietlastenräder können in der Transportbox mit bis zu 70 Kilogramm beladen werden. Dank des leistungsstarken E-Motors sind auch mühelos Steigungen zu bewältigen. Somit lassen sich der wöchentliche Großeinkauf, ein Picknick im Grünen oder der Transport von bis zu zwei Kindern nicht mehr ausschließlich mit dem Auto, sondern auch mit dem Mietlastenrad erledigen. Je nach Zuladung und Fahrweise hat ein Lastenrad dabei mit einer Ak-

kuladung eine Reichweite von bis zu 90 Kilometern. Die Lastenräder sind rund um die Uhr verfügbar und aufgrund des einstellbaren Lenkers und Sattels individuell anpassbar. Zudem kann man am linken Lenkergriff den Grad der Unterstützung in 5 Stufen wählen und am rechten Lenkergriff die stufenlose Schaltung betätigen.

„Ein weiterer Vorteil für Nutzerinnen und Nutzer eines Lastenrads ist, dass sie keinen Parkchein ziehen oder einen Parkplatz suchen müssen. Die Lastenräder können während der Nutzung wie alle anderen Räder im öffentlichen Raum so abgestellt werden, dass sie andere Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer – insbesondere Fußgängerinnen und Fußgänger nicht behindern, erklärt Schuchardt.

Die Stadt Würzburg hat mit der Firma sigo GmbH einen Partner gefunden, der das System betreibt, wartet und für den Nutzerservice zur Verfügung steht. Die Ausleihe des Systems erfolgt über die Lastenrad-Bayern-App vom Unternehmen TeilRad GmbH. Damit ist in allen bayerischen Modellkommunen – Cadolzburg, Freising, Lechbruck, Passau, Marktredwitz, Lindau und Würzburg – das Ausleihen der Lastenräder über nur eine App möglich.

Informationen zum Würzburger Mietlastenradangebot gibt es unter www.wuerzburg.de/lastenradmietsystem, und zum Modellprojekt generell auf der Internetseite <https://www.lastenrad.bayern.de>. □

50 Jahre Hermann-Mut

Hermann Steinmaß, Traunsteiner Altlandrat und Vorkämpfer der erneuerbaren „Energiewende per Wasserkraft“ von Staatsministerin Michaela Kaniber als CSU-Urgestein geehrt

Dipl.-Ing. Hermann Steinmaß, ehemaliger CSU-Landtagsabgeordneter und langjähriger Landrat des oberbayerischen Landkreises Traunstein, konnte heuer ein nicht alltägliches Jubiläum feiern, das einer ministerialen Ehrung unzweifelhaft würdig ist. Als ein Student der 68-er Generation, wie sich Steinmaß selbst definiert, war der Weg in die „schwarze“ CSU alles andere als selbstverständlich. Umso mehr freute sich Steinmaß, dass Michaela Kaniber, MdL für den Stimmkreis Berchtesgadener Land und den Rupertiwinkel und Bayerische Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, höchstpersönlich die Laudatio und Ehrung für das CSU-Urgestein vornahm.

Seit über einem halben Jahrhundert widmet Steinmaß seine Energie der erfolgreichen Politik der CSU sowohl auf Landesebene als auch vor allem für seine Heimatregion, dem Rupertiwinkel. Diese politische Leidenschaft, angefangen bei der Förderung der regionalen Wirtschaft über realistische Konzepte für eine erfolgreiche Energiewende (durch konsequente Nutzung der Wasserkraftpotenziale) bis hin zum sozialen Engagement in der Lebenshil-

fe Traunstein wurde durch zahlreiche Ehrungen gewürdigt, darunter das Bundesverdienstkreuz am Bande, den Ehrenring des Landkreises Traunstein, die kommunale Verdienstmedaille in Silber und die Bezirksmedaille in Gold des Bezirks Oberbayern. Für sein Engagement im Bereich der erneuerbaren Energien wurde ihm zudem der Titel des Ingenieur-Senators (Senator e.h.) des Zentralverbandes Deutscher Ingenieure verliehen.

Nun kam eine weitere „Medaille“ hinzu: Der Fridolfinger CSU-Vorsitzende Wolfgang Grösch, seines Zeichens auch Bäckermeister, buk Steinmaß einen riesigen Brezn-Orden mit rund 50 Zentimeter Durchmesser zum fünfzigsten Jubiläum. Die Ehrung fand im Rahmen einer Veranstaltung der Traunsteiner Mittelstandsunion und der CSU-Ortsverbände im Rupertiwinkel statt, die sich mit

einem der Lieblingsthemen von Steinmaß befasste: Die (erneuerbaren) Energiepotenziale im Landkreis Traunstein mit Schwerpunkt Strombedarfsdeckung im Rahmen der Energiewende zu erörtern.

Kaniber lobte Steinmaßs zupackende Art und den Mut, mit dem er sich auch schwieriger Themen erfolgreich annahm. Solange es in der CSU so mutige und engagierte Menschen wie Steinmaß gäbe, muss man um die Vorreiterschaft der CSU in Bayern nicht fürchten. Dennoch brauche die Partei ein Stück weit wieder Hermann-Mut, der sich traut, wenn nötig Klartext



Der Fridolfinger CSU-Vorsitzende Wolfgang Grösch (re.), seines Zeichens auch Bäckermeister, überreichte nach der Laudatio von Staatsministerin Michaela Kaniber (li.) die höchstpersönlich gebackene Brezn-Medaille an 50-er Jubilar Hermann Steinmaß (mi.). Die Ehrung fand im Rahmen einer Veranstaltung der Traunsteiner Mittelstandsunion und den CSU-Ortsverbänden im Rupertiwinkel statt. Bild: CH

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt der GZ-Wandkalender 2023 bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

leidenschaftliche Politik, die mit Herzblut den Menschen dient.

Rettung der Salzach

Voller Hingabe widmet sich der „Eiserne Hermann“ Steinmaß aktuell einer ideologiefreien Energiewende im Freistaat, die auf die Stärken Bayerns setzt. Dazu gehört neben der Sonnenkraft, Biomasse und Geothermie besonders auch die Nutzung der Wasserkraft. Ein Herzensanliegen ist ihm die Rettung seines Heimatflusses Salzach, dem ein Bruch der Flusssohle droht, wenn nicht gegengesteuert wird. Eine ideale Lösung wäre, ganz nach seinem Credo „Ökonomie und Ökologie müssen und können im Einklang wirken“, der Bau einer klimaschonenden, ökologisch verträglichen Wasserkraftnutzung. Damit sollen nicht nur Verbesserungen für Flora und Fauna erreicht werden, sondern auch die weitere Eintiefung der Salzach gestoppt und wertvoller Wasserkraftstrom erzeugt werden. Das würde sowohl der Natur helfen, als auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit seines Landkreises Traunstein stützen. JK

Vorschau auf GZ 24/2022

In unserer Ausgabe Nr. 24, die am 15. Dezember 2022 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT · E-Government · Breitband · Mobilfunk
- Kommunale Finanzthemen
- Kommunalbau
- Schulen · Kindergärten · Horte · Spielplätze
- Sonderveröffentlichung: 9. Bayerisches BreitbandForum

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG

Fahnen Koch
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23
www.fahnen-koch.de
info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG

Fahnen Koch
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23
www.fahnen-koch.de
info@fahnen-koch.de

Kommunale IT


www.akdb.de

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de 

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunales Mietkauf
 Kommunales Leasing
 für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de 

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
 93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
 95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
 97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
 Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
 Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

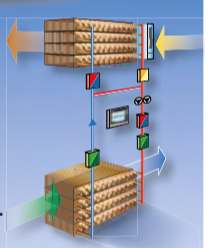
Multifunktionale Wärmerückgewinnung

HOCHEFFIZIENTE WÄRME- / KÄLTERÜCKGEWINNUNG

Ein Schritt der Energiepreiserhöhung voraus

Betriebskostenkontrolle für Ihre Lüftungsanlagen

- Betriebskosteneinsparung durch hohe Effizienz und Betriebssicherheit
- Maximale Hygiene - keim- u. schadstoffübertragungsfrei
- Redundant, betriebssicher, hocheffizient
- Reduzierung der vorzuhaltenden Heiz-, Kühl- und Elektroleistungen
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich
- Nachrüstung / Sanierung im Bestand



Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
 Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de 

Abonnieren Sie unseren **KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Recyclingbaustoffe

 **BAUSTOFF RECYCLING BAYERN**
www.baustoffrecycling-bayern.de

Weihnachtsbeleuchtung

 **weihnachtsbeleuchtung**
 beratung · planung · vertrieb
 grünware · lichtschlauch · led
 bahnhofstraße 8
 91233 neunkirchen a. sand
 telefon: 09123/99 812 99
 telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
 Vertragshändler für 
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

 **BVK** Bayerische Versorgungskammer **ZUSATZVERSORGUNG**

Bau

ERLUS AG
 Hauptstraße 106
 D-84088 Neufahrn/NB
 T 08773 18-0
 F 08773 18-113
www.erlus.com 

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

 **ETSCHEL BRUNNENSERVICE**
www.etsb.de
 Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
 Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsb.de

Gemeindezeitung auf folgenden Social Media Kanälen:



Energiedienstleistung

 **energie schwaben**

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN  **juwi**
 Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Martha Müller · 0711/900357-72 · windimwald@juwi.de · www.juwi.de

FAHNEN KÖSSINGER
 Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
 Tel: 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de
 Fahnen
 Masten
 Roll-Ups
 Bekleidung
 uvm.

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie 

Informationssicherheit und Datenschutz

 **Daten schützen.** Förderung nutzen!
 DSGVO ext. DSB
 ext. ISB
 LSI-Siegel
 CISIS12
 Schulungen
 eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

insidas
 INFORMATIONSSICHERHEIT DATENSCHUTZ
 Daten sind das wichtigste Thema des 21. Jahrhunderts. Sind Sie vorbereitet? Kontaktieren Sie uns für eine professionelle, nachhaltige und tatkräftige Unterstützung in Sachen Datenschutz und Informationssicherheit.
 Tel.: 0871 205494-0 oder vertrieb@insidas.de
www.insidas.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
 Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de 

Kommunale Immobilienentwicklung

 Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de 

BAYERISCHE GemeindeZeitung 2023

JANUAR	FEBRUAR	MÄRZ	APRIL	MAI	JUNI	JULI	AUGUST	SEPTEMBER	OKTOBER	NOVEMBER	DEZEMBER
So 1 <small>Neujahr</small>	Mi 1	Mi 1	Sa 1	Mo 1 <small>Tag der Arbeit</small>	Do 1	Sa 1	Di 1	Fr 1	So 1	Mi 1 <small>Allerheiligen</small>	Fr 1
Mo 2	Do 2	Do 2	So 2	Di 2	Fr 2	So 2	Mi 2	Sa 2	Mo 2	Do 2	Sa 2
Di 3	Fr 3	Fr 3	Mo 3	Mi 3 <small>BAYERISCHER LANDESBESTAG</small>	Sa 3	Mo 3	Do 3	So 3	Di 3 <small>Tag der Deutschen Einheit</small>	Fr 3	So 3
Mi 4	Sa 4	Sa 4	Di 4	Do 4 <small>Landkreisversammlung Bayerischer Landkreistag Cham</small>	So 4	Di 4	Fr 4	Mo 4	Mi 4	Sa 4	Mo 4
Do 5	So 5	So 5	Mi 5	Fr 5	Mo 5	Mi 5 <small>97. Verbandsversammlung des SVB, Würzburg</small>	Sa 5	Di 5	Do 5	So 5	Di 5
Fr 6 <small>Heilige Drei Könige</small>	Mo 6	Mo 6	Do 6	Sa 6	Di 6	Do 6 <small>Bayerischer Sparkassentag, Würzburg</small>	So 6	Mi 6	Fr 6	Mo 6	Mi 6
Sa 7	Di 7	Di 7	Fr 7 <small>Karfreitag</small>	So 7	Mi 7	Fr 7 <small>6.7. 77. Vollversammlung Bayerischer Bezirkstag</small>	Mo 7	Do 7	Sa 7	Di 7	Do 7
So 8	Mi 8	Mi 8	Sa 8	Mo 8	Do 8 <small>Fronleichnam</small>	Sa 8	Di 8	Fr 8	So 8	Mi 8	Fr 8
Mo 9	Do 9	Do 9	So 9 <small>Ostersonntag</small>	Di 9	Fr 9	So 9	Mi 9	Sa 9	Mo 9	Do 9	Sa 9
Di 10	Fr 10	Fr 10	Mo 10 <small>Ostermontag</small>	Mi 10	Sa 10	Mo 10	Do 10	So 10	Di 10	Fr 10	So 10
Mi 11	Sa 11	Sa 11	Di 11	Do 11	So 11	Di 11	Fr 11	Mo 11	Mi 11	Sa 11	Mo 11
Do 12	So 12	So 12	Mi 12	Fr 12 <small>GRIBS-Kommunalkongress, GRIBS Bildungswerk e.V. in Kooperation mit der Petra Kelly Stiftung</small>	Mo 12	Mi 12 <small>Bayerischer StädteTag</small>	Sa 12	Di 12	Do 12 <small>10. Bayerisches BreitbandForum</small>	So 12	Di 12
Fr 13	Mo 13	Mo 13	Do 13	Sa 13	Di 13	Do 13 <small>Vollversammlung Bayerischer Städtetag Erlangen</small>	So 13	Mi 13	Fr 13	Mo 13	Mi 13
Sa 14	Di 14	Di 14	Fr 14	So 14	Mi 14	Fr 14	Mo 14	Do 14	Sa 14	Di 14	Do 14
So 15	Mi 15	Mi 15	Sa 15	Mo 15	Do 15 <small>Bayerisches Energie- & WasserkraftForum</small>	Sa 15	Di 15 <small>Mariä Himmelfahrt</small>	Fr 15	So 15	Mi 15	Fr 15
Mo 16	Do 16	Do 16	So 16	Di 16	Fr 16	So 16	Mi 16	Sa 16	Mo 16	Do 16	Sa 16
Di 17	Fr 17	Fr 17	Mo 17	Mi 17	Sa 17	Mo 17	Do 17	So 17	Di 17	Fr 17	So 17
Mi 18	Sa 18	Sa 18 <small>Freie Demokraten</small>	Di 18	Do 18 <small>Christi Himmelfahrt</small>	So 18	Di 18	Fr 18	Mo 18	Mi 18 <small>KOMMUNALE 2023</small>	Sa 18	Mo 18
Do 19	So 19 <small>Landespartitag FDP Bayern, Ingolstadt</small>	So 19	Mi 19	Fr 19	Mo 19	Mi 19	Sa 19	Di 19	Do 19 <small>KOMMUNALE 2023, Nürnberg</small>	So 19	Di 19
Fr 20	Mo 20	Mo 20	Do 20	Sa 20	Di 20	Do 20	So 20	Mi 20	Fr 20	Mo 20	Mi 20
Sa 21	Di 21	Di 21	Fr 21	So 21	Mi 21	Fr 21	Mo 21	Do 21	Sa 21	Di 21	Do 21
So 22	Mi 22	Mi 22	Sa 22	Mo 22	Do 22	Sa 22	Di 22	Fr 22	So 22	Mi 22	Fr 22
Mo 23	Do 23	Do 23	So 23	Di 23	Fr 23	So 23	Mi 23	Sa 23	Mo 23	Do 23	Sa 23
Di 24	Fr 24	Fr 24	Mo 24	Mi 24	Sa 24	Mo 24	Do 24	So 24	Di 24	Fr 24	So 24 <small>Heiliger Abend</small>
Mi 25	Sa 25	Sa 25	Di 25	Do 25	So 25	Di 25	Fr 25	Mo 25	Mi 25	Sa 25	Mo 25 <small>1. Weihnachtsfeiertag</small>
Do 26	So 26	So 26	Mi 26	Fr 26	Mo 26	Mi 26	Sa 26	Di 26	Do 26	So 26	Di 26 <small>2. Weihnachtsfeiertag</small>
Fr 27	Mo 27	Mo 27	Do 27	Sa 27	Di 27	Do 27	So 27	Mi 27	Fr 27	Mo 27	Mi 27
Sa 28	Di 28	Di 28	Fr 28	So 28 <small>Pfingstsonntag</small>	Mi 28	Fr 28	Mo 28	Do 28	Sa 28	Di 28	Do 28
So 29	Mi 29	Mi 29	Sa 29	Mo 29 <small>Pfingstmontag</small>	Do 29	Sa 29	Di 29	Fr 29	So 29	Mi 29	Fr 29
Mo 30	Do 30	Do 30	So 30	Di 30	Fr 30	So 30	Mi 30	Sa 30	Mo 30	Do 30	Sa 30
Di 31	Fr 31	Fr 31	Mi 31	Mi 31	Mi 31	Mo 31	Do 31	Di 31	Di 31	Di 31	So 31 <small>Silvester</small>

GLASFASER
Schnell, stabil, zukunftssicher.

Der ultimative Digitalisierung-Booster für Bayern

STIELOW -Luftentfeuchter für Wasserwerke

... hergestellt in Deutschland seit 1952

Tel. 064 84 91 21-0 www.stielow.net

Hanns Seidel Stiftung

Themenportal KOMMUNAL-POLITIK

Testat für Politische Bildung

www.hss.de/kommunalpolitik

Leitfäden, Themen und Seminare – alles rund um die Kommunalpolitik

UG

VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT.

Das Glasfasernetz von Unsere Grüne Glasfaser.

powered by Allianz

Bayern Labo

Zukunft gestalten. Fortschritt fördern.

Mit zinsgünstigen Kommunal- und speziellen Förderkrediten. Mehr Infos unter bayernlabo.de

W-net

Mit Glasfaser in die Zukunft

M-net als regionaler Partner Ihrer Kommune

breitbandausbau.com

Veolia – Ihr Partner in der Wasserwirtschaft

- Betriebsführungen Trinkwasser/Abwasser
- Klärschlammverwertung
- Abwassermonitoring
- Löschwasser Versorgung
- Interimsbetriebsführungen

Veolia Wasser Deutschland GmbH
Telefon: 0841 24176-403
www.veolia.de/wasser

BayernFM Consult

Kostensicherheit im Bau - auf vier Faktoren kommt es an

Als Partner der Sparkassen begleiten wir seit 2004 zahlreiche Kommunen und andere Bauherren. Aus Erfahrung wissen wir: Baucontrolling ist ein Schlüssel für sichere Bauprojekte.

Martin Behrends
Senior Berater
Telefon: +49 89 44233 3340
Mobil: +49 160 904 28 614
Mail: martin.behrends@bayernfm.de

Bayern Facility Management GmbH
Anrufcenter: 91 80333 München
www.bayernfm.de

HÖRMANN

BAUEN AM PULS DER ZEIT

HÖRMANN Wohnhaus, KOMMIT HÖRMANN PV-ÜBERDACHUNGEN

Rudolf HÖRMANN GmbH & Co. KG | www.hoermann.info

energie schwaben

Wir machen das Gasnetz fit für grünen Wasserstoff